



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen seit der  
Ukraine-Krise 2014“

verfasst von / submitted by

Stefanie Niemann, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Dr. Paul Luif

IN EWIGER DANKBARKEIT  
AN MEINE ELTERN,  
FÜR DAS BEGLEITEN UND ERMÖGLICHEN  
MEINES BILDUNGSWEGES

# **INHALTSVERZEICHNIS**

<b><u>1. EINLEITUNG</u></b>	<b>1</b>
<b>1.1 Einleitung zum Thema</b>	<b>1</b>
<b>1.2 Forschungsfrage/Arbeitshypothesen &amp; Aufbau der Arbeit</b>	<b>1</b>
<b>1.3 Methodische Vorgangsweise</b>	<b>4</b>
<b>1.4 Theorie</b>	<b>5</b>
<b><u>2. EU-RUSSLAND-BEZIEHUNGEN</u></b>	<b>12</b>
<b>2.1 Einleitung</b>	<b>12</b>
<b>2.2 Ereignisse des Jahres 2014</b>	<b>15</b>
2.2.1 Integrationskonkurrenz & Assoziierungsabkommen	15
2.2.2 Russlandpolitik der EU	24
2.2.2.1 Grundzüge der Russlandpolitik	24
2.2.2.2 Russlandpolitik der EU & Sanktionen	26
2.2.3 Innere Uneinigkeit der EU: Russlandsanktionen	30
2.2.4 Sanktionen: Faktor USA	32
2.2.5 Folgen der Sanktionen & der Ereignisse des Jahres 2014	33
2.2.6 Alternative Partner für Russland	37
2.2.7 Ein Kalter Krieg?	40
<b>2.3 Hauptentwicklungen der EU-Russland-Beziehungen nach 2014</b>	<b>41</b>
<b><u>3. KOOPERATIONSPRAXIS</u></b>	<b>53</b>
<b>3.1 Gemeinsame Interessen &amp; Bereiche der Zusammenarbeit</b>	<b>53</b>
<b>3.2 Europäisch-russische Energiebeziehungen</b>	<b>55</b>

<b>3.3 Gegenseitige Vorwürfe &amp; Unzufriedenheiten in den</b>	
<b>EU-Russland-Beziehungen</b>	<b>61</b>
3.3.1 Aus der EU-Perspektive	61
3.3.2 Aus der Russland-Perspektive	65
<b><u>4. AUßENPOLITIK DER EU &amp; NATIONALE PERSPEKTIVEN</u></b>	
<b><u>AUSGEWÄHLTER EU-MITGLIEDSTAATEN</u></b>	<b><u>72</u></b>
<b>4.1 Russlandpolitik der EU: Faktor USA</b>	<b>72</b>
<b>4.2 Schwächen der EU</b>	<b>74</b>
<b>4.3 Innere Uneinigkeit der EU: eine Stimme?</b>	<b>76</b>
<b>4.4 Nationale Perspektiven ausgewählter EU-Mitgliedstaaten</b>	<b>79</b>
4.4.1 Deutschland	79
4.4.1.1 Zur Einbettung der aktuellen Beziehungen	79
4.4.1.2 Analyse der aktuellen Beziehungen	83
4.4.2 Polen	90
4.4.2.1 Zur Einbettung der aktuellen Beziehungen	90
4.4.2.2 Analyse der aktuellen Beziehungen	96
4.4.3 Österreich	102
4.4.3.1 Zur Einbettung der aktuellen Beziehungen	102
4.4.3.2 Analyse der aktuellen Beziehungen	104
<b><u>5. FAZIT &amp; AUSBLICK</u></b>	<b><u>112</u></b>
<b><u>6. QUELLEN</u></b>	<b><u>122</u></b>
<b><u>ABSTRACT (Deutsch)</u></b>	<b><u>130</u></b>
<b><u>ABSTRACT (Englisch)</u></b>	<b><u>131</u></b>

# **1. EINLEITUNG**

## **1.1 Einleitung zum Thema**

Die Ereignisse der Jahre 2013 und 2014 gingen nicht leise über die Weltbühne und zogen die Aufmerksamkeit der Medienlandschaft auf sich. Gemeint ist der ukrainische „Euromaidan“ und ganz besonders die „Annexion“ bzw. „Angliederung“ der Krim. An dieser Stelle, zumindest für alle sichtbar, brach das bisherige Verhältnis zwischen der EU und Russland. Die Entwicklung „Zwischeneuropas“ führte in den EU-Russland-Beziehungen durchgängig zu Spannungen.

Der Europäischen Union, mit ihren 28 Mitgliedern, gelingt es in einigen Bereichen nicht mit „einer Stimme“ zu sprechen, was auch für den Umgang mit Russland gilt. Dennoch setzte die EU als Ganzes den Beschluss der Sanktionen im Jahr 2014 durch und signalisierte damit, dass sie das Verhalten in der Ukraine verurteilt hatte. Darauf folgten die russischen Gegensanktionen. Hier setzt die vorliegende Arbeit an und zeichnet ab diesem Zeitpunkt die Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen bis zum heutigen Tag nach. Im Fokus steht das aktuelle Verhältnis zwischen den beiden Akteuren.

## **1.2 Forschungsfrage/Arbeitshypothesen & Aufbau der Arbeit**

Hauptforschungsfrage der vorliegenden Arbeit: Wie haben sich die EU-Russland-Beziehungen seit der Ukraine-Krise 2014 entwickelt und vor allem, wie sind diese heute zu beschreiben? (Die Frage umfasst den Zeitraum von 2014 bis September 2018.)

Ergänzende Unterfragen:

F1: Worin besteht die Russlandpolitik der EU aktuell?

F2: Inwiefern haben die einzelnen EU-Mitgliedstaaten Einfluss auf den außenpolitischen EU-Kurs gegenüber Russland? (Anhand der Fokusländer: Deutschland, Polen, Österreich)

F3: In welchen Bereichen arbeiten Russland und die EU noch immer und/oder wieder zusammen?

F4: Welche Eigenschaften beschreiben die EU-Russland-Beziehungen aktuell?

Arbeitshypothesen:

H1a: Der EU mangelt es an einer einheitlichen Strategie in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik.

H1b: Durch mangelnde Kohäsion kann die EU nicht einheitlich agieren, was zu einer Schwächung und Handlungsunfähigkeit in gewissen Bereichen führt.

H2: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben keine einheitliche Russlandpolitik.

H3a: Russland hat ein Interesse an einer gespaltenen EU.

H3b: Russland unternimmt aktiv Anstrengungen um die EU zu spalten.

H4a: Eine negative Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen hat bereits vor den Ereignissen 2014 begonnen.

H4b: Das Jahr 2014 markiert den absoluten Tiefpunkt der EU-Russland-Beziehungen (seit dem Ende des Kalten Krieges).

H5a: Im Jahr 2018 ist eine eindeutige Verschlechterung der Beziehungen auf politischer Ebene, im Vergleich zur Vorkrisenzeit, festzustellen.

H5b: Es wurden aktiv Schritte gesetzt um die Beziehungen zu verbessern.

H5c: Insgesamt ist für das Jahr 2018 ein positiver Trend in den Beziehungen zu verzeichnen.

Da die Ereignisse nicht im politischem Vakuum entstanden sind, ist es immer von Bedeutung, die Rahmenbedingungen der Situation zu betrachten. Damit eröffnet das erste Hauptkapitel „EU-Russland-Beziehungen“ die vorliegende Arbeit. Dazu gehören sowohl ein Umriss der gegenseitigen Wahrnehmung nach dem Zerfall der Sowjetunion als auch die Entstehung einer folgenschweren Integrationskonkurrenz. Die thematische Einleitung befasst sich auch mit dem Assoziierungsabkommen der EU an die Ukraine, als wahrgenommenen Startschuss für alle nachgehenden Entwicklungen („Euromaidan“, „Veränderung“ des juristischen Status der Krim, Beschluss der Sanktionen auf beiden Seiten) in den EU-Russland-Beziehungen. Das folgende Kapitel befasst sich mit Konsequenzen der Ereignisse auf Wirtschaftsbeziehungen auf politischer und sicherheitspolitischer Ebene sowie im Energiebereich. Direkt im Anschluss wird die durch die Krise im Verhältnis zur EU (bzw. dem Westen) notwendig gewordene Ausrichtung der russischen Außenpolitik auf alternative Kooperationspartner beschrieben.

Der Abschnitt zu den Hauptentwicklungen der EU-Russland-Beziehungen nach 2014 dokumentiert den Verlauf des Verhältnisses zwischen den beiden Akteuren, sowie die von der EU 2016 beschlossene und seither geltende Politik der „fünf Leitprinzipien“ gegenüber Russland. Das ist zentral für die Beantwortung der Unterfrage F1.

Das Hauptkapitel „Kooperationspraxis“ ist gänzlich der Beziehung aus aktueller Perspektive gewidmet und erfüllt damit zweierlei Aufgaben. Einerseits gibt es bestehende Kooperationsbereiche wieder, hier findet sich die Auskunft zur Unterfrage F3. Andererseits beschreibt es gegenwärtige Elemente, die eine Verbesserung der Beziehungen und die Aufnahme weiterer Themen zur Zusammenarbeit behindern. Das trägt maßgeblich zur Beantwortung der Hypothese H3b bei.

Das finale Kapitel „Außenpolitik der EU & nationale Perspektiven ausgewählter EU-Mitgliedstaaten“, umfasst zwei inhaltliche Sektionen. *Erstens* gibt es den Einblick auf die Europäische Union als Akteurin, der notwendiges Hintergrundwissen für die Umsetzung ihrer Außenpolitik bringt. Weitere Unterkapitel decken zusammen die Beantwortung der Hypothesen H1a, H1b und H2 ab. Ein Abschnitt beleuchtet den Einfluss der USA auf die EU-Russland-Beziehungen.

*Zweitens* beinhaltet es die Beschreibung der bilateralen Beziehungen (Deutschland-Russland, Polen-Russland und Österreich-Russland), welche die verschiedenen Haltungen der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten Russland gegenüber illustrieren und damit die Hypothese H2, sowie die Unterfrage F2, beantworten. Diese Kapitel, die sich ausschließlich mit den Beziehungen auf Nationalstaatsebene beschäftigen, beschreiben den aktuellen Stand der Beziehungen aus politischer, ökonomischer und zivilgesellschaftlicher Sicht. Auch hier wird mit einer thematischen Einleitung, die meistens in die Vergangenheit zurückführt, begonnen.

Sofern nicht anders angegeben, findet die Beantwortung der Unterfragen und Hypothesen entlang der gesamten Arbeit statt.

Das Einrücken der ersten Zeile bei Absätzen visualisiert den Beginn eines neuen Gedankens/Arguments. Alle Absätze, die ohne Einrücken folgen, gehören zu diesem inhaltlich dazu, beleuchten aber meistens die entgegengesetzte Sichtweise. Zeilenabstände wiederum kennzeichnen größere, zeitliche oder inhaltliche Sprünge.

Weiters ist darauf hinzuweisen, dass es nicht das Ziel dieser Arbeit ist, die „Änderung“ des juristischen Status der Krim zu untersuchen. Daher wird immer von „Annexion“ bzw. „Angliederung“ gesprochen, außer es handelt sich um die Wiedergabe der Perspektive der

Europäischen Union. Die zweite sprachliche „Besonderheit“ des Textes liegt in der Verwendung des Ausdruckes „Westen“ als Synonym zur EU. Der Autorin ist durchaus bewusst, dass es sich keineswegs um bedeutungsgleichen Inhalt der beiden Begriffe handelt, die EU wird aber als ein bedeutsamer Teil des „Westens“ verstanden. Die dennoch stattgefundene Verwendung ist der Terminus Übernahme aus herangezogener Literatur geschuldet, die Alternative des bloßen Austausches der beiden Begriffe gegen einander schien wissenschaftlich inakkurat und daher nicht angemessen.

### **1.3. Methodische Vorgangsweise**

Obwohl die vorliegende Arbeit sich mit der Russlandpolitik der EU auseinandersetzt und nicht mit der russischen Politik gegenüber der EU, ist es für die Qualität des Inhaltes, sowie für die Nachvollziehbarkeit der komplizierten Umstände (die eben auch aus unterschiedlichen Sichtweisen resultieren) von äußerst hoher Bedeutsamkeit, die gängigsten Argumentationsstränge beider politischer Akteure wiederzugeben. Um das zu gewährleisten, wurde die Literatur bewusst anhand bietender Meinungsvielfalt ausgewählt, sodass die Anschauungen der Autor/innen gegenübergestellt werden konnten.

Herangezogen wurden Stellungnahmen und Dokumente der EU (besonders Europäischer Rat, Europäisches Parlament); zahlreicher nationaler offizieller Stellen (vor allem Ministerien) und mehrere Interviews mit hohen Diplomaten. Des Weiteren basiert die Arbeit auf einer Auswahl relevanter Fachliteratur, ebenso wie auf Quellen namhafter Instituten und Autor/innen aus dem Internet. Mittels dieser Quellen wurde das Handeln der zentralen Akteure und Chronologie der Ereignisse beschrieben und eine Einschätzung zur aktuellen Lage der EU-Russland-Beziehungen ermöglicht. Verwendet wurden Primär- sowie Sekundärliteratur in russischer, deutscher und englischer Sprachen.

Die Informationsgewinnung zur Beantwortung der Forschungsfragen und Hypothesen gelang mittels der Auswertung der aufgelisteten Literatur.



## 1.4 Theorie

Für eine angemessene Annäherung an die russische Außenpolitik wurde in dieser Arbeit der Neorealismus nach Kenneth Waltz gewählt. Die Aufgabe dieser Theorie ist es den Einfluss der Struktur des internationalen Systems auf die Akteure und auf die Interaktion zwischen den Akteuren „konzeptuell und analytisch präziser“ als der klassische Realismus, zu fassen und zu erklären. (vgl. Auth 2015: 55; Masala 2010: 59) Hierbei ist der Staat der entscheidende Akteur, aber die Veränderungen dessen Außenpolitik sind auf Veränderungen im internationalem System zurück zu führen. (vgl. Fröhlich 2008: 29) Es wird nicht negiert, dass auch Einflüsse anderer Art auf die Interaktion zwischen den Staaten einwirken oder dass diese selbst einen möglichen Einfluss auf die Struktur haben. (vgl. Masala 2010: 59)

Die zentralen Vorstellungen von Waltz lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Staaten sind die wichtigsten Akteure in der internationalen Politik; Staaten sind rational handelnde Akteure, da sie mit verfügbaren Ressourcen ihre Ziele zu erreichen versuchen; die Sicherung der eigenen Existenz ist das Minimalziel der Staaten; Staaten agieren und interagieren in einem sie begrenzendem Kontext, das führt dazu, dass ganz bestimmte, stets wiederkehrende, Muster produziert werden. (vgl. Masala 2010: 54; Auth 2015: 59)

Für den Neorealismus sind konkrete Annahmen kennzeichnend. *Erstens*, das internationale System ist eine „anarchische“ Staatenwelt. Anarchie an dieser Stelle bedeutet, dass es keine zentrale Sanktionsinstanz gibt, die für Ordnung sorgen könnte. Die Souveränität der Staaten schließt eine Entstehung der Hierarchie generell aus. (vgl. Auth 2015: 57,58)

Souveränität, im Waltzschen Verständnis, bedeutet nicht die freie Wahl über das eigene Handeln, sondern die Freiheit selbst zu entscheiden, wie auf interne und externe Herausforderungen reagiert (inklusive der Entscheidung über Kooperation mit anderen Staaten, zur Bewältigung dieser) wird.<sup>1</sup> (vgl. Waltz zit. nach Masala 2010: 57) So einem Souveränitätsbegriff mangelt es allerdings an Bewusstsein für real herrschende Abhängigkeiten zwischen Staaten und Auswirkungen von Staatshandlungen auf andere. (vgl. Masala 2010: 57)

Der Souveränitätsbegriff ist der Schlüssel zum Verständnis für die Gleichbehandlung aller Staaten in der neorealistischen Theorie. (vgl. Masala 2010: 57; Auth 2015: 57) Trotz aller Unterschiede (beispielsweise territoriale Größe, BIP, militärische Stärke) erfüllen alle Staaten

---

<sup>1</sup> Des Weiteren besteht das Anliegen, die Freiheit der gesellschaftlichen Eigenentwicklung aufrechterhalten zu wollen (vgl. Löwenthal zit. nach Masala 2010: 57), das ist als Motiv russischer Außenpolitik zentral.

die gleichen Funktionen: Schaffung von militärischer, ökonomischer, gesellschaftlicher Sicherheit nach innen und außen, um ihr Überleben und damit auch das System zu erhalten. (vgl. Waltz zit. nach Masala 2010: 57; Auth 2015: 59)

*Zweitens*, leiden die Staaten an existenzieller Furcht, da in der anarchischen Welt sich niemand sicher sein kann, dass andere Staaten ihre militärischen Kapazitäten nicht einsetzen. (vgl. Auth 2015: 57)

*Drittens*, Staaten besitzen unterschiedlich große Fähigkeiten bzw. „capabilities“ sich zu verteidigen. Die Fähigkeit das „Überleben“ zu sichern, leitet sich heute primär von der Verfügung über Nuklearwaffen ab, daneben sind biologische, chemische und konventionelle Waffen, ausgereifte Technologien und fortgeschrittener Stand in der industriellen Entwicklung relevant. Das Vorhandensein dieser Fähigkeiten ist das Ergebnis der jeweiligen Anstrengungen des Staates (da jeder zunächst sich selbst helfen muss) und sind dementsprechend unterschiedlich verteilt. Alle sind bemüht, ihre eigenen Fähigkeiten zu maximieren. In dem angenommenen System, mit ständig bedrohter Existenz, werden diejenigen Staaten nachgeahmt, die den Überlebenskampf durch die Maximierung bereits erfolgreich gestaltet haben. (vgl. Auth 2015: 57,59)

*Viertens*, Staaten sichern ihr Überleben durch strategische Sicherheitspolitik. Aus dem Wunsch die Souveränität zu erhalten, kalkulieren die Staaten erfolgversprechende Maßnahmen. Wiederum bemühen sich alle potenziellen Gegner/innen die eigenen Stärken bzw. Schwächen zu verheimlichen und ihre Absichten allgemein zu verschleiern. Deshalb gilt umso mehr, die Wahl der richtigen Verteidigungsstrategie mit großer Achtsamkeit anzugehen. (vgl. Auth 2015: 57,58)

In Summe bedeutet das, dass Staaten in einem anarchisch-dezentralisierten Selbsthilfesystem um knappe Güter konkurrieren, die sie zur Verbesserung ihrer Fähigkeiten bzw. „capabilities“ benötigen. Aus Ungewissheit und unzureichender Information über das Verhalten anderer Staaten des internationalen Systems ist man ständig bestrebt, die eigene Macht zu akkumulieren, um die eigene Souveränität, Sicherheit und Handlungsfreiheit zu garantieren. Das wird von anderen Staaten als Bedrohung wahrgenommen. Steigerung auf der Seite eines Staates entfacht das Gefühl größerer Verwundbarkeit auf der Seite eines anderen Staates, es handelt sich um ein Nullsummenspiel. (vgl. Masala 2010: 59,59f,60; Waltz zit. nach Auth 2015: 59) Andere Staaten rüsten also ebenso nach und/oder schließen sich in Allianzen zusammen. Die internationale Politik ist somit ein Kampf „um die beste(n) Position(en), gemessen einzig und allein daran, wer gegenüber wem mehr Fähigkeiten besitzt“. (Waltz zit. nach Auth 2015: 60)

Durch das Fehlen einer Hierarchie, einer zentralen Autorität, kann niemand mögliche Konflikte bzw. drohende Kriege entschärfen. (vgl. Masala 2010: 60)

Gerade durch die neorealistische Perspektive gelingt es die russische Sichtweise besser zu verstehen. So gesehen wurde durch jede NATO-Erweiterung die Machtverteilung in Europa nachhaltig zu Ungunsten Russlands verändert und die NATO-Politik der „offenen Tür“ ist als offensive Politik zur Veränderung des Status quo zu verstehen. (vgl. Kühn 2015: 9)

Bezüglich der passenden theoretischen Annäherung an die Europäische Union verhält es sich um einiges komplizierter. Zunächst muss geklärt werden, was die Europäische Union selbst darstellt, was unter GASP und „Außenpolitik der EU“ zu verstehen ist, um anschließend auf die gewählte Integrationstheorie zu kommen.

Die EU ist weder mit dem Begriff „Internationale Organisation“ noch mit dem des „Staatenbundes“ gut zu greifen, die beiden Begriffe erfassen die EU nicht in ihrer Beschreibung. Die EU verfügt auch im Bereich der GASP, über besondere Merkmale. Das kontrastiert im Vergleich zu anderen konventionellen Staatenverbindungen: Sie verfügt über die Fähigkeit zum unmittelbaren Durchgriff auf den/die Bürger/in und ihre Tätigkeit erstreckt sich über alle Bereiche der Außenpolitik. (vgl. Isensee zit. nach Fröhlich 2008: 21,21f) Somit ist die EU das Gebilde sui generis, das sich nicht in die Kategorien des Völkerrechts oder der Allgemeinen Staatslehre einordnen lässt. (vgl. Thalmaier zit. nach Fröhlich 2008: 22) Das deutsche Bundesverfassungsgericht stellte im Jahr 1993 in seinem Maastricht-Urteil fest, dass der Unionsvertrag „einen Staatenverbund zur Verwirklichung einer immer engeren Union der – staatlich organisierten – Völker Europas“ begründet, jedoch „keinen sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden Staat“. (Bundesverfassungsgericht zit. nach Algieri 2010: 29) Die EU weist systematische Besonderheiten auf, deshalb ist die Analyse der Außenpolitik nicht mit der eines Staates gleichzusetzen. (vgl. Algieri 2010: 29)

Für die Formulierung von Interessen, das Agieren der EU und die Ausgestaltung der Politiken sind unterschiedliche Ebenen (supranationale, nationale, subnationale) zu beachten. Das ergibt als Konsequenz ein Mehrebenensystem für die EU mit Folgen für die Außen- und Sicherheitspolitik, sowie andere Politikfelder. (vgl. Knodt/Heinelt zit. nach Algieri 2010: 30) Dabei herrschen horizontal und vertikal Interdependenzen und Kooperationsbeziehungen zwischen den teilnehmenden Akteuren: Horizontal, auf supranationaler Ebene auf die Organe und Institutionen der EU und auf nationaler Ebene auf die Mitgliedstaaten; vertikal sind die

Akteursbeziehungen zwischen der supranationalen, der nationalen und der subnationalen Ebene betroffen. (vgl. Algieri 2010: 30)

Wenn die EU als komplexes und verflochtenes Mehrebenensystem verstanden wird, muss der die EU umfassende größere Bezugsrahmen ebenso erwähnt werden. Dieser besteht ebenfalls aus mehreren Ebenen: „Internationale Systeme“, „Internationale Subsysteme“, „Einheiten“/„units“ als Akteure, die sich aus verschiedenen Subgruppierungen, Organisationen, Gemeinschaften und Individuen zusammensetzen und über ausreichende Unabhängigkeit und Kohäsion verfügen; „Untereinheiten“/„sub-units“ als organisierte Gruppen von Individuen innerhalb der Einheiten, mit Möglichkeit das Verhalten der Einheit zu beeinflussen; und schließlich die Individuen. (vgl. Buzan/Little/Buzan/Wæver/de Wilde zit. nach Algieri 2010: 32,33)

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist die prominenteste politische Säule des auswärtigen Handelns der EU, bildet aber nur einen Teil der Außenbeziehungen. (vgl. BMEIA o. J.a; Algieri 2010: 29) Im Rahmen der GASP arbeiten die EU-Mitgliedstaaten einstimmig auf zwischenstaatlicher Basis. Zu den Außenbeziehungen zählen auch die Europäische Nachbarschaftspolitik, der Außenhandel, die Entwicklungszusammenarbeit und der EU-Annäherungsprozess vor neuen EU-Beitritten. Eine zentrale Rolle hat dabei der Europäische Rat, der die strategischen Ziele und allgemeinen Leitlinien für die GASP bestimmt. Diese Beschlüsse sind für die Mitgliedstaaten nicht rechtlich, aber „politisch“ bindend. (vgl. BMEIA o. J.a)

Bedingt durch das angesprochene Mehrebenensystem, vollzieht sich die Entwicklung der GASP in einer zunehmend komplexen Umgebung, in der sich die Interessenlagen der Akteure wechselseitig beeinflussen. Für die Analyse und Nachvollziehbarkeit der GASP muss daran gedacht werden, dass diese lediglich ein Politikfeld in einem Mehrebenensystem ist, welches wiederum selbst „auf der Ebene der internationalen Untersysteme, Teil eines in Ebenen eingeteilten globalen Modells ist“. (Algieri 2010: 32,33)

Problematisch ist die Unklarheit darüber „wieweit die GASP bloß eine Koordinierung der Außenpolitik der Mitgliedstaaten ist, wieweit die Organe der GASP sozusagen als Organe der einzelnen Mitgliedstaaten oder als selbständige Organe der EU agieren“; daraus erhält die GASP ihren fragmentarischen Charakter. (Fröhlich 2008: 23) Zusätzlich bestehen noch bilaterale Beziehungen der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten zu den gleichen Drittstaaten. (vgl. Fröhlich 2008: 23)

Um diese Verhältnisse zu begreifen, sind die Kategorien „intergouvernemental“ (zwischenstaatlich) und „supranational“ (vergemeinschaftet) nötig. „Intergouvernemental“, wird die GASP aus der neorealistischen Perspektive als ein traditionelles Phänomen des internationalen Systems verstanden, hierbei gilt die EU primär als Instrument mitgliedstaatlicher Diplomatie. Aus neofunktionaler Sicht ist die GASP als Teil und Entwicklungsstufe in einem Prozess der EU hin zur Finalität einer supranationalen Union, mit einer vergemeinschafteten europäischen Außenpolitik, zu sehen. Dieser Zustand, das Nebeneinander von gegensätzlichen supranationalen und intergouvernementalen Elementen, ist ein entscheidendes Charakteristikum der GASP in der Praxis. (vgl. Fröhlich 2008: 23,23f,25)

Die Verwendung des Begriffs „europäische Außenpolitik“, zeigt die „Durchlässigkeit“ der Rahmen in denen Außenpolitik entsteht, denn das außenpolitische Engagement in Europa lässt sich nicht auf den territorialen wie institutionellen Rahmen der EU reduzieren. Vielmehr umfasst sie ein Set von Organisationen und Akteuren. (vgl. Fröhlich 2008: 18) Daher scheint der Vorschlag von Roy Ginsberg unter „europäischer Außenpolitik“ alle Aspekte von „zivilem Krisenmanagement, Politiken und Aktionen, Standpunkten, Beziehungen und Engagement der Gemeinschaft wie der EU bzw. der GASP in der internationalen Politik“ zu verstehen, angebracht zu sein. (Ginsberg zit. nach Fröhlich 2008: 21) Deutlich konkreter äußern sich Gisela Müller-Brandeck-Bocquet und Carolin Rüger, sie verstehen unter „der“ EU-Außenpolitik die Gesamtheit der einzelnen Teile inklusive ihrer unterschiedlicher Dimensionen: der intergouvernemental und der supranationalen geprägten, der restriktiver Maßnahmen, der sui generis Dimension, der umfangreichen externen Dimension interner Politikbereiche sowie der Partnerschaften und Abkommen. (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet/Rüger 2015: 375)

Nach Hill, ist das gemeinsame Umgehen (collective coping) mit dem internationalen Umfeld, eine resümierende Definition von Außenpolitik. Welche die breite Palette an offiziellen Aktivitäten einbezieht und sich nicht ausschließlich auf die von Diplomat/innen und Außenministerien betriebene fokussiert. (vgl. Hill zit. nach Algieri 2010: 28) Dieser Definition entspricht die europäische Außenpolitik.

Weiters hat die Außenpolitik zur Aufgabe, die Anliegen der Gemeinschaft zu fördern, ob es sich um Partikularinteressen oder für alle Mitglieder (der EU) relevante Interessen handelt. Auch diese Vorgabe erfüllt die europäische Außenpolitik, indem sie mittels interessengeleitetes Handelns die Präferenzen der EU und ihrer Mitgliedstaaten durchsetzt. (vgl. Hill zit. nach Algieri 2010: 28)

Zum Schutz der Ziele sowie deren Weiterführung muss auf bestimmte Fähigkeiten zurückgegriffen werden können. Dazu zählt Hill, die „konventionellen“ Instrumente der Außenpolitik, wie etwa Diplomatie, das Anbieten von ökonomischen Vorteilen oder die Androhung und Anwendung restriktiver Maßnahmen; ebenso wie die Möglichkeiten, die sich beispielsweise aus Reichtum, verfügbaren Technologien, des Humankapitals wie auch der politischen Stabilität, ergeben. (vgl. Hill zit. nach Algieri 2010: 29) Die EU verfügt bekanntermaßen über solche Fähigkeiten, wenn auch nicht in gleichermaßen ausgereifter Form. (vgl. Algieri 2010: 29)

Für die europäische Außenpolitik ergeben sich, laut Hill, drei verschiedene Formen der Handlungsmotive. *Erstens*, die eigenen institutionalisierten Ziele auf supranationaler Ebene. *Zweitens*, die Interessenlagen der einzelnen Mitgliedstaaten. *Drittens*, die für die internationale Politik im Weiteren bestimmenden Elemente. (vgl. Hill zit. nach Algieri 2010: 29)

Aus zahlreichen Ansätzen zum europäischen Integrationsprozess wurde der Neofunktionalismus gewählt. Mithilfe der Theorie kann erklärt werden, was die Staatsregierungen motiviert immer mehr Kompetenzen, ihre nationale Souveränität und auch Macht, wenn auch in kleinen Schritten, an die supranationale Organisation abzugeben und vormals staatliche Zuständigkeiten zu „vergemeinschaften“. (vgl. Auth 2015: 124; Pelinka 2011: 19)

Hierbei entspricht der Integrationsprozess folgenden Charakteristika: Der Integrationsprozess ist ein fortschreitender; der Integrationsprozess ist mehr als der bloße Konsens nationaler Regierungen (die im Zweifel immer nur von innenpolitischen Motiven geleitet erscheinen) und der Integrationsprozess hat eine Eigendynamik. (vgl. Pelinka 2011: 21)

Beim Integrationsprozess ist eine Umkehrbarkeit nicht auszuschließen. Das Zustimmung der jeweiligen nationalen Regierungen zur Reduktion ihrer nationalen Souveränität (als „Kosten“ für einen konkreten Integrationsschritt), bedeutet, dass die Alternative zum nächsten anstehenden Integrationsschritt, noch weniger akzeptabel ist. Die Umkehrbarkeit setzt ein, wenn die Mitglieder nicht mehr bereit sind für den Preis des konkreten Integrationsschrittes mit Teilverlust der Souveränität zu bezahlen. Maastricht- und Lissabonverträge waren, laut Anton Pelinka, nur deshalb möglich, weil sich die Meinung durchgesetzt hatte, die Alternative zur Vertiefung wäre der Beginn vom Ende der Union. (vgl. Pelinka 2011: 21,21f)

Der Spillover-Mechanismus, von Ernst Haas entwickelt, ist das Kernkonzept des Neofunktionalismus und lässt sich begreifen als eine Situation „in which a given action, related to a specific goal, creates a situation in which the original goal can be assured only by taking further actions, which in turn create a further condition and a need for more action and so forth.“ (Lindberg zit. nach Klimczak 2011: 18)

In der Geschichte der EU kann dort von einem spill-over Effekt gesprochen werden, „wo eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in allen Bereichen sich dann bis zu einem politischen Zusammenschluss aller Mitglieder ausgedehnt hat“. (Pollak zit. nach Klimczak 2011: 18) Der Spill-over ist nicht als selbstverständlich anzunehmen, da er in jeweiligen Politikbereichen von externen Faktoren und politischen Relationen abhängig ist. (vgl. Pollak zit. nach Klimczak 2011: 18)

Zentral im Neofunktionalismus sind die Initiativen von Eliten bzw. einflussreicher Interessensgruppen, die sich größere Wohlfahrtsgewinne von einer überstaatlichen Koordinierung versprechen. Daher verlagern diese Gruppen, durch eine gezielte Einflussnahme auf die nationalen politischen Systeme, die Vorbereitung und Durchführung immer mehr auf die supranationale Ebene. Das führt wiederum zu einer allmählichen Überwindung nationaler Staatlichkeit und der Entstehung einer supranationalen Problembewältigungsgemeinschaft. (vgl. Auth 2015: 124)

Aus einem Sektor keimend weitet sich die Integration auf, als logische Folge eines gegenseitigen Vertrauens, weitere Politikbereiche aus. (vgl. Leißle zit. nach Klimczak 2011: 17) Die Konsequenz ist, dass für immer mehr Politikfelder die Entscheidungsfindung auf die Ebene der internationalen Institutionen verlagert wird. Daraus entsteht allmählich eine supranational operierende Entscheidungsinstanz, die „als politisches System sui generis über den Mitgliedstaaten steht und sie überwölbt“. (Auth 2015: 124) Die „vergemeinschaftete“ Politik führt also funktional, immer tiefer in die Kompetenzverlagerung sowie territorial, zu einer stetigen Erweiterung durch neue Mitglieder. (vgl. Thalmaier zit. nach Hienert 2011: 36)

Allerdings ist anzumerken, dass der Spill-over Effekt die Entwicklung der EU im Bereich der Wirtschaft relativ gut erklärte. Im Bereich der Außenpolitik und wo sonstige wichtige Souveränitätsfragen betroffen sind, widersetzen sich viele EU-Mitglieder „supranationaler“ Entscheidungsprozesse.

## **2. EU-RUSSLAND-BEZIEHUNGEN**

### **2.1 Einleitung**

Nach dem Zerfall der Sowjetunion schienen die EU-Russland-Beziehungen voller Visionen zu sein und beide Seiten auf ein gesamteuropäisches Ordnungsmodell abzielen. Russland wurde in den Europarat aufgenommen und zum Partner von EU und NATO. Die Zusammenarbeit vertiefte und beschleunigte sich, Handel und Kulturaustausch nahmen zu, das Netz der Beziehungen wurde allgemein dichter. In der EU wurde angenommen, dass Russland sich nach einer Phase der Systemtransformation und des zügigen Strukturwandels in einen liberal-demokratisch geprägten Staat, inklusive eines entsprechenden Wertesystems, verwandelt, sowie man sich von der Mitgliedschaft in der OSZE und im Europarat die Übernahme der gesamteuropäischen Werte und demokratischer Prinzipien erwartete. Moskau, seinerseits, rechnete mit massiver materieller Unterstützung sowie damit, in die gesamteuropäische Sicherheits- und Friedensordnung einbezogen und Teil des „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ zu werden. Die EU würde Russland dabei als gleichberechtigte Großmacht und vollwertigen Partner behandeln und schließlich sogar als Vollmitglied in die Europäische Union aufnehmen, so Boris Jelzin und andere hochrangige Politiker/innen damals. (vgl. Timmermann 2008: 160; Voigt 2015a: 11)

Daraus resultierte das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen der EU und Russland, welches 1994 unterschrieben wurde und 1997 in Kraft trat. (vgl. Timmermann 2008: 160) Mit einer Gültigkeitsdauer von zehn Jahren lief das PKA 2007 aus und bräuchte seither eine Neuauflage.

Im August 2008 trug sich ein für die spätere EU-Russland-Beziehung bedeutungsvolles Ereignis zu. Russische Truppen marschierten zur Unterstützung der Milizverbände in Abchasien und Südossetien ein und drängten die georgische Armee bis in das Kernland zurück. Moskau erkannte die beiden Provinzen als von Georgien unabhängig an. Die faktischen Grenzen Georgiens wurden somit (mit Gewalt) geändert. (vgl. Malek 2015: 2) Dabei orientierte sich das von Russland in Anspruch genommene Interventionsrecht an der US-amerikanischen Politik in Südamerika<sup>2</sup> und an der strategischen Doktrin des US-Präsidenten George Bush, der National Security Strategy von 2006, die bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus

---

<sup>2</sup> Die allerdings durch die Regelung der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) relativiert worden ist.



militärische Geheimaktionen im Rücken anderer Regierungen legitimierte. (vgl. Wieck 2009: 174)

Die Reaktion der EU auf den Georgienkonflikt war energisch: Der damals amtierende Präsident des Europäischen Rates, Nicolas Sarkozy, setzte auf Grundlage eines Sechs-Punkte-Programms den sofortigen Waffenstillstand und den Rückzug der Truppen auf die ursprünglichen Positionen durch und stufte die Moskauer Unabhängigkeitsanerkennung von Südossetien und Abchasien als völkerrechtswidrig ein. (vgl. Wieck 2009: 176) Das Verhalten des Westens (wie auch aus EU und NATO) bewertete Malek allerdings als sehr zurückhaltend, da es für Russland keinerlei negative Konsequenzen zu tragen gab. Der Bericht des Außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments befand:

„in reaction to and despite Russia’s violation of Georgia’s territorial integrity in 2008, the ongoing occupation of the Georgian regions of Abkhazia and Tskhinvali region/South Ossetia, and the non-fulfilment by Russia of all its obligations under the 2008 ceasefire agreement, the EU opted for an increased cooperation model as a way to continue the engagement with Russia, for their mutual benefit; whereas, rather than taking restrictive measures, a series of initiatives for deeper cooperation – such as the common spaces, the Partnership for Modernisation, the negotiations on a New EU-Russia Agreement, and the Human Rights dialogue – have been launched or deepened.“ (Landsbergis zit. nach Malek 2015: 2)

Die EU reagierte auf die Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putins also mit mehr „Kooperation“, statt mit weniger, so Malek. (vgl. Malek 2015: 2)

Die im Juni 2008 aufgenommenen Verhandlungen über ein neues PKA wurden aufgrund der Geschehnisse in Georgien suspendiert. Die inhaltlichen Aspekte eines neuen Abkommens waren zugegebenermaßen aber auch recht vage. Klar war lediglich, dass eine Fortschreibung des alten Vertrages, der vom europäischen Bemühen zur Förderung des russischen Transformationsprozesses bemüht war, nicht in Frage kam. Inzwischen war Russland, laut Wieck, in diesen Fragen nämlich beratungsresistent geworden. (vgl. Wieck 2009: 176,179)

Ebenso 2008 begannen beidseitige Verhandlungen mit dem Ziel der möglichen Einrichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und Russland sowie der Einführung von Visaerleichterungen. Trotz der infolge des russisch-georgischen Krieges 2008 abgekühlten EU-Russland-Beziehungen wurden bilaterale Gespräche in dieser Hinsicht fortgesetzt, wenn auch weniger intensiv. (vgl. Russell 2018: 2)

Im Jahr 2010 wurde die „Modernisierungspartnerschaft“, die neueste „Komponente“ in den Beziehungen, zwischen der EU und Russland bekannt gegeben. Auf diese Weise versuchte man, der Stagnation der EU-Russland-Beziehungen, nach dem Kaukasuskrieg, entgegen zu wirken. Auf russischer Seite bediente die Partnerschaft das Modernisierungsversprechen von

Dmitrij Medwedew (russischer Präsident von 2008 bis 2012) und auf westlicher Seite das Interesse an wachsender wirtschaftlicher Verflechtung und die Erwartung, das politische System Russlands so liberalisieren zu können. (vgl. Spanger 2012: 395,396,397f; Stewart 2011: 17)

Die Liste der Prioritäten in dieser Partnerschaft so lang wie unbestimmt und reichte von Investitionen in „Schlüsselsektoren“, Vertiefung des Handels, die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe und Angleichung technischer Standards, über sektorale Themen wie Transport, Energieeffizienz, Raumfahrt, Forschung und Entwicklung, bis zu „Standardthemen“ der EU wie Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Förderung der Zivilgesellschaft. Klar war, dass langfristig jeweils konträre Ziele verfolgt wurden, welche aus verschiedenen Sichtweisen der Modernisierung herrührten. Während es der EU um tiefgreifenden, inklusive politischen, Wandel in Russland nach eigenem Vorbild ging; war für Russland die Modernisierung auf technologische Innovation und ökonomische Beschleunigung begrenzt; steigende Auslandsinvestitionen und höherer Technologietransfer waren hier das primäre Interesse. (vgl. Spanger 2012: 396,403; Stewart 2011: 16,17)

„Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der EU und Russland gibt keinen Anlass zur Begeisterung“, so beschrieb Susan Stewart die Stimmung im Jahr 2011. (Stewart 2011: 16) Die Verhandlungen über ein neues PKA-Abkommen, welches bereits drei Jahre überfällig war, schleppten sich dahin; die vergleichsweise unbedeutenden vier „gemeinsamen Räume“ zeigten kleine Teilerfolge auf, gepaart mit erheblichen Problemen in vielen Bereichen; und die praktische Umsetzung der „Modernisierungspartnerschaft“ litt an den obengenannten Widersprüchen. (vgl. Stewart 2011: 16)

Die Rhetorik des Präsidenten Medwedew war durch den Willen zur Modernisierung gekennzeichnet. Nach der Rückkehr von Wladimir Putin zum Posten des Präsidenten und somit den Antritt seiner dritten Amtszeit 2012 war die Fortführung der Ideen seines Vorgängers offen. (vgl. Rolofs/Sieg 2013)

International wurde das Verhältnis zwischen Russland und der westlichen Staatengemeinschaft durch den Streit um die Raketenabwehrpläne, die Syrien Frage, Ausweitung der Europäischen Energiegemeinschaft nach Osteuropa und die Implementierung des „dritten EU-Energiepakets“ und unterschiedliche Interessen in der Syrien Krise, dem iranischen Atomprogramm und der NATO-Raketenabwehr, belastet. Sehr bedeutungsvoll: Das Konkurrieren der beiden Integrationsprojekte in und um Osteuropa wurde deutlich erkennbar. Daneben wurden innerhalb Russlands sowohl die Zivilgesellschaft als auch die oppositionellen Kräfte in ihrem Aufschwung

und Existenz „begrenzt“ und „gehemmt“. (vgl. Rolofs/Sieg 2013) Konkrete Beispiele sind das repressive Vorgehen gegen die Straßenproteste, NGOs und Opposition, der Prozess gegen Pussy Riot und vor allem die zunehmende Diskriminierung von Personen der LGBTQ+ Community. Die politische Situation in Bezug auf Demokratie und Freiheit verschlechterte sich immer weiter. Diese Entwicklung belastete das EU-Russland-Verhältnis zusätzlich. (vgl. Rolofs/Sieg 2013; Siegert 2013: 20) Auf der EU-Seite herrschte Ratlosigkeit im Umgang mit Russland und die Hoffnung mit der russischen Führung zu einem beidseitigem akzeptablen Modus Vivendi zu kommen war „erheblich kleiner“ geworden, so Siegert. Einerseits war die Union zu diesem Zeitpunkt zu sehr auf sich selbst fokussiert und es mangelte ihr an Kraft um eine „auf jeden Fall andere Russlandpolitik“ aufzustellen. Andererseits war 2012 die günstige öffentliche Stimmung für Putin in vielen wichtigen EU-Ländern endgültig ins Gegenteil umgeschlagen. (vgl. Siegert 2013: 20)

Die Aussichten wurden allerdings nicht ausschließlich negativ betrachtet. Denn während der Amtszeit vom Präsidenten Medwedew waren Anknüpfungspunkte für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem Westen und Russland entstanden: Der New-START-Vertrag über die Reduzierung strategischer Atomwaffen zwischen Moskau und Washington; der Beschluss des NATO-Gipfels zur Kooperation mit Russland bei der Raketenabwehr; die russische Bereitschaft, die Versorgung von US- und NATO-Truppen in Afghanistan über das eigene Territorium zu erlauben; Moskaus Verzicht auf ein Veto im UN-Sicherheitsrat bei der Einrichtung der Flugverbotszone in Libyen; eine zeitweilige Annäherung der Positionen im Streit um das iranische Atomprogramm; sowie der gemeinsame Vorschlag von Medwedew und Angela Merkel (deutsche Bundeskanzlerin seit 2005) die sicherheitspolitische Zusammenarbeit von EU und Russland zu vertiefen. (vgl. Rolofs/Sieg 2013)

Durch die Verhandlungen der Assoziierungsabkommen der EU mit den Ländern der „Östlichen Partnerschaft“, gegen die Russland zunächst auch keinerlei Einsprüche erhoben hatte, fand 2013 ein abrupter Wechsel statt. (vgl. Russell 2018: 2)

## **2.2 Ereignisse des Jahres 2014**

### **2.2.1 Integrationskonkurrenz & Assoziierungsabkommen**

Schon 2007 kritisierte Präsident Putin die Politik des Westens frontal. Dabei beklagte er die amerikanische Weigerung, Russland als gleichwertigen Partner zu behandeln, das amerikanische Hegemoniebestreben, die NATO-Osterweiterung, die Militärinterventionen ohne

völkerrechtliche Legitimation im Kosovo und Irak, sowie die „farbigen Revolutionen“ in Georgien, Kirgistan und in der Ukraine, bei denen es dem Westen aus russischer Sicht um Regimewechsel zu Lasten von prorussischen Präsidenten ging. Die Kluft zwischen den beiden Akteuren verfestigte sich durch Putins Reaktionen auf die Bürgerproteste bei den Wahlen 2011/2012, mit dem russischen Agentengesetz und dem Gesetz zu „unerwünschten ausländischen Organisationen“. Der Westen hingegen bedauerte Russlands Weg in ein autoritäres Präsidialsystem und ging politisch immer mehr auf Distanz. Dieser fortgeschrittene Entfremdungsprozess zwischen EU und Russland muss berücksichtigt werden, um die Entstehung des Ukraine Konflikts zu verstehen. (vgl. Erler 2018: 3)

Dieser Entfremdungsprozess wiederum gründete tiefer, nämlich in den 1990er Jahren und unter anderem auf Missverständnissen, die in den Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges entstanden waren. (vgl. Mearsheimer zit. nach Böttger 2015: 204; Arbatova/Dynkin 2016: 78) In den 1990er Jahren lag der Primärfokus der EU, NATO und der USA auf dem postkommunistischen Europa, insbesondere dem Jugoslawienkrieg und der Rückkehr der zentraleuropäischen und baltischen Staaten zu Europa, via NATO und EU. Mit Russland einigte man sich auf eine pragmatische Art der Beziehung. Das mögliche Wiederkehren russischer Imperialbestrebungen im Hinterkopf ließ man sich die Beziehungen zu Russland allgemein nicht verderben. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 82)

Europa und die USA hegten nicht den Wunsch, die Unordnung im postsowjetischen Raum zu beseitigen. Russland auf der anderen Seite forcht Konflikte soweit wie möglich ein und stationierte Streitkräfte in Abchasien, Südossetien, Transnistrien, Armenien und Tadschikistan. Ein Jahrzehnt später, als die Situation in der GUS mehr oder weniger stabil wurde und gleichzeitig die Probleme von Zentral- und Osteuropa gelöst waren, wandten EU und NATO ihre Aufmerksamkeit wieder dem GUS-Raum zu. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 82f,83)

Auf diesem Wege formulierte sich im postsowjetischen Raum die Integrationskonkurrenz. Zwei Integrationsprojekte standen sich gegenüber: einerseits das Integrationsprojekt der EU in dessen Rahmen die Länder der „Östlichen Partnerschaft“ als Teil eines erweiterten Europas angesehen wurden, auf den die Werte und Normen der EU übertragen werden sollten; andererseits die russische Regierung mit dem Konzept der Eurasischen Union (EAWU). Die Ukraine-Krise ist der erste direkte Konflikt, der sich zwischen den beiden regionalen Strategien entzündete. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 78; Mearsheimer zit. nach Böttger 2015: 204) Das intensive Werben für und gegen das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU, „verwies auf eine übergeordnete Ebene des Konflikts“, die begründete, weshalb „die Ukraine-Krise so nachhaltig

auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland einwirkt“. (Grabau 2018: 322) Die EU unterschätzte die Bedeutung der Ukraine, mit der Russland eine neue machtvolle Union zu gründen wünschte, so Arbatova und Dynkin. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 78)

Das Assoziierungsabkommen selbst ist Bestandteil der „Östlichen Partnerschaft“ der EU von 2009, welches ein Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ist. (vgl. Adomeit; Vogel zit. nach Grabau 2018: 320) Das Hauptziel der „Östlichen Partnerschaft“ ist die Schaffung notwendiger Voraussetzungen für die Beschleunigung der politischen Assoziierung und der weiteren wirtschaftlichen Integration zwischen der EU und den Partnerländern. (vgl. Rat der Europäischen Union zit. nach Grabau 2018: 320) Die grundlegende Idee besteht darin, die EU de facto zu erweitern, ohne eine EU-Mitgliedschaft in der EU anzubieten, aber auch ohne sie auszuschließen. (vgl. Adomeit zit. nach Grabau 2018: 321) Dementsprechend verständlich ist die Kritik des russischen Außenministers Sergei Lawrow:

„Wir werden beschuldigt, über Einflussphären zu verfügen. Aber was ist die Östliche Partnerschaft anderes als ein Bemühen, die europäische Einflussphäre auszudehnen?“  
(Adomeit zit. nach Grabau 2018: 323)

Zu Beginn war Russland sowohl der ENP als auch der EU-Erweiterung gegenüber positiv gestimmt. Das 2013 unterbreitete EU-Assoziierungsangebot an die Ukraine und weitere Länder der „Östlichen Partnerschaft“ sah Moskau als den gegen Russland gerichteten Versuch, diese in die europäische Einflussphäre zu bringen und auf die Beitritte zur NATO und EU vorzubereiten. Die Kopenhagener Kriterien setzen die NATO-Mitgliedschaft zwar nicht als Bedingung für das Eintreten in die Europäische Union voraus, doch die letzten Expansionswellen der EU bekräftigten diesen Zusammenhang. Dieser Umstand ließ Russland seine anfänglich positive Haltung widerrufen. (vgl. Erler 2018: 3; Arbatova/Dynkin 2016: 84) Laut Timmermann war die aufrichtige Motivation der ENP, die Schaffung politisch stabiler, wirtschaftlich prosperierender, rechtsstaatlich verfasster und somit berechenbarer Partnerländer an der europäischen Ostflanke. Die Europäische Union drängte weder, wie die USA, auf einen „Regime-Change“ noch strebte sie, wie Russland, nach Sicherung eines Status quo, der loyale autoritäre Regime stützt. Weder geopolitisches Ausgreifen noch die Absorption der osteuropäischen Nachbarn nach dem Muster eines Nullsummenspiels waren das Ziel. (vgl. Timmermann 2008: 172) Mit dem Assoziierungsabkommen wollte die EU in Wirklichkeit einen Ersatz für die vor Ort erwünschte Integrationsalternative in die westlichen Strukturen anbieten.

Eine Aufnahme in die EU wäre ohnehin ohne ausreichende Zustimmung und daher unrealistisch geblieben, so Erler. (vgl. Erler 2018: 3)

Am 21. November 2013 kündigte der damalige ukrainische Präsidenten Wiktor Janukowytsch an, das Assoziierungsabkommen mit der EU, obwohl geplant, vorerst nicht zu unterschreiben. (vgl. Biersack/O’Lear; Hedenskog; Rinke zit. nach Grabau 2018: 320) Als Erklärung diente die angebliche wirtschaftliche Unreife der Ukraine. (vgl. Grabau 2018: 321) Es ist aber durchaus denkbar, dass die russische Regierung in ihrem Bestreben, das Assoziierungsabkommen zu verhindern, erfolgreich war. So verhängte Russland nämlich zuvor von Juli bis Oktober 2013 Handelssanktionen gegen die Ukraine, die den Import von ukrainischen Waren behinderten. Zusätzlich wurden neue Grenzkontrollen und der Ausschluss der Ukraine aus der GUS-Freihandelszone angedroht, falls es zur Unterzeichnung des Abkommens käme. (vgl. Malygina; Rinke zit. nach Grabau 2018: 321)

Auf diese Entscheidung reagierte die ukrainische Bevölkerung mit Unzufriedenheit. (vgl. Schröder 2016: 17) Parallel setzten am 21. November 2013 spontane Proteste in Kiew und anderen ukrainischen Städten ein. Bereits in der Nacht und am Folgetag liefen die großen Protestaktionen gegen diese Regierungsentscheidung seitens der Bevölkerung an. Am 23. und 24. November 2013 kam es in Kiew schließlich zu Massenprotesten mit mehr als 100.000 Teilnehmer/innen mit der Forderung einer europäischen Ausrichtung der ukrainischen Außenpolitik. (vgl. Singhofen 2017: 59)

Die spätere Forderung des Rücktritts Janukowytschs, der gesamten Regierung sowie Neuwahlen war äußerst eng mit dem Vorgehen des ukrainischen Staates verflochten. Es wurde versucht, die Proteste mittels Polizeigewalt zu lösen. Vom 29. auf den 30. November bemühte sich die Berkut, eine Einheit der Sonderpolizei, den Unabhängigkeitsplatz in Kiew zu räumen. Allerdings ging das mit Verhaftungen, extremer Brutalität und dementsprechender Zahl an Verletzten einher. Über die sozialen Medien verbreitet und die Ausschreitungen belegend, versammelten sich, am 1. Dezember 2013, nun mehrere hunderttausende Demonstrierende im Kiewer Zentrum. In der Folge konnte sich keine der beiden Seiten, über Wochen hinweg, durchsetzen. Das Ringen der Protestbewegung, mittlerweile in Kooperation mit den Oppositionskräften des ukrainischen Parlaments und der ukrainischen Führung, hielt von Dezember 2013 bis Februar 2014 an. (vgl. Singhofen 2017: 59,59f, 60)

Am 18. Februar 2014 kam es zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstrant/innen, als diese am ukrainischen Parlament vorbeizogen. Dieser folgten weitere; insgesamt kamen 26 Menschen auf beiden Seiten ums Leben. Die Regierung entschied sich

daraufhin zu einer „Antiterroroperation“, mit Beginn am 20. Februar 2014. Die eingesetzten Scharfschützen erschossen dabei bewusst und gezielt mehr als hundert Demonstrant/innen. Dementsprechend verlor Janukowytch die Unterstützung im Parlament sowie die der bedeutenden Teile des militärischen Establishments. Zwar unterzeichnete er am 21. Februar 2014 noch eine Vereinbarung (diese kam durch die Vermittlung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens zustande) mit der Opposition, auch betreffend vorgezogener Präsidentschaftswahlen, floh aber anschließend nach Osten und Süden der Ukraine, schlussendlich nach Russland (inklusive großer Mengen an Wertsachen und Bargeld). (vgl. Singhofen 2017: 60,61)

Der Anlass für den Konflikt in und um die Ukraine stellte also der Entschluss des damaligen Präsidenten, sich dem russischen Integrationsprojekt der Eurasischen Zollunion anzunähern und die Verhandlungen mit der EU zu stoppen. (vgl. Menkiszak zit. nach Singhofen 2017: 59)

Nun bestand für Russland die Gefahr einer Annäherung der Ukraine zum Westen, inklusive EU- und NATO-Beitritte (siehe Seite 66). Um dies zu verhindern, griff der Kreml auf die 2008 in Georgien angewandte Strategie zurück – mit dem Unterschied, dass die ukrainische Halbinsel Krim im März 2014 direkt annektiert bzw. angeschlossen und in der Ostukraine eine Abspaltungsbewegung unterstützt wurde. (vgl. Kühn 2015: 8,9; Schröder 2016: 17) Laut Malek erleichterte die damalige zurückhaltende Reaktion der EU auf die Geschehnisse in Georgien sehr wahrscheinlich Putins Entscheidung. (vgl. Malek 2015: 2) Ebenso ist offensichtlich, dass Russland die als eigene gewertete Interessenssphäre verteidigte. (vgl. Sergunin; MacFarlane/Menon zit. nach Haukkala 2015: 34)

Ferner ist es glaubhaft, dass die Situation wachsende Enttäuschungen, gar Verbitterung gegen die EU (aber auch gegen die USA) seitens Moskau und im Einzelnen des Präsidenten Putin selbst spiegelte. So sagte er in seiner Ansprache nach der „Annexion“ bzw. „Angliederung“ der Krim:

„[...] they have lied to us many times, made decisions behind our backs, placed us before an accomplished fact. . . . But there is a limit to everything. And with Ukraine, our Western partners have crossed the line, playing the bear [sic] and acting irresponsibly and unprofessionally.“ (Putin zit. nach Haukkala 2015: 34)

Ähnlich sah auch der russische Außenminister Lawrow die Schuld für die Krise bei der EU:

„[...] Brussels told Ukraine to choose between the West and Russia. Everybody knows the root causes of the crisis: we were not being listened to, Kiev was forced into signing arrangements

with the European Union, which had been drafted behind the scene and, as it eventually turned out, were undermining Ukraine's obligations on the CIS free trade area. When Viktor Yanukovich took a pause for a closer look at the situation, the Maidan protests were staged. Then there followed the burning tires, the first casualties and an escalation of the conflict [...]" (MID zit. nach Haukkala 2015: 34)

Erler sieht die Ursache des bis heute (Stand März 2019) andauernden Ukraine-Konflikts in der negativen russischen Interpretation der westlichen Absichten in Fortsetzung des bereits beschriebenen Entfremdungsprozesses, die letztlich zur „Annexion“ bzw. zur „Angliederung“ der Krim und zur russischen Unterstützung in der Ostukraine führten. (vgl. Erler 2018: 3)

Nach dem Zitat Lawrows, wurde die Ukraine von Brüssel vor die Wahl gestellt. Laut Kirsten Schmalenbach war es aber Russland, das sich auf den Standpunkt der Unvereinbarkeit stellte. Denn die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) forderte die Erhöhung der Zollsätze gegenüber den EU-Mitgliedern, die EU-Freizone wiederum eine Senkung zu ihren Gunsten. (vgl. Schmalenbach 2017: 239) Die EU versprach die Kompatibilität beider Integrationsprojekte zu ermöglichen (vgl. Füle zit. nach Schmalenbach 2017: 240). Es wurde aber zeitlich verpasst, das Versprechen bei den Verhandlungen mit der Ukraine „mit Substanz“ zu füllen. (vgl. Schmalenbach 2017: 240) Das lag aber auch an der Prämisse, für eine langfristige EU-Ukraine-Beziehung, die Ukraine in wirtschaftliche und politische Strukturen der EU einzubinden (vgl. Schneider-Deters zit. nach Schmalenbach 2017: 240), das gleiche beabsichtigte die Eurasische Wirtschaftsunion (vgl. Dembinski/Schmidt/Spanger zit. nach Schmalenbach 2017: 240). Und so kam es 2014 zu der Entscheidungssituation für die Ukraine.

Man kann das Geschehen aber auch wie Malek sehen: Die Wahrheit über den Konflikt liegt nicht in der Mitte der offiziellen Positionen Kiews und Moskaus. Denn Moskau ging mit militärischer Gewalt gegen ein Nachbarland vor, um einen Teil von dessen Territorium an sich zu bringen und dessen Teilnahme an der europäischen Integration zu behindern. (vgl. Malek 2015: 3)

Aus russischer Sicht wiederum handelte es sich *erstens* um keine Annexion, sondern um eine Eingliederung der Halbinsel, also einer legitimen Rückkehr in das russische Staatsgebiet nach den Ergebnissen des Referendums (offiziell stimmten 96,8% dafür<sup>3</sup> (vgl. Veser 2017)) vom 16. März 2014, in dem die Mehrheit der Bevölkerung für eine Abspaltung von der Ukraine stimmte. (vgl. Grabau 2018: 326; Markedonov 2015: 2) *Zweitens* wurden die Brüche der bindenden Abkommen damit erklärt, dass es keine Einzelfälle waren. Als Beispiel wurden die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien und im Nahen Osten eingebracht, „als äußere

---

3 Diese Ergebnisse werden von objektiven Wahlbeobachter/innen allerdings in Frage gestellt.



Einmischungen in Bürgerkriege und ethnopolitische Konflikte unter Umgehung der Vereinten Nationen erfolgten“. (Markedonov 2015: 3)

An dieser Stelle ist die Auseinandersetzung mit den völkerrechtlichen Aspekten um die Krim relevant. Wilfried Jilge beteuert der Kreml ist sich seiner schwachen völkerrechtlichen Position bewusst. Deshalb benutzte man zunehmend geschichtspolitische Argumente um das Geschehen auf der Krim zu legitimieren. Auf diese werden in der Arbeit nicht näher eingegangen, da Russland nach 1991 die Grenzen der Ukraine inklusive der Krim, als Teil der Ukraine in mehreren völkerrechtlich verbindlichen Verträgen anerkannt hat. Konkret gemeint sind der russisch-ukrainische „große Freundschaftsvertrag“ aus dem Jahr 1997 und das zuletzt 2010 erneuerte Abkommen über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte. Zusätzlich wurde der Ukraine die territoriale Unversehrtheit explizit, im Austausch gegen die Abgabe ihrer Atomwaffen, durch das Budapester Memorandum 1994 zugesichert. (vgl. Jilge 2015: 2,4; Singhofen 2017: 73)

Reinhard Merkel stimmt hier zu: die territoriale Integrität wurde missachtet, das zwischenstaatliche Interventionsverbot verletzt und die russische Militärpräsenz völkerrechtswidrig. Auch wenn gerade sie einen blutigen Einsatz von Waffengewalt auf der Krim abgewendet habe, verletzte sie das zwischenstaatliche Interventionsverbot. Das mache die, laut Merkel, dadurch ermöglichte Sezession aber keineswegs nichtig. (vgl. Merkel 2014)

Eine weitere Völkerrechtsverletzung ist Russland vorzuhalten. Das allgemeine Völkerrecht verlangt von den anderen Staaten, die durch Sezessionen geschaffene Lage nicht oder jedenfalls nicht vor deren politischer Konsolidierung anzuerkennen. Konkret ist hier die Anerkennung, des Beitrittsgebiets nach einer vorherigen Sezession als einen solchen Staat, Gegenstand des Völkerrechts. Russland hatte aber bereits zwei Tage nach dem Referendum, am 18. März 2014, das Abkommen zum Beitritt der Krim unterzeichnet und somit das Sezessionsgebiet anerkannt. (vgl. Merkel 2014; Singhofen 2017: 62) Das war mehr als vorschnell. Das verletzte den völkerrechtlichen Anspruch der Ukraine auf Achtung ihrer territorialen Integrität. Um das Bild zu vervollständigen, ist anzumerken, dass, als im Jahr 2008 die provisorische Zivilverwaltung im Kosovo dessen Unabhängigkeit vom serbischen Zentralstaat erklärte, was gegen einschlägiges spezielles Völkerrecht verstieß, die westlichen Staaten selbst, ähnlich zu Russland vorgehen. Hier hatten einen Tag nach der Sezession England, Frankreich und die USA und drei Tage später Deutschland Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt. Damals hatte noch Kreml die scharfe Kritik geübt. (vgl. Merkel 2014)

Laut Merkel handelte es sich um keine Annexion, denn es war: eine Sezession, die Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit, bestätigt von einem Referendum, das die Abspaltung von der Ukraine billigte und darauffolgend ein Antrag auf Beitritt zur Russischen Föderation, den Moskau annahm. Diese drei schließen eine Annexion aus, selbst dann, wenn alle drei völkerrechtswidrig gewesen sein sollten. Das sind sie aber nach Merkel auch gar nicht gewesen. (vgl. Merkel 2014)

Die Sezessionserklärung selbst konnte keine völkerrechtliche Norm verletzen, denn Sezessionskonflikte sind Angelegenheit des innerstaatlichen und nicht internationalen Rechts. (vgl. Merkel 2014) Dagegen weist Kreß darauf hin, dass das Völkerrecht die Sezession nicht verbietet, es umgekehrt einer ethnischen Gruppe in einem Vielvölkerstaat auch nicht die Befugnis gibt sich von diesem Staat, gegen dessen Willen, loszulösen<sup>4</sup>. (vgl. Darnstädt 2014) Merkel merkt dazu an, dass, obwohl die Annahme, das Völkerrecht habe den Krim-Bewohner/innen kein Recht zur Sezession gewährt, korrekt ist, ist die Folgerung, die Sezession wäre somit völkerrechtswidrig gewesen, allerdings falsch. Das Völkerrecht ist nicht wie das innerstaatliche Recht konstruiert, wo das Fehlen der Erlaubnis das Handeln rechtswidrig macht. (vgl. Merkel 2014)

Die amerikanische Behauptung, das Referendum verstoße gegen das Völkerrecht, sei bereits „ungereimt“, so der Autor. Das Veranlassen eines Teiles der Bevölkerung eines Landes unter seinen Mitgliedern eines Plebiszites, macht daraus kein Völkerrechtssubjekt. Daher betreffen die Normen des allgemeinen Völkerrechts, beispielsweise die territoriale Integrität von Staaten anzutasten, ihn nicht und können dementsprechend auch nicht von ihm verletzt werden. (vgl. Merkel 2014) Nach Jilge aber, war das Referendum „schon deswegen illegal“, weil Russland das allgemeine Gewaltverbot der UN-Charta verletzte. Zusätzlich wurde das Referendum selbst und die vorangehende Machtübernahme der prorussischen Separatist/innen unter der einschüchternden Präsenz russischer Soldat/innen durchgeführt. Dementsprechend kann nicht von einer freien Willensäußerung gesprochen werden. (vgl. Jilge 2015: 2) Merkel entgegnet, dass die russische Militärpräsenz sich weder auf die Erklärung der Unabhängigkeit, noch auf das Referendum bezögen. Im Gegenteil; sie sicherten die Möglichkeit des Stattfindens dieser Ereignisse und hatten zu keinem Zeitpunkt einen Einfluss darauf. Die Gewaltandrohung war an die ukrainische Armee adressiert, um ein militärisches Eingreifen des ukrainischen Zentralstaats zur Unterbindung der Sezession zu verhindern. Putin seinerseits wäre sicher gewesen, dass die für ihn günstigen Resultate eintreffen und sie keiner Fälschung bedürften. Merkel ist der Ansicht,

---

<sup>4</sup> Das russische Verfassungsgericht hat 1995 im Hinblick auf den Versuch Tschetscheniens sich von Russland zu lösen, wenn es den eigenen Interessen von Nutzen ist, exakt dasselbe gesagt. (vgl. Darnstädt 2014)

das Referendum gebe den authentischen Willen einer großen Mehrheit der Krim-Bevölkerung wieder. (vgl. Merkel 2014) Das widerspricht den von Jilge angeführten Daten geradezu. Eine Umfrage der „Kiewer Internationalen Institut für Soziologie“ (KMIS) und der Kiewer Stiftung „Demokratische Initiativen“ ergab Ende 2013 ca. 36% und Mitte Februar 2014 41% der Krimbewohner/innen, die eine Vereinigung der Ukraine mit Russland bejahten. Eine Stichprobenumfrage des Rasumkow-Zentrums vom Dezember 2013 ergab nur 29% der Krim Befragten, die sich für eine Loslösung der Halbinsel von der Ukraine aussprachen. (vgl. Jilge 2015: 5)

Bezüglich der Aufnahme der Krim in Russland: Auch wenn, hier die Regierung der Krim, als ein Geber, rechtswidrig handelt, macht er den Annehmenden, hier Russland, nicht zum Wegnehmer. Die Transaktion mag aus Rechtsgründen für nichtig gehalten werden, das macht sie dennoch nicht zur einer Annexion, die als räuberische Landnahme mittels Gewalt verstanden wird. (vgl. Merkel 2014)

„Russland hat völkerrechtswidrig gehandelt, in mäßig dramatischem Modus und politisch keineswegs wie ein hasardierender Gangster.“, resümiert Merkel. (Merkel 2014)

Claus Kreß bringt Fakten in die Diskussion mit ein, die für berechtigte Zweifel in der Argumentation Merkels sorgen. *Erstens*, war bereits das russische Verlassen ihrer Stützpunkte auf der Krim, ohne die hierzu erforderliche Zustimmung der Ukraine, um ukrainische Militärstellungen und Hafeneinfahrten zu blockieren, ein Verstoß gegen das Abkommen über die Schwarzmeerflotte. (vgl. Darnstädt 2014) Darüber hinaus: „Die Verwendung von im Ausland stationierten Truppen im Widerspruch zu einem Truppenstationierungsabkommen hat die Uno-Generalversammlung 1974 ausdrücklich als „Akt der Aggression“ bezeichnet.“ (Darnstädt 2014) *Zweitens*, wurde 1949 in der Genfer Konvention ausdrücklich klargestellt, dass die Übernahme der militärischen Kontrolle in einem fremden Staat auch dann als Besetzung gelte, wenn dieser Staat keinen bewaffneten Widerstand geleistet hat. (vgl. Darnstädt 2014)

*Drittens*, ist es durchaus möglich, das Krim-Referendum für „ungültig“ zu erklären, obwohl eine Sezession völkerrechtlich nicht verboten ist. Denn einerseits fand das Referendum ohne die Zustimmung des Staates Ukraine, andererseits im „Windschatten“ der militärischen Besetzung der Krim durch Russland, statt. (vgl. Darnstädt 2014)

*Viertens*, auch wenn die Ergebnisse des Referendums eindeutig<sup>5</sup> waren, ist es völkerrechtlich irrelevant. Da ein, unter einer auswärtigen Aggression zustande gebrachter, Wechsel der territorialen Souveränität vom Völkerrecht nicht anerkannt wird. (vgl. Darnstädt 2014)

## 2.2.2 Russlandpolitik der EU

### 2.2.2.1 Grundzüge der Russlandpolitik

Wie später genau erläutert wird, war Russland immer schon ein Uneinigkeit stiftendes Thema innerhalb der EU. Das Spektrum der Ansichten<sup>6</sup> und der jeweiligen Beziehungen zur Russland breitete sich zusätzlich mit jeder EU-Erweiterung aus. (vgl. Sokolov zit. nach Romanova 2016: 783) Die EU hat dementsprechend auch keine kohärente Russland-Politik formuliert, diese ist vielmehr aus verschiedenen Aspekten „zusammengesetzt“. (vgl. Frank 2007: 6; Stent 2018: 31; Timmermann 2008: 173; David/Gower/Haukkala 2013a: 8,9; David/Gower/Haukkala 2013b: 258)

Dennoch kann man sich durch eine grobe Unterteilung der EU-Mitgliedstaaten behelfen. Allgemein lassen sich zwei grundsätzlich unterschiedliche Positionen zu Russland erkennen: Frankreich, Deutschland und Italien gelten als Vertreter des prorussischen Lagers, die baltischen Staaten mit Polen an der Spitze liegen genau am entgegengesetzten Ende des Spektrums. (vgl. Frank 2007: 6)

Timmermann beschreibt diese unterschiedlichen Pole der Russlandpolitik, zugespitzt ausgedrückt, als Strategie des „containment“ und die Strategie des „engagement“. Erstere wird von Polen und den baltischen Staaten am deutlichsten betrieben. Hier die Annahme, dass „eine enge Verzahnung EU-Russland die Übernahme demokratischer Prinzipien und eine Beendigung geopolitischer Ambitionen durch Moskau insbesondere in „Zwischeneuropa“ voraussetzt“. (Timmermann 2008: 173) Die „Altmitglieder“ der EU hingegen praktizieren die zweite Strategie, natürlich mit vielen variierenden Inhalten. Oft liegen wirtschaftliche Überlegungen dahinter. Die mangelnde Implementierung der europäischen Werte stellt bzw. stellte dabei kein

---

5 Laut Kreß seien die Ergebnisse fast "verdächtig eindeutig" ausgefallen, wenn man bedenkt, dass auch andere Volksgruppen außer den ethnischen Russen und Russinnen auf der Krim auftreten. (vgl. Darnstädt 2014) Beispielsweise seien die auf der Halbinsel ebenso lebenden Krimtataren und Krimtatarinnen (sowie politische Oppositionelle) nach russischer Übernahme der Krim, Gewalt und Repression ausgesetzt. Hingegen können russische Behauptungen von Bedrohung der russischsprachigen Bevölkerung von keiner internationalen Organisation (IKRK, OSZE, UN) belegt werden (vgl. Singhofen 2017: 59)

6 David, Gower und Haukkala bezeichnen es sogar als ein ganzes „universe“ of national perspectives“. (vgl. David/Gower/Haukkala 2013b: 255-259)

prinzipielles Hindernis für die Realisierung gemeinsamer Interessen dar. (vgl. Timmermann 2008: 173,174,175)

Der institutionalisierte Dialog mit Russland wurde im März 2014 zurückgenommen und die EU-Mitgliedstaaten sind aktuell (Stand März 2019) uneinig über den weiteren Umgang mit Russland. Die Vermutung liegt nahe, dass der Kurs auch weiterhin von Deutschland und Frankreich bestimmt wird. Die Bedeutung Frankreichs in der Ost- und Russlandpolitik der EU wird mit dem Brexit weiter anwachsen, daher sollte die Festigung der EU-Ostpolitik eng mit dem französischen Partner abgestimmt werden. Die russische Führung ist übrigens auch der Ansicht, dass innerhalb der EU im Wesentlichen Deutschland entscheide. Die Entscheidungen Berlins werden in Brüssel lediglich umgesetzt. Auch die Aufhebung der Sanktionen hänge infolgedessen primär von Berlin ab. (vgl. Mangott 2018; Meister 2017: 18; Honsig-Erlenburg 2018)

Diese Argumentation lässt sich begründen, wenn man bedenkt, dass Deutschland im Zuge der Euro-Krise an Bedeutung gewonnen hat. An Deutschland als politisches und wirtschaftliches Schwergewicht in der EU wurden nun die Erwartungen zur Führung und Integration der europäischen Staaten gestellt. (vgl. Kaca/Łada zit. nach Kalinin 2016: 159) Bereits in der Vergangenheit stellte Deutschland die treibende Kraft hinter der Osterweiterung und bei der Politikgestaltung gegenüber den postsowjetischen Staaten dar. So waren Konzepte für Zentralasien, die erweiterte Schwarzmeer-Region und die östliche Nachbarschaftspolitik<sup>7</sup> entstanden. (vgl. Kalinin 2016: 190) Bei der Entwicklung der gemeinsamen „vier Räume“ (Wirtschaft, Freiheit, Sicherheit und Forschung) sowie in der EU-Modernisierungspartnerschaft trug Deutschland ebenso eine Schlüsselrolle in der EU gegenüber Russland. Daraus resultiert die geläufige Meinung, dass es ohne Deutschland keine funktionierende europäische Russlandpolitik geben könne. Tatsächlich fordern viele Verbündete im Bereich der Russlandpolitik die Führung durch Deutschland und die Bundesregierung ist auch bereit diese zu übernehmen. (vgl. Meister 2017: 17; Kalinin 2016: 190)

---

<sup>7</sup> Obwohl die „Östliche Partnerschaft“ eine polnisch(-schwedische) Initiative war, wäre diese ohne die Unterstützung Deutschlands nicht umsetzbar gewesen (siehe Seite 92).

### 2.2.2.2 Russlandpolitik der EU & Sanktionen

Die infolge der Annexion der Krim und der Destabilisierung der Ukraine ausgesprochenen Sanktionen gegen Russland sind politisch besonders brisant. Hier ging die EU erstmals mit Sanktionen gegen eine bedeutende politische Weltmacht vor, die ihr zudem geografisch nahesteht. (vgl. Wohlmann 2015: 14; Garcés de los Fayos 2018)

Im Juli 2014 wurden folgende Sanktionen gegen Russland verhängt: diplomatische Sanktionen; Sanktionen gegen bestimmte Einzelpersonen: circa 170 natürliche und circa 40 juristische wurden mit Einreiseverboten, Vermögenssperren und einem Bereitstellungs- und Bezahlungsverbot belegt; ein umfangreiches Handels-, Finanzierungs- und Investitionsverbot für die Halbinsel Krim; sowie sektorale Sanktionen für die Finanz- und Ölindustrie und den Hochtechnologie- und Militärgüterbereich eingeführt. (vgl. WKO 2018a: 7)

Mit Sanktionen gegen die russische Erdölproduktion wurde gezielt der wichtigste Industriezweig Russlands angegriffen. Auf die politischen Machthaber/innen wurde Druck ausgeübt, weil nun um Deviseneinnahmen aus dem Erdölgeschäft gefürchtet werden muss. Das Verbot des Know-How-Transfers erschwert zusätzlich die Arbeit des Sektors, konkret handelt es sich um die Lieferung von Technologien im Bereich der Erdölförderung in der Tiefsee, der Arktis oder der Gewinnung von Schieferöl. Insgesamt geht es aber um den erschwerten Ausbau des Erdölsektors und nicht die laufende Produktion selbst. Denn der Zugang zu Finanzmitteln ist eingeschränkt und die Erschließung neuer Geschäftsfelder durch den untersagten Technologietransfer behindert. (vgl. Wohlmann 2015: 13)

An den Sanktionen im Erdölsektor zeigt sich die Gratwanderung der EU: Es wurden nur die Erdöl- und nicht die Gasproduktion sanktioniert. Durch die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen ist eine Sanktionierung hier offensichtlich nicht ratsam. Einerseits ist der Energiesektor eine wichtige Säule der russischen Wirtschaft, sodass solche Sanktionen den Staat empfindlich treffen können. Andererseits ist die europäische Wirtschaft selbst auf russische Energielieferungen angewiesen, somit wären diesbezügliche Sanktionen irrational. Diese Überlegungen schränken den Kreis der Möglichkeiten deutlich ein. Der Erdölsektor ist zwar ein bedeutender russischer Wirtschaftszweig, durch die Eingrenzung der Sanktionen auf bestimmte Geschäftsfelder (Tiefsee, Arktis und Schieferöl) ist die Betroffenheit, nach Monika Wohlmann, allerdings stark vermindert. (vgl. Wohlmann 2015: 13,14)

Der russische Bankensektor wurde in seiner Auslandsfinanzierung im Vergleich zu früher ebenso deutlich eingeschränkt. In diesem Bereich sind auch die größten wirtschaftlichen

Auswirkungen zu sehen, da dieser über seine Finanzierungsfunktion auch auf weitere Wirtschaftsbereiche ausstrahlt. (vgl. Wohlmann 2015: 14)

Unterm Strich ist der ausgeübte politische Druck aber begrenzt, die Wirtschaftssanktionen reizen ihre Möglichkeiten nicht aus und sind dadurch kaum ein durchgreifendes politisches Druckmittel, so Wohlmann, da wichtige Bereiche wie z. B. Deviseneinnahmen aus der laufenden Öl- und Gasproduktion ausgenommen wurden. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der EU-Politik, auf diplomatischem Wege eine Lösung zu finden, statt die Fronten durch strenge Sanktionen zu verhärten, was innerhalb Russlands größtenteils andersrum wahrgenommen wird. Dennoch hat die Kombination aus Wirtschaftssanktionen mit den ohnehin niedrigen Erdölpreisen – wenn auch unbeabsichtigt – zu einer wirtschaftlichen Rezession in Russland geführt. (vgl. Grabau 2018: 329; Wohlmann 2015: 14)

Die Russlandpolitik der EU fußte insgesamt auf drei Säulen: erstens Sanktionen; zweitens finanzielle und politische Unterstützung der ukrainischen Regierung; drittens diplomatische Gespräche mit Russland. (vgl. Buras zit. nach Grabau 2018: 327) Das EU-Parlament sieht hierbei das geschlossene Auftreten der EU-Mitgliedstaaten als “absolute Priorität“ an. (vgl. Europäisches Parlament 2016) Sabine Fischer geht sogar noch weiter: Die Wahrung der Kohärenz gegenüber Russland ist nicht nur die Feuerprobe für die europäische Außenpolitik, sondern auch ein wichtiger Schritt zum Erhalt der krisengebeutelten Union. (vgl. Fischer 2017: 415)

Anfang bzw. Mitte September 2014 wurde in Minsk, unter Vermittlung der OSZE ausgehandeltes, Abkommen unterzeichnet, das sogenannte Minsk I. Dieses sah zwölf<sup>8</sup> Punkte vor, unter anderem einen sofortigen und beidseitigen Waffenstillstand und dessen Überprüfung durch die OSZE vor, eine Dezentralisierung der Ukraine, eine Überwachung der ukrainischen Staatsgrenzen, einen Waffenabzug, sowie einen Abzug der „ungesetzlich bewaffneten Einheiten“ und der Kämpfer/innen und Söldner/innen aus dem Konfliktgebiet vor. Der einzige Punkt der dabei vollständig umgesetzt worden war (und das von der ukrainischen Regierung), war jener der Dezentralisierung der Ukraine, durch die Gesetzesverabschiedung über den Sonderstatus der Separatistengebiete. Übrige Bestimmungen wurden zu keinem Zeitpunkt umgesetzt oder eingehalten. (vgl. Singhofen 2017: 64,64f,65)

---

8 Dessen zwölf Punkte decken sich weitgehend mit dem aktuell geltenden Minsk II Abkommen. (vgl. Singhofen 2017: 65)

Das zweite Maßnahmenpaket von Minsk (Minsk II), ausgehandelt von Regierungschef/innen aus Russland, der Ukraine, Deutschland und Frankreich am 12. Februar 2015, umfasst 13 Punkte (vgl. AFP 2015):

1. Waffenruhe ab Sonntag um 00.00 Uhr.
2. Abzug der schweren Waffen aus einer Pufferzone. Die Regierungstruppen müssen sich hinter die aktuelle Frontlinie zurückziehen, die Separatist/innen hinter die im September im Minsker Abkommen vereinbarte Demarkationslinie. Der Abzug der Waffen beginnt am zweiten Tag nach der Waffenruhe und muss nach spätestens 14 Tagen abgeschlossen sein.
3. Die OSZE überwacht die Waffenruhe und den Abzug der Waffen.
4. Nach dem Abzug der Waffen sollen Gespräche über Wahlen in Donezk und Lugansk sowie den künftigen Status der beiden Regionen beginnen.
5. Eine gesetzliche Amnestieregelung soll alle Konfliktbeteiligten vor Strafverfolgung schützen.
6. Freilassung aller Gefangenen.
7. Sicherstellung humanitärer Hilfsleistungen.
8. Beide Seiten müssen an einer Wiederherstellung der Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen arbeiten, damit beispielsweise die Zahlung von Renten und Steuern wieder aufgenommen werden kann. Kiew verpflichtet sich, den Bankensektor im Konfliktgebiet wieder aufzubauen.
9. Die Ukraine soll die vollständige Kontrolle über die Grenze zu Russland übernehmen. Dieser Prozess soll nach den geplanten Wahlen beginnen und spätestens Ende des Jahres abgeschlossen sein. Bedingung ist, dass die Verfassungsreformen unter Punkt 11 umgesetzt werden.
10. Rückzug aller ausländischen Kämpfer/innen, Söldner/innen und Waffen unter Aufsicht der OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppen.
11. Bis Ende 2015 muss eine neue ukrainische Verfassung in Kraft treten, die eine Dezentralisierung des Landes ermöglicht und mit Vertretern der abtrünnigen Regionen abgestimmt ist. Ein Gesetz zum künftigen Sonderstatus von Donezk und Lugansk muss ebenfalls bis Jahresende verabschiedet werden.
12. Wahlen in den abtrünnigen Regionen unter Aufsicht der OSZE, ein Termin ist nicht angegeben.
13. Die Kontaktgruppe soll noch intensiver zusammenarbeiten und Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Friedensplans einsetzen.



Seit dem Beschluss ist die vollständige Aufhebung der Sanktionen gegen Russland an die letzten Minsker Vereinbarungen (Minsk II) gekoppelt. Dazu äußerte sich Othmar Karas, Vorsitzender der Delegation im parlamentarischen Kooperationsausschuss EU-Russland folgendermaßen: Solange Minsk II nicht umgesetzt wäre, kann es kein Ende oder eine Lockerung der Sanktionen geben. (vgl. Europäisches Parlament 2016) Die Umsetzung der Vereinbarungen hängt jedoch sowohl von internationalen – der Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington – als auch von ukrainischen nationalen Vorbedingungen ab. Was Letztere betrifft, so bleibt die Umsetzung von Minsk II aufgrund innerukrainischer politischer Konstellationen nach wie vor eher unrealistisch (siehe Seite 44). (vgl. Honsig-Erlenburg 2018) Die Verknüpfung der Aufhebung der Sanktionen und der vollständigen Umsetzung des Minsker Abkommens hält Mangott generell für absurd. Da sich beide Parteien – Russland und die Ukraine – beteiligen müssten. Russland ist anzulasten, dass es trotz gegebener Druckmöglichkeiten auf die Separatist/innen, nicht ausreichend auf die Einhaltung der militärischen Bestimmungen des Minsk II Abkommens drängt. Konkret gemeint ist das mangelnde bzw. nicht den Vorgaben entsprechende Einhalten und die Umsetzung von Waffenruhe, Truppen- und Waffenentflechtung. (vgl. Mangott 2016) Offiziell spricht Moskau lediglich von einer moralischen Unterstützung für Donezk und Luhansk. Inoffiziell gewährt Russland den beiden Volksrepubliken militärische, sowie materielle Unterstützung in unterschiedlichen Bereichen, obwohl die Entwaffnung der Separatist/innen eine der Kernanliegen der Minsker Vereinbarung ist. Russland streitet die Vorwürfe ab. (vgl. ORF 2018a) Auf ukrainischer Seite scheitert die Umsetzung von Minsk II aber auch am Unwillen, die nötigen Auflagen zu erfüllen: eine Verfassungsreform, ein Statusgesetz für die von den Separatist/innen besetzten Gebiete, ein Amnestiegesetz und ein Wahlgesetz für Kommunalwahlen in den besetzten Gebieten. (vgl. Mangott 2016)

Daher ist der Ansatz des damaligen deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier richtig, Fortschritte in der Umsetzung von Minsk II mit einer Lockerung der Sanktionen zu erzielen, so Mangott. (vgl. Mangott 2016) Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel deutete 2018 an, einige Sanktionen doch noch vor der vollständigen Implementierung von Minsk II aufzuheben. Sebastian Kurz äußerte in seiner Funktion als österreichischer Außenminister 2016 bereits Ähnliches. (vgl. Russell 2018: 3)

Die EU-Sanktionspolitik allgemein hat zu einer weiteren negativen Lageentwicklung und zur Verfestigung der russischen Abwehrhaltung beigetragen. Die Stimmen, die früher wenig Beachtung fanden und an den außenpolitischen Realismus inklusive der Betonung der nationalen

Interessen und des Arsenalts romantischer Ansätze (beispielsweise „Russische Welt“ und die sakrale Bedeutung der Krim) appellierten, tauchen seit 2014/2015 viel häufiger in den offiziellen Strukturen auf. (vgl. Markedonov 2015: 2)

Russland stellte im August 2014 eigene Sanktionen auf und sperrte rund die Hälfte der EU-Agrarlebensmittelimporte, bestehend aus Obst, Gemüse, Fleisch und Milchprodukten. Am 3. September 2014 folgte die erste Einschätzung der Europäischen Kommission über die potentiellen Auswirkungen des russischen Embargos. (vgl. Grabau 2018: 329; Russell 2018: 2) Das Fazit: Die Restriktionen üben einen ernstzunehmenden Druck auf die Agrar- und Nahrungsmittelerzeugnisse aus. Obwohl für einige der EU-Produkte alternative Marktchancen bestünden, bräuchte eine Umlenkung mehr Zeit. (vgl. Europäische Kommission zit. nach Grabau 2018: 329)

### 2.2.3 Innere Uneinigkeit der EU: Russlandsanktionen

Der Fokus auf die Differenzen bezüglich der Sanktionen und der Russlandpolitik innerhalb der EU, ist hinsichtlich deren Wirkung nach außen relevant. Denn eine (sichtbare) Uneinigkeit der Mitglieder schwächt die EU massiv in ihrer Außenpolitik. (vgl. Frey 2016) Die Krise im Verhältnis zu Russland war bereits von Beginn an Gegenstand kontroverser Diskussionen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Sanktionsgegner stimmten der äußeren EU-Geschlossenheit wegen bis inklusive Jahr 2018 weiter für die Verlängerung der Sanktionen. (vgl. Mangott 2016)

Der Dissens orientierte sich anhand folgender Struktur. Neben Polen und den baltischen Staaten traten auch Schweden und das Vereinigte Königreich aus unterschiedlichen Gründen für weitere Sanktionen ein. Im Falle von Polen und der baltischen Staaten ging es um historische Traumata. Verstöße Russlands gegen die fundamentalen Grundprinzipien der gegenwärtigen Weltordnung sowie mangelnder Fortschritt in puncto Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gaben Schweden und dem Vereinigtem Königreich Anlass zu Kritik. Frankreich, Deutschland, Italien, Griechenland und Zypern zeigten sich zurückhaltender ausgehend von tiefreichenden ökonomischen Beziehungen zu Russland und/oder von kulturellen Motiven wie im Falle Griechenlands und Zyperns. (vgl. Romanova 2016: 783) Bulgarien, Tschechien, Spanien, Österreich, Ungarn und die Slowakei gehören ebenso zur zweiten Gruppe. (vgl. Russell 2018: 3; Stent 2018: 31; Mangott 2018a; Frey 2016) Die Vertreter/innen dieser

Länder argumentierten mit der Ineffektivität und der Kostspieligkeit der Sanktionen. (vgl. Russell 2018: 3) Ohne sich gleich auf die Seite Moskaus zu stellen und als „Putin-Versteher/in“ zu gelten, argumentierte man zugunsten europäischer Wirtschaftsinteressen gegen die Sanktionen. (vgl. Frey 2016) Natürlich gibt es auch Wirtschaftsvertreter/innen die echte Besorgnis über die negativen Sanktionsauswirkungen hegen, zumeist stellen diese jedoch die Position der EU grundsätzlich nicht infrage. (vgl. Fischer 2017: 415)

Die verschiedenen Motive und Sichtweisen führen zu Unfrieden zwischen und in den EU-Staaten, was rechtspopulistische Kräfte wie beispielsweise die Freiheitliche Partei Österreichs stärkt, die im Schatten der Sanktionenkritik Freundschaftsverträge mit Putins Partei schließt. (vgl. Frey 2016) Auch andere rechtspopulistische Parteien wie „Alternative für Deutschland“, „Front National“ in Frankreich, „UK Independence Party“ in Großbritannien oder auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban sind prorussisch orientiert und äußern folglich grundsätzlich Zweifel an der europäischen Russlandpolitik. Das heutige Russland, mit seinen autoritär-konservativen und nationalistischen Botschaften, ist für sie zu einem wichtigen politischen Bezugspunkt geworden. Dessen ist man sich auch im Kreml bewusst und versucht deshalb diese Kontakte zu intensivieren. Das Erstarken rechtspopulistischer und anti-europäischer Kräfte im Zuge der Migrationswelle seit 2015 eröffnet der russischen Politik ein zusätzliches Interaktionsfenster zu innenpolitischen Prozessen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten. (vgl. Fischer 2017: 415)

Im Interesse der Sanktionsaufhebung hat Russland das Thema des (angeblich) unfairen und bürokratischen Brüssels aufgewärmt, welches anstatt Probleme zu lösen nur die eigene Macht im Sinne habe. Moskau hat die „guten“ und die „schlechten“ EU-Staaten identifiziert, um die „guten“ zu beglücken. So hatten russische Expert/innen in Erwägung gezogen, die restriktiven Maßnahmen in der Landwirtschaft für griechische und ungarische Produkte abzuschaffen. In einigen EU-Staaten hatten russische Pflanzenschutz- und Landwirtschaftsbehörden Inspektionen durchgeführt, die eine schnellere Aufnahme der Exporte nach Auflösung der Sanktionen hätten ermöglichen können. Im Endeffekt hatte Moskau aber jede weitere Diskussion über die partiellen Aufhebungen der Sanktionen gestoppt. Die russische Charmeoffensive gegen einzelne EU-Mitgliedstaaten umfasste unter anderem auch Andeutungen auf finanzielle Unterstützung Athens und Schaffung eines Gas-Hubs auf griechischem Staatsgebiet. Während des Besuches in Ungarn im Februar 2015 versuchte Putin die ungarische Unterstützung zu gewinnen, indem er sich bereit erklärte, den russischen Markt für einige

Agrarexporte zu öffnen, und durch die Bestätigung des Baus eines Kernkraftwerkes in Ungarn. (vgl. Romanova 2016: 784,784f,785)

#### 2.2.4 Sanktionen: Faktor USA

Im Zusammenhang mit dem Sanktionsbeschluss darf die Rolle der USA nicht unbeleuchtet bleiben (siehe Kapitel 4.1 Russlandpolitik der EU: Faktor USA). Berlin und Brüssel vermuten, Washington betreibe „unter dem Deckmantel von Sanktionen Industriepolitik zugunsten seiner eigenen Energieversorger“. (Vogel 2017) Denn US-Firmen biete sich die Möglichkeit, dank unkonventioneller Vorkommen und Fördertechniken Öl und Gas in die ganze Welt zu exportieren. Also blühen lukrative Geschäfte und die Sanktionen seien eine nur zu willkommene Gelegenheit, Russland vom europäischen Markt zu verdrängen. (vgl. Vogel 2017) Im Interview der zentralen staatlichen Nachrichtenagentur TASS betonte der ständige Vertreter Russlands bei der EU, wer das amerikanische Gesetz „CAATSA“<sup>9</sup> anschau, lese: Die US-Regierung müsse alles unternehmen, um den Export vom amerikanischen Flüssigerdgas in die EU-Länder auszuweiten. (vgl. Russisches Außenministerium 2018b) Davon ausgehend verwundert es nicht, Vorbehalte der USA zu vernehmen, dass die EU von russischen Importen viel zu abhängig sei. (vgl. Tiroler Tageszeitung 2018; Sondland 2019; Kanter 2016) Vorteilhaft für die amerikanischen Unternehmen sei außerdem, dass Gazprom mit internen Problemen der bestehenden Infrastruktur zu kämpfen habe. Diese bedürfen einer tiefgreifenden Modernisierung. Eine aktive staatliche Beteiligung an den Modernisierungsmaßnahmen ist seit 2014/2015 erst recht erschwert. Entscheidend wäre die Beteiligung privater ausländischer Investoren, welche jedoch von den vorherrschenden Sanktionen in ihrer Zusammenarbeit behindert würden (siehe Seite 38). Das Erschließen neuer Gasfelder werde dadurch beinahe unmöglich gemacht. (vgl. Kuznir 2018: 13)

Der Staatskonzern Gazprom war im Jahr 1990 aus einem für die Gasindustrie zuständigen Sowjet-Ministerium hervorgegangen und wurde 1993 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Im Jahr 2019 verfügt das Unternehmen über das Monopol auf den Export von russischem Erdgas durch Pipelines. Über diesen Weg versorgt Gazprom große Teile Europas, die Länder der Europäische Union mit eingeschlossen.

Der russische Staat selbst ist Mehrheitsaktionär bei Gazprom. Der russische Präsident Wladimir Putin hält nicht nur schützend die Hand vor das Unternehmen, sondern trifft stets die wichtigsten

---

<sup>9</sup> „Countering America's Adversaries Through Sanctions Act“

Entscheidungen im Hintergrund. Da verwundert es nicht, dass sich hinter Gazprom das Bild als geopolitische Waffe des Kremls festigt. (vgl. DPA 2018; Soric 2018)

Laut dem bereits genannten Gesetz „CAATSA“ müsse die US-Regierung alles unternehmen, um das Projekt „Nord Stream 2“ zu verhindern. (vgl. Russisches Außenministerium 2018b) Infolgedessen „logisch“, dass die USA die am Bau von „Nord Stream 2“ beteiligten europäischen Energieunternehmen mit Sanktionen bedrohte. (vgl. Heyden 2018) Der damalige deutsche Außenminister Sigmar Gabriel und der österreichische Bundeskanzler Christian Kern traten gemeinsam gegen diese Sanktionsverschärfung des US-Kongresses, basierend auf den möglichen Konsequenzen für die europäischen Unternehmen. In Wahrheit ginge es um den Verkauf amerikanischen Flüssiggases und die Verdrängung russischer Erdgaslieferungen vom europäischen Markt. (vgl. Schmidt-Felzmann 2018; Heyden 2018) Der aktuelle Botschafter der Vereinigten Staaten bei der Europäischen Union, Gordon Sondland, behauptet diese Annahme ist falsch. Die amerikanische Unterstützung der europäischen Energiesicherheit ist und war bereits seit dem Ende des Kalten Krieges ein Markenzeichen der transatlantischen Beziehungen. (vgl. Sondland 2019)

Der Nachteil des amerikanischen Flüssiggases ist allerdings der hohe Preis, der gar das zwei- oder dreifache von den Importen aus Russland ausmacht. (vgl. Tiroler Tageszeitung 2018) Auch unter den allergünstigsten Bedingungen wäre der amerikanische Preis stets um mindestens 30% höher als der russische. Denn logistisch gesehen befindet sich an der USA-Ostküste bisher nur ein LNG-Terminal, weitere sechs sind zwar im Bau, werden aber vor Ende 2019 nicht fertiggestellt sein. Drei weitere gibt es immerhin an der Westküste, wovon aus die Transportkosten den Preis jedoch wieder weiter ansteigen lassen. (vgl. Russisches Außenministerium 2018b)

Sondland ist sich der Preise bewusst und dennoch rät er der EU sich nicht auf Russland als Zulieferer zu verlassen, da Putin Energie als politische Waffe benutzt. (vgl. Sondland 2019) Der litauische Außenminister, Linas Antanas Linkevičius, vertritt die gleiche Ansicht: „Energie wurde von Russland immer als Werkzeug für Erpressung und als Hebel verwendet“. (vgl. Kanter 2016)

### 2.2.5 Folgen der Sanktionen & Ereignisse des Jahres 2014

Die Handelsbeziehungen der EU-Mitglieder zu Russland haben unter dessen wirtschaftlichem Abschwung und den Sanktionen stark gelitten. Von 2014 bis 2016 sanken die

Exporte nach Russland um jährlich 15,7%, 2013 betragen diese 120 Mrd. EUR, 2016 nur noch 72 Mrd. EUR. Basierend auf den Schätzungen des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung waren die EU-Exporte durch die Sanktionen im Zeitraum von 2014 bis 2016 um 10,7% gefallen, das sind rund 30 Mrd. EUR. Bis zu 40% des gesamten Exportrückgangs waren auf die Sanktionen zurückzuführen. (vgl. WIFO 2017) Die jährlichen Kosten der Sanktionen und Gegensanktionen wurden laut IWF-Berechnungen und der Europäischen Kommission für die EU auf 0,25% des BIPs und für Russland auf 1 bis 1,5% des BIPs geschätzt. Hinzu kamen hohe politische Kosten, da die Sanktionen eines der Haupthindernisse für die Beziehungsnormalisierung zwischen der EU und Russland sind. (vgl. Russell 2018: 3)

Vor den hier erwähnten Ereignissen waren die Handelsbeziehungen hingegen sogar enger geworden: von 2009 bis 2012 stiegen die EU-Exporte nach Russland jährlich um durchschnittlich 23,5%. Im Jahr 2013 war Russland mit einem Exportanteil von 7,7% der viertgrößte Handelspartner der EU außerhalb der Union, Russland lieferte in diesem Jahr 42,4% seiner Exporte an EU-Länder. Seit der Rezession der russischen Wirtschaft und den Sanktionen lag Russland 2016 im Ranking der wichtigsten Extra-EU-Handelspartner mit 4,6% nun auf dem fünften Platz hinter den USA, der Schweiz, China und der Türkei. (vgl. WIFO 2017) Obwohl die EU-Exporte nach Russland 2017 wieder anstiegen, blieben sie dennoch 28% unter dem Vorsanktionslevel. (vgl. Russell 2018: 3) Beachtenswert waren die Einbrüche bei den von den russischen Gegensanktionen betroffenen Agrarprodukten und Nahrungsmitteln. Zwischen 2013 und 2016 sank das Exportvolumen nach Russland um 22,5%, vor allem Milchprodukte und Früchte betreffend. Die Exporte in der Warenherstellung (primär Fahrzeuge) sanken um 17,7%, die Rohstoffexporte (insbesondere Eisen und Stahl) um circa 15%. Besonders stark betroffen von den Rückgängen in den Jahren 2014 bis 2016 waren Zypern (um 34,5%), Griechenland (um 23,2%) und Kroatien (um 21%). In Österreich beliefen sich die Rückgänge auf minus 9,5%, also rund eine Mrd. EUR. Polen verzeichnete ein Minus von rund drei Mrd. EUR. Zu den höchsten absoluten Rückgängen kam es in Deutschland mit einem Minus von 13,4%, das waren 11,1 Mrd. EUR. Deutschland trug somit mehr als ein Drittel des sanktionsbedingten Exportrückganges der EU. (vgl. WIFO 2017)

Dieser Deutung schließt sich Eric Frey nicht an: Die Folgen für die europäische Gesamtwirtschaft seien gering, weil Russland für die meisten Länder kein besonders wichtiger Handelspartner sei. Frühere Prognosen von massiven Verlusten durch die Sanktionen hätten sich nicht bewahrheitet. Güterexporte sowie Investitionen nach Russland können weiterhin

stattfinden. (vgl. Frey 2016) Nach wie vor engagieren sich über 5.000 deutsche Firmen direkt im Russlandgeschäft. Wie die EU im Ganzen, so verlasse sich beispielsweise auch die Bundesrepublik auf russische Lieferungen von Öl, Gas und Steinkohle, die über ein Drittel des deutschen Energiebedarfs decken. Auch Erler relativiert die Folgen: Im Jahr 2018 seien die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zwar in der schlimmsten Krise seit dem Ende des Kalten Krieges, wofür es auch ausreichend Belege gäbe, diese ziehe sich allerdings nicht durch alle Ebenen. Einige Bereiche erwiesen sich als robust, partiell gelte das für die Wirtschaftsbeziehungen. Beim Warenaustausch halte sich Deutschland weiterhin auf Platz 2 hinter China. Das bilaterale Handelsvolumen hatte 2012 mit 80,8 Mrd. EUR einen Rekordwert erreicht, der sich nicht allein, aber auch wegen der westlichen Sanktionen bis 2016 um 40% auf 48 Mrd. EUR reduzierte. (vgl. Erler 2018: 2)

Alles in allem zeigt die Analyse der thematischen, strukturellen und institutionellen Aspekte der EU-Russland Wirtschaftsbeziehungen, die tiefgreifende Wirkung der gegenseitigen Sanktionen und ein fundamentales Auseinanderdriften der beiden Akteure. *Erstens*: Thematisch haben sich die EU und Russland dazu entschieden, getrennte Wege zu gehen. Das manifestiert sich auf dem politik-spezifischen Level, sowohl in Bereichen der Energie und Rohstoffe sowie ökonomischer Zusammenarbeit und auch im Handel. Das Endergebnis ist die Abnahme der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit, was im Übrigen auch mehr Schutz vor zukünftigen Versuchen birgt, das als politischen Hebel gegeneinander zu instrumentalisieren. Die Sanktionen befreien die EU und Russland von aller Verpflichtung, auf politischer Ebene nach akzeptablen Lösungen zu suchen. (vgl. Romanova 2016: 791,792) *Zweitens*: Die Analyse zeigt, dass Russland mehr Kontakte zu den EU-Mitgliedstaaten pflegt. Aufgrund vorhergehender Enttäuschungen von Brüssel und Kritik seitens der EU richtete Russland seine Charmeoffensive auf einzelne EU-Mitgliedstaaten. Strukturell gesehen sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland vielfältiger geworden. Weiters stieg die Kommunikation über internationale bzw. multilaterale Organisationen (WTO, EU-EAWU-Dialog) und Kontakte mit den Mitgliedstaaten. Das kompensierte die sanktionsbedingte Verkümmern der Moskau-Brüssel-Beziehung. Diese Aufmerksamkeit soll auch einen für Russland lukrativen Konsens im Inneren der EU fördern: Mittels „ökonomischer Sprache“ und auf Nationalstaatenniveau zeigt Russland die Vorteile einer Kooperation, während es gleichzeitig alle Mitgliedstaaten „kollektiv“ für die Sanktionen verantwortlich macht. Somit ist Russland paradoxerweise an „EU’s cohesion“ interessiert. *Drittens*: Auf dem institutionellem Level ist festzustellen, dass die EU-Russland-

Beziehungen durch die Sanktionspolitik der EU weniger gehaltvoll geworden sind, weil die davor bestehenden transgouvernementalen und transnationalen Wirtschaftsbeziehungen geschädigt wurden. Dieser Wechsel verstärkte die negativen Tendenzen in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland. (vgl. Romanova 2016: 776,777,792)

Im Energiebereich ist ein Wettlauf zur gegenseitigen Diversifizierung der Partner zu erkennen. Die neue Energiesicherheitsstrategie der EU will die Abhängigkeit vom russischem „natural gas and nuclear sectors“ minimieren. (vgl. Europäische Kommission zit. nach Romanova 2016: 780) Die Veränderungen im europäisch-russischen Handel und in der Wirtschaftskooperation sind ebenso enorm. (vgl. Romanova 2016: 781)

Die Trennung bedeutet nicht, dass die wirtschaftlichen Kontakte zwischen den beiden Partner nicht mehr bestehen. Die Anziehungskraft zwischen den Volkswirtschaften bleibt aufgrund ihrer geografischen Nähe, bestehender Handelsströme, kultureller Verbindungen und verschiedene menschlicher Kontakte groß. (vgl. Romanova 2016: 792)

Zu den Folgen der Sanktionen gehören auch diplomatische Maßnahmen. Der für Juni 2014 in Sotschi geplante Gipfel wurde aufgrund der Entwicklungen in der Ukraine-Krise von Seiten der Europäischen Union abgesagt. Die EU-Mitgliedstaaten erklärten, auf unbestimmte Zeit keine bilateralen Gipfeltreffen mehr abhalten zu wollen. (vgl. Europäischer Rat zit. nach Böttger 2015: 208) Die Verhandlungen über den Beitritt Russlands zur OECD und zur Internationalen Energie-Agentur (IEA) wurden ausgesetzt. (vgl. Europäischer Rat 2018) Auch bei der Nachvollziehbarkeit dieser Konsequenzen beraube sich die EU somit der Möglichkeit zum Dialog, der gerade in einer Krise essenziell sei, so Böttger. Die EU-Russland-Gipfel galten stets als ein wichtiger Grundpfeiler für die EU-Russland-Beziehungen der vergangenen Jahre. (vgl. Böttger 2015: 207,208)

Die bilateralen Gespräche über Visaangelegenheiten und das neue Abkommen zwischen der EU und Russland wurden ausgesetzt, das Stimmrecht in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde ebenso entzogen. (vgl. Rinke zit. nach Grabau 2018: 327; Europäischer Rat 2018; Fischer 2015: 1) Die deutliche Verschlechterung der EU-Russland-Beziehungen ist auch an der Aussetzung anderer institutionalisierter Dialogformate sowie des EU-Russland-Dialogs im Energiesektor, des Petersburger Dialogs (dieser inzwischen wieder aufgenommen) zwischen Russland und Deutschland und Deutsch-russischen Regierungskonsultationen abzulesen. (vgl. Grabau 2018: 331; Erler 2018: 2) Seit Juni 2014 finden die ehemaligen G8-Treffen ohne Russland statt. (vgl. Europäischer Rat 2018)



Bedingt durch die Ereignisse in der Ukraine und dem Vorgehen Russlands fühlen sich mehrere Nachbarstaaten bedroht. Im Zusammenhang mit vorhergehenden Konflikten (wie etwa in Georgien) nehmen viele Nachbarländer, auch die des eurasischen Integrationsraumes, Russland als revisionistische Macht wahr. (vgl. Voigt 2014: 4; Schröder 2016: 17)

Die US-Administration richtete nun nach eigenen Jahren voller Aufmerksamkeit für China und den pazifischen Raum die Aufmerksamkeit wieder nach Europa. Auch die NATO gewann durch die „Störung“ des europäischen Sicherheitssystems an neuer Bedeutung. Das alles lief im Grunde den Interessen russischer Außenpolitik zuwider. (vgl. Schröder 2016: 17)

Die Ukraine-Krise, verschärft durch die „Statusveränderung“ der Krim und den bewaffneten Konflikt in der Ostukraine, ist zu einer ernsten und gefährlichen Herausforderung für die europäische Sicherheit geworden. Es handelt sich dabei um die heftigste Konfrontation zwischen Russland und dem Westen seit dem Ende des Kalten Krieges. (vgl. Markedonov 2015: 2) Nicht nur das Verhalten der russischen Seite wiegt schwer. Des Weiteren hat Russland die normativen Grundlagen kooperativer Sicherheit entwertet. Prinzipien wie territoriale Integrität, staatliche Souveränität und der Nichteinsatz militärischer Gewalt haben bis dahin als Primärvektoren einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsordnung gegolten, nun stehen sie offen zur Disposition. (vgl. Kühn 2015: 9,10)

Als Folge der Ukraine-Krise sind die EU-Russland-Beziehungen, nach schrittweiser Verschlechterung in den Vorjahren, an einem neuen Tiefpunkt angelangt. (vgl. Mearsheimer zit. nach Böttger 2015: 204; Grabau 2018: 331) Bis zu einem gewissen Grad ist die Krise in der Ukraine tatsächlich ein Stellvertreterkonflikt zwischen der EU und Russland. (vgl. Haukkala 2015: 37)

#### 2.2.6 Alternative Partner für Russland

Die außenpolitische Spaltung vom Westen brachte für Russland auch die Suche nach neuen außenpolitischen Alternativen mit. Daraus entfaltete sich das verstärkte Engagement Russlands Richtung China, Indien, Türkei, Israel, Irak, Iran und Saudi-Arabien bei einer ganzen Reihe von Fragen. (vgl. Markedonov 2015: 2; Nurijew 2018) Das betrifft Themen von militärischer und technischer Zusammenarbeit und der Energiewirtschaft bis hin zu humanitären Problemen. (vgl. Markedonov 2015: 2) Die BRICS-Staaten und die Shanghaier Organisation für

Zusammenarbeit (SOZ) stehen Moskau in Zeiten des Konfliktes mit Brüssel (und Washington) ebenso bei. Deshalb ist nicht von einer Isolation Russlands zu sprechen. (vgl. Nurijew 2018)

Zusätzliche Schwerpunkte der russischen Außenpolitik sind wichtige Schwellenländer im Rahmen der G20 und die Eurasische Wirtschaftsunion. (vgl. Auswärtiges Amt 2018a) Russland versucht auch dort, wo sich die USA zurückziehen, einen Fuß in die Tür zu bekommen. Beispiele dafür sind die Sonderbeziehungen zu Venezuela, dessen Staatsanleihen Moskau 2018 gekauft und so eine Staatspleite verhindert hat. Die Russland-Vietnam-Beziehungen haben sich auch stark verbessert. Japan arbeitet verzweifelt an der Normalisierung des Verhältnisses zu Russland, welches dort nämlich als Gegengewicht zu China erachtet wird. (vgl. Stent 2018: 34,35)

Generell gewinnt der asiatische Raum für Russland an Bedeutung. Im Jahr 2017 nahmen die APEC-Staaten bereits 30,4% (2016 insgesamt 29,9%) des russischen Handelsvolumens ein. Den Ländern der 2015 gegründeten EAWU (Eurasische Wirtschaftsunion) kamen 2017 insgesamt 8,8% (in 2016 insgesamt 8,5%) des Handelsvolumens zu. Wichtigster bilateraler Handelspartner der Jahre 2017 bleibt China, erst dann folgen Deutschland und die Niederlande. (vgl. WKO 2018a: 6,7)

Wichtige Wirtschaftsmächte wie China, die Türkei, Indien, Brasilien, Ägypten, Israel, Südafrika und Südkorea haben keine Sanktionen gegen Russland eingeführt (siehe Seite 34). Serbien enthält sich auch der Sanktionen. Nach dem Ausfall der EU-Exporte tun sich für einige dieser Länder neue Marktchancen auf. Hier wird insbesondere auf China, die Schweiz, die Türkei, Südkorea, Brasilien, Ägypten und Israel verwiesen, die dauerhaft deutsche und EU-Marktanteile in Russland besetzen könnten. (vgl. Ost-Ausschuss 2018: 9,11)

Die Uneinigkeit zwischen Russland auf der einen und der Europäischen Union auf der anderen Seite drängte Russland vor allem in Richtung China<sup>10</sup>. Aus dieser Perspektive hatte die Ukraine-Krise Chinas Anziehungskraft für Russland verstärkt. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 74)

Der Abschwung in den Beziehungen zum Westen machten aus der Möglichkeit der russischen „Wende nach Osten“ einfach eine Notwendigkeit. (vgl. Losev zit. nach Rutland 2014: 7)

Auf der politischen Ebene treten Russland und China schon seit Langem als Partner auf (siehe Seite 32), so stimmen sie im UN-Sicherheitsrat meist miteinander. Russland sieht dabei die Übereinstimmung zwischen beiden Staaten als einen der grundlegenden Aspekte der regionalen und globalen Stabilität. (vgl. Dornblüth 2016; Snetkov 2017: 6)

Der Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Russland im Mai 2015 hatte klare Signalwirkung an den Westen: Russland hat eine echte Alternative. Seinerzeit hatte der Westen das vorgeschlagene Wirtschaftsprojekt „von Lissabon bis Wladiwostok“ nicht wahrgenommen.

---

<sup>10</sup> und anderer Staaten die oft mit gleicher Kritik belegt werden

Um der Isolation zu entgehen, wurde das große Asien-Projekt „von Shanghai bis Smolensk und von Murmansk bis Teheran“ initiiert. Dieser Trend findet sein Niederschlag in der Verstärkung der SOZ, in zahlreichen Plänen einer „Neuen Seidenstraße“, der „Wendung nach Osten“ (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 74; Rutland 2014: 7), in der Zuwendung zum Ostasien-Gipfel (EAS), zum ASEAN-Regionalforum (ARF) und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum. Diese Ausrichtung der russischen Außenpolitik setzte sich bis Ende 2018 fort. (vgl. Snetkov 2017: 5,6)

Allen voran half China Russland, sich in der Sanktionssituation zurecht zu finden. So wurde das Investitionsprojekt Yamal LNG durch chinesische staatliche Banken mitfinanziert, zwölf Mrd. von insgesamt 27 Mrd. USD wurden bereitgestellt. An der Finanzierung beteiligten sich auch die China National Petroleum Cooperation CNPC und die Seidenstraßen-Fonds. China unterstützte ebenso die Umgehung des Krim-Embargos, beispielsweise war man bei der Errichtung der Stromverbindung über der Straße von Kertsch behilflich. (vgl. Dąbrowska 2017: 9) Ebenfalls mit China wurde der größte Gasliefervertrag in der Geschichte von Gazprom, nämlich über 400 Mrd. US-Dollar, abgeschlossen. China stimmte zu, mit Beginn 2019 dreißig Jahre lang russisches Gas zu beziehen. Im September 2014 begannen bereits die Bauarbeiten für die neue Gas-Pipeline „Stärke Sibiriens“, die Stimmung war euphorisch. Im Vergleich dazu brauchte Russlands größter Gasbezieher, Deutschland, für so eine Entscheidung 40 Jahre. (vgl. Dornblüth 2016)

Die immer wichtiger gewordenen Beziehungen zu China können langfristig aber auch zu Schwierigkeiten führen: Die neue Seidenstraße könnte den russisch-chinesischen Wettbewerb in Zentralasien anheizen. (vgl. Stent 2018: 34) Der Vollständigkeit wegen ist zu erwähnen, dass es zahlreiche Expert/innen gibt, die Russland lediglich als Chinas Rohstofflieferanten sehen. Die intensivierten Beziehungen nützten China auch zur Stärkung der eigenen Position. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 76; Snetkov 2017: 5) China könnte somit am meisten von der Russland-Westen-Konfrontation und den Sanktionen profitiert haben. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 76; Rutland 2014: 7)

Ähnlich wie chinesische haben auch türkische Firmen das Krim-Embargo unterlaufen und beliefern die Krim. Die Türkei bleibt grundsätzlich eine wichtige Handelspartnerin Russlands. (vgl. Dąbrowska 2017: 9) Die Feindseligkeiten aufgrund des Abschusses der russischen SU-24 durch die türkische Luftwaffe sind im Jahr 2018 überwunden. Seit dem Putschversuch in der Türkei, bei dem Putin sich für den Staatspräsidenten Recep Erdoğan stark machte, verbesserten sich die Beziehungen nochmals – trotz unterschiedlicher Positionen im Syrien-Konflikt. (vgl. Snetkov 2017: 5)

### 2.2.7 Ein Kalter Krieg?

Die inflationäre Verwendung des Begriffs des „Kalten Krieges“ in der westlichen Öffentlichkeit war sicherlich mit dem Schock der Krim-Annexion und dem Krieg in der Ostukraine zu erklären. (vgl. Siegert 2016: 21)

Die Frage ob es sich 2018 um einen neuen Kalten Krieg oder in seiner modernisierten Variante einen „hybriden Krieg“ handelt, ist nach Siegert, mit einem Nein zu beantworten. (vgl. Siegert 2017: 12) Das heutige angespannte Verhältnis zwischen dem Westen und Russland ist im Vergleich zu den Zeiten des Kalten Krieges ein „lindes Lüftlein“, sagt auch Horst Teltschik. (vgl. Auernheimer 2018)

Einerseits handelt es sich bei dem Konflikt in der Ostukraine um einen heißen Krieg, zusätzlich sind beide Akteure – im Unterschied zum Kalten Krieg – zumindest auf dem Papier durch gemeinsame friedenspolitische und demokratische Werte und Normen verbunden. (vgl. Voigt 2015a: 12) Andererseits gibt es auch keine zweite Supermacht oder ein militärisches Bündnis mit einer Haltung, die sich von der des Westens unterscheidet. Das von Russland angeführte OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) verfüge weder über „quantitative noch über die Finanz- und Wirtschaftsparemeter“, um die Rolle einer „Organisation des Warschauer Vertrages im 21. Jahrhundert“ einzunehmen. (Markedonov 2015: 3) Russland habe weder eine revolutionäre Ideologie noch das Vorhaben, eine „Gesellschaft neuen Typs“ zu erschaffen. (vgl. Markedonov 2015: 3)

Dennoch ist es präziser, für neue Gegebenheiten auch neue Begriffe zu entwickeln. (vgl. Voigt 2015a: 12) Frank Hoffman, ein US-Militärexperte definiert den „hybriden Krieg“ als „einen zugeschnittenen Mix aus konventionellen Waffen, irregulären Taktiken, Terrorismus und kriminellen Handlungen zur gleichen Zeit und auf dem gleichen Schlachtfeld, um politische Ziele zu erreichen.“ (Hoffman zit. nach Siegert 2016: 21) Diese Definition benennt sowohl die Mittel (konventionelle Waffen, irreguläre Taktiken, Terrorismus und kriminelle Handlungen) als auch den Ort des Krieges (zur gleichen Zeit und auf dem gleichen Schlachtfeld). Auf die letzten Jahre des russischen Verhaltens angewandt, erkennt Jens Siegert allerdings eher geringe Übereinstimmungen mit dieser Definition. (vgl. Siegert 2016: 21)

In der Russland-Beobachter/innen-Community sei alles ein hybrider Krieg, so Kofman. (vgl. Kofman zit. nach Siegert 2016: 21) Zu viel wird als Teil des angeblichen „hybriden Krieges“ bezeichnet: Die Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine; unterschiedliche Destabilisierungsversuche in der Ukraine; die Zusammenarbeit mit oder Unterstützung

rechtsnationalistischer oder -populistischer Parteien innerhalb der EU; (Wirtschafts-)Spionage; staatliche oder vom russischen Staat kontrollierte Medienaktivitäten in der EU und in Russland; die Zusammenarbeit ehemaliger Politiker/innen aus der EU und insbesondere Deutschland in und mit vom Kreml kontrollierten Unternehmen; das Aushandeln von bilateralen Deals, ohne Brüssel, mit einzelnen EU-Staaten (so Ungarn); Internet-Trolle und ihre Fabriken. Trotz der Besorgnisse im Westen, vor allem in den baltischen Ländern, Polen, aber auch in Norwegen und Finnland, gibt es keinen Krieg zwischen Russland und der NATO. Denn die Bezeichnung „hybrider Krieg“ beinhaltet beide Elemente der Kriegsführung: traditionelle Kriegshandlungen mit Militärgerät und direkter Gewalt wie auch die nicht-militärischen Methoden. (vgl. Siegert 2016: 21,23)

Trotzdem wurde das Vertrauen des Westens in die russische Politik schwer erschüttert, was das Ende der überwiegend positiven Phase der Russlandpolitik bedeutete. Es steht zwar kein neuer Kalter Krieg bevor, aber es braucht Zeit, das gegenseitige Vertrauen wiederzufinden. Bis dahin wird der ehemalige Grundsatz „Zusammenarbeit, wo möglich“ dem neuen, „Zusammenarbeit, wo möglich und sinnvoll, Risikovorsorge und Gefahrenabwehr soweit, wie nötig“, weichen müssen. Gegenüber den Vorjahren bedeutet dieser Umstand gewiss einen Rückschritt der Beziehung. (vgl. Voigt 2014: 4)

### **2.3 Hauptentwicklungen der EU-Russland-Beziehungen nach 2014**

Die Annexion der Krim, der Krieg in der ostukrainischen Region Donbass und die allgemeinen Ereignisse von 2014 bis 2015 hatten dazu geführt, dass die lange vorherrschende Vorstellung von Russland als „strategischer Partner“ nicht mehr aufrechtzuerhalten war. (vgl. Malek 2015: 1,4) Durch die schwerwiegende Beschädigung der Beziehungen musste die EU diese in kritischer Weise neu bewerten. Der Solidarität und Einheit unter den Mitgliedstaaten muss seither „absoluter Vorrang“ eingeräumt werden. Dementsprechend ist von diesem Zeitpunkt an von bilateralen Kontakten und Abkommen, die dieser Einheit schaden können, abzusehen, so die EU. (vgl. Europäisches Parlament 2015)

Isoliert und wirtschaftlich angeschlagen befand sich Russland Ende 2014 in einer schwierigen Situation. Im Laufe der Jahre 2015/2016 gelang es der Diplomatie, Boden gutzumachen, um 2016 schließlich in die Weltpolitik zurückzukehren. Die Verhandlungen in

dem russisch-ukrainischen Konflikt hatte Russland so gestaltet, dass keine substantiellen Positionen aufgegeben werden mussten. An den Verhandlungen über das Atomabkommen mit dem Iran und über die Aufhebung der Sanktionen war Russland ebenso maßgeblich beteiligt. Im syrischen Bürgerkrieg hatte Russlands militärisches Engagement, begleitet von intensiver Gesprächsdiplomatie, dazu beigetragen, die Kräfteverhältnisse zu verändern und die Assad-Regierung deutlich zu stärken. Gleichzeitig war klar geworden, dass ohne Russland keine politische Lösung in Syrien möglich war. (vgl. Schröder 2016: 17) Die Aufmerksamkeit des Westens wandte sich 2016 hingegen nach innen: Die EU versuchte mit den Folgen des Brexit, dem Aufschwung des Populismus und einer potentiellen, wenn auch unwahrscheinlichen Entgleisung des europäischen Projektes fertig zu werden. So sah sich der Westen vor dem Problem, genügend Zeit, Energie und Raum für die Auseinandersetzung mit der Russland-Frage aufzubringen. (vgl. Snetkov 2017: 6)

Dennoch veröffentlichte die EU 2016 die „Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“, die die Gestaltung der Beziehungen zur Russland als die entscheidende strategische Herausforderung beschrieb. Wesentliche Elemente der europäischen Sicherheitsordnung wie Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität von Staaten, die Unverletzbarkeit der Grenzen und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten waren nach dem russischen Verstoß gegen das Völkerrecht, der Destabilisierung der Ukraine und den seit Langem schwelenden Konflikten im übrigen Schwarzmeerraum, keine Selbstverständlichkeit mehr. Weder die Annexion der Krim, noch die Destabilisierung der östlichen Ukraine wurden laut der Strategie, hingenommen. In Folge verpflichtete sich die EU, die Widerstandsfähigkeit ihrer östlichen Nachbarn zu erhöhen und deren Selbstbestimmungsrecht gegenüber der EU zu verteidigen. Die Eckpfeiler in der europäischen Russlandpolitik mussten eine kohärente und einheitliche Vorgehensweise bilden, so die Strategie. (vgl. Europäische Union 2016: 28)

Der gegenseitigen Abhängigkeiten war man sich aber trotzdem bewusst: Bei überschneidenden Interessen werde die EU Russland in Erörterungen über Meinungsverschiedenheiten einbinden und eine Zusammenarbeit anstreben. (vgl. Europäische Union 2016: 29)

Die Antwort Othmar Karas hinsichtlich zukünftiger EU-Russland-Beziehungen, auch im Zusammenhang mit gemeinsamen globalen Herausforderungen, fasste die Lage recht treffend zusammen: Die Europäische Union müsse vereint und entschlossen die Prinzipien des internationalen Völkerrechts bekräftigen und gleichzeitig für jede Möglichkeit des Dialogs offen sein. Um einen Ausweg aus der belastenden Situation zu finden, müsse der Austausch mit der

russischen Zivilgesellschaft intensiviert, zwischenmenschliche Kontakte gefördert und der tägliche politische Dialog mit Präsident Putin und russischen Regierungsmitgliedern fortgesetzt werden. (vgl. Europäisches Parlament 2016)

Gerhard Mangott kommt in seiner Kritik auf das Thema des (angeblich stattfindenden) politischen Dialoges zu sprechen: Der Abbruch der Verhandlungen über ein neues bilaterales Rahmendokument, sowie der halbjährlichen Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Putin und der Troika der EU, seien ungeeignete Schritte gewesen, um auf die Krise zu reagieren, auch wenn der Ärger über Russlands Aktivitäten in der Ukraine nachvollziehbar war. Da gerade in Zeiten der Entfremdung und des Misstrauens alle möglichen Kanäle der Kommunikation genutzt werden müssten. Die EU-Mitgliedstaaten hatten sich gegen diesen Dialog entschieden und die bestehenden Sanktionen nicht zu vergessen. (vgl. Mangott 2016)

Laut Böttger befand sich die EU-Russland-Beziehung 2016 weiterhin in einem Tief und eine hochwertige Wiederbelebung dieser Beziehungen schien nicht in Sicht. Zu der divergierenden Position in der Ukraine-Krise kam der Bürgerkrieg in Syrien hinzu. (vgl. Böttger 2016: 391,394) Auch Mangott stellte am Ende des Jahres 2016 zusammenfassend fest, dass das Verhältnis zwischen der EU und Russland zerrüttet sei. Durch die militärische Eskalation in der Ukraine-Krise ausgelöstes Misstrauen, Vorbehalte und Dialogabbruch hielten an. Die Reflexion der EU über einen möglichen Eigenanteil an der Krisensituation hatte ebenfalls nicht stattgefunden. (vgl. Mangott 2016)

Immerhin tagte der erste NATO-Russland-Rat nach zwei Jahren Pause erstmals im April 2016. An den tiefen und anhaltenden Unstimmigkeiten konnte man aber nichts ändern. (vgl. Böttger 2016: 394) Am 16. Juni 2016 fand mit dem Treffen zwischen dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und dem russischen Präsidenten Putin beim St. Petersburg International Forum die erste Begegnung zwischen Putin und einem EU-Politiker seit der Verhängung der Sanktionen im Jahr 2014 statt. (vgl. Valero zit. nach Böttger 2016: 391)

Im März 2016 beschlossen EU-Außenminister/innen und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, die „fünf Leitprinzipien“ der Russlandpolitik. Diese bilden seither die Grundlage der Beziehungen zwischen EU und Russland: (vgl. BMEIA o. J.)

1. Die volle Umsetzung des Minsk-Abkommens. Im Februar 2015 unterzeichneten Frankreich, Deutschland, die Ukraine und Russland das Minsk II Abkommen. Dieses soll die Kämpfe in der Ostukraine beenden und die politische Zukunft der Region regeln. Ergänzend

wurde beschlossen, dass die Sanktionen nur bei vollständiger Umsetzung aufgehoben werden können und die Anerkennung der Krim-Annexion völlig ausgeschlossen ist. Bis März 2019 wurde keiner der Schlüsselpunkte des Abkommens umgesetzt. Die Ukraine kontrolliert noch immer nicht die (alten) Staatsgrenzen, die politische Zukunft von Donezk und Luhansk ist nicht geklärt. (vgl. Russell 2018: 2,2f,3)

Hierzu ist kritisch anzumerken, dass ein Abkommen zum Kernprinzip erklärt wurde, dessen Parteien weder Russland noch die EU sind. Das bedeute praktisch, dass die grundlegende Beziehung zwischen den beiden Akteuren direkt vom Verhalten Dritter abhängig ist (siehe Seite 29). Außerdem komme das Thema Krim in den Minsker Vereinbarungen gar nicht vor. Die Krim sei von der EU willkürlich in den Minsker Prozess einbezogen worden, so Kossatschow. Diese Logik sei sehr gefährlich, da sie die Normalisierung der Beziehungen auf ungewisse Zeit behindere. (vgl. Kossatschow 2016)

2. Engere Beziehungen zwischen EU und ehemaligen sowjetischen Staaten. Die sechs östlichen Nachbarstaaten der EU haben Mühe, eine Balance zwischen Moskau und Brüssel zu finden. Besonders seit 2013, als die Assoziationsabkommen mit der Ukraine, mit Moldawien, Georgien und Armenien unterschrieben wurden. Russland sah in den Bestrebungen einer EU-Annäherung eine Bedrohung des eigenen Einflusses in der Region und behauptete, dass das vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen DCFTA<sup>11</sup> inkompatibel mit den russischen Plänen für die Eurasische Wirtschaftsunion sei. (vgl. Russell 2018: 3)

Die Fortsetzung der politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderweitigen EU-Expansion in der gemeinsamen Nachbarschaft sei zu einem Leitprinzip geworden, so die Kritik. Nach Kossatschow seien fast alle kritischen Situationen der jüngsten Vergangenheit exakt darauf zurückzuführen, dass euro-atlantische Institutionen die ehemaligen Sowjetrepubliken aktiv „erschlossen“ und die Idee der vermeintlichen Alternativlosigkeit zur Westorientierung propagiert haben. Diese schlosse eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Russland völlig aus. (vgl. Kossatschow 2016)

3. Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber russischen Bedrohungen. Das Ziel der EU sei die Stärkung der internen Widerstandskraft – auch im Hinblick auf die Energieversorgungssicherheit, hybride Bedrohungen und strategische Kommunikation. (vgl. Kossatschow 2016) Das Europäische Parlament begrüßte dementsprechend die Vorschläge einer europäischen Energieunion zur Verringerung der Abhängigkeit von russischen Energieimporten,

---

11 „Deep and Comprehensive Free Trade Area“



die von Russland als politisches Instrument genutzt werden. Die russische Propaganda zähle hierbei auch als Bedrohung. (vgl. Russell 2018: 8)

4. Selektive Zusammenarbeit mit Russland in außenpolitischen Fragen. So beispielsweise rufe das Europäische Parlament zur Zusammenarbeit bei Themen wie Terrorismusbekämpfung und dem iranischen Atomdeal auf, kritisiere aber die russische Unterstützung des Assad-Regimes. (vgl. Russell 2018: 8)

Laut Kossatschow habe sich diese Vorgehensweise der EU schon seit dem Ende des Kalten Krieges nicht verändert. Bei Verhandlungen über ein Abkommen zur gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur oder über den Verzicht einer NATO-Osterweiterung, bei einem Dialog mit Slobodan Milošević oder Wiktor Janukowitsch, beim Thema der Rechte der ethnischen Russen und Russinnen in baltischen Staaten, beim schon abgestimmten Plan für die Beilegung des Transnistrien-Konflikts, bei den Entscheidungen über den Bau eines gemeinsamen Raketenabwehrsystems oder der „South Stream“-Pipeline sei Europa nicht an einer Diskussion mit Russland interessiert gewesen. Mit Russland spreche man ausschließlich darüber, was für die EU wichtig sei. (vgl. Kossatschow 2016)

5. Die Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft bzw. der „people-to-people“-Kontakte. Das 2012 in Russland verabschiedete Agentengesetz macht die Zusammenarbeit mit ausländischen Gebern um einiges komplizierter. Die russischen NGOs müssen gesetzeskonform alle aus dem Ausland erhaltenen Mittel offenlegen, sonst drohe die Stigmatisierung als „ausländische Agentin“. Als Alternative zu den Auslandsfinanzierungen stehe nur die meist knapp bemessene staatliche Finanzierung. Viele NGOs zogen daher freiwillig aus Russland ab, andere wurden durch das 2015 gefolgte Gesetz zur „unerwünschten internationalen Organisationen“ verboten. Die EU hingegen erkenne die zunehmende Isolierung der russischen Zivilgesellschaft und halte ihre Unterstützung für wichtiger als jemals zuvor. (vgl. Russell 2018: 7; Russell 2016: 7)

Im Juli 2014 stellte die EU den größten Teil ihrer Finanzierungen in Russland ein, mit Ausnahme der Projekte zur Förderung zwischenmenschlicher Kontakte. Auch ein EU-Russland-Zivilgesellschaftsforum mit regelmäßigen Treffen zwischen russischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihren EU-Pendants wird von der EU finanziell gefördert. (vgl. Russell 2018: 7; Russell 2016: 7)

Dieser Punkt der Russlandpolitik der Europäischen Union kann als eine Weigerung, einen Dialog mit einer „unbequemen“ russischen Regierung zu führen und stattdessen als umgehender Versuch, Russland von innen umzugestalten, kritisiert werden. (vgl. Kossatschow 2016)

2017 waren die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland noch immer von einem tiefen Zerwürfnis gekennzeichnet. Beide Seiten sahen die Situation grundsätzlich verschieden und weisen sich gegenseitig die Verantwortung für die Krise zu.

Innerhalb Russlands wurde die EU (und andere westliche Akteure wie NATO und USA) verantwortlich gemacht: Da die Politik der „Östlichen Partnerschaft“ und die damit einhergehenden Assoziierungsprozesse als Teil der westlichen Strategie, Russlands Einflussbereich zu marginalisieren, verstanden wurden und werden – wie die „Farbrevolutionen“ der 2000er Jahre und der „Arabische Frühling“ –, sei auch der „Euromaidan“ Folge westlicher Regimewechselpolitik, die den russischen Staat unmittelbar bedroht. Hinzukommt der Anspruch Russlands, in den internationalen Beziehungen als Großmacht gesehen zu werden und mit anderen (westlichen) Mächten auf gleicher Augenhöhe regionale und internationale Prozesse mitzugestalten. Aus dieser Argumentationsperspektive verteidigte sich Russland schon seit den 1990er Jahren gegen den westlichen Expansionismus. Die „Annexion“ bzw. „Angliederung“ der Krim und der Krieg im Donbass seien somit defensive Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen politischen Ordnung in Russland und Antwort auf die Bedrohung des Landes durch die Systemwechselpolitik des Westens. (vgl. Fischer 2017: 413,414)

Die überwiegende Mehrheit innerhalb der EU sah im Verhalten Russlands die Weigerung, die Souveränität und territoriale Integrität anderer Staaten zu respektieren, obwohl Russland diese selbst in zahlreichen völkerrechtlich bindenden Verträgen und Abkommen anerkannt hatte. Russland beansprucht die Hegemonie über eine geopolitische Einflusszone für sich, in der andere Staaten über eingeschränkte Souveränitätsrechte verfügen sollen. Aus Sicht der EU widerspricht dieses Vorhaben der Idee der Grundakte von Helsinki, der Charta von Paris und strapaziert die europäische Sicherheitsordnung. (vgl. Fischer 2017: 414)

Die Helsinki-Grundakte steuerte dem Risiko einer globalen Konfrontation in der bipolaren Welt entgegen. Die Prinzipien waren zwar nicht rechtsverbindlich, aber Verstöße dagegen undenkbar. In der post-bipolaren Ära allerdings fehle es an klaren Regeln für Handlungsweisen. So werden die Prinzipien gemäß eigener außenpolitischer Interessen und Präferenzen selektiv angewandt. Innerhalb von zwei Jahrzehnten nach dem Gipfeltreffen von Paris wurde jedes der zehn Prinzipien der Schlussakte auf die eine oder andere Weise von unterschiedlichen Akteuren verletzt. Nachdem die USA die Helsinki-Prinzipien nach eigenem Ermessen ausgelegt hatten, hätte es nach Arbatova und Dynkin doch offensichtlich sein müssen, dass andere Staaten es ihnen gleichtun würden. Die, aus russischer Sicht, sogenannten

„Humaniterooperationen“ im Südossetien-Konflikt und die Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien spiegeln die Aktionen der USA und ihrer Verbündeten einfach wider. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 85,86)

Alexei Arbatov beobachtet: die territoriale Integrität und Nichteinmischung gelte ausschließlich für das eigene Territorium oder das Verbündeter. Wenn es aber um die Opponenten geht, habe stets das Recht der Minderheiten auf Selbstbestimmung und die Legitimität humanitärer Interventionen Priorität. (vgl. Arbatov zit. nach Arbatova/Dynkin 2016: 85) So lasse sich die Diskrepanz erklären, als die Vereinigten Staaten beispielsweise die Abspaltung von Bevölkerungsteilen in Eritrea 1993, Osttimor 2002, im Kosovo 2008 und Süd Sudan 2011 unterstützten, während sie in Abchasien, Südossetien 2008 und auf der Krim 2014 dagegen waren<sup>12</sup>. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 85)

Wenn es keine Regeln gibt und das Ausschlaggebende lediglich die Interessen der Großmächte sind, dann sind die Gegebenheiten im Kosovo, in Südossetien, Abchasien und auf der Krim gerechtfertigt. Acht Jahre nach dem Kosovo-Konflikt begründete USA die Notwendigkeit der Kosovo-Separation einfach durch den Unwillen der Kosovaren und Kosovarinnen, mit den Serben und Serbinnen zusammenzuleben. Wenn die Aspiration einer nationalen Minderheit als Begründung für eine Abspaltung ausreiche, müsse dasselbe für die Bevölkerung der Krim und von Abchasien gelten, die schlicht nicht mit den anderen zusammenleben wollen. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 86)

Die „Statusveränderung“ der Krim stellte den Höhepunkt einer geopolitischen Konfrontation dar, die sich bereits seit Anfang der 2000er Jahre herausbildete und sich 2013 immer weiter zuspitzte. Diese gilt als Wendepunkt, weil nun die russische Politik nicht mehr nur von den ostmitteleuropaischen Mitgliedstaaten als Sicherheitsproblem wahrgenommen wurde, wie an der Formulierung der fünf Leitprinzipien der Russlandpolitik und der „Globalen Strategie der Europäischen Union“ abzulesen ist. Dabei hat der Begriff der Resilienz, die Fähigkeit negative Einflüsse aus Russland abzuwehren, eine überaus bedeutsame Rolle eingenommen. (vgl. Rat der Europäischen Union zit. nach Fischer 2017: 414)

Das wohl markanteste Ereignis in Bezug auf die EU-Russland-Beziehung 2018 stellte der Fall Skripal dar. Sergej Skripal ist ein ehemaliger russischer GRU-Offizier, hatte aber während des Dienstes für Russland geheime Informationen jahrelang an das Vereinte Königreich

---

<sup>12</sup> Arbatova und Dynkin gehen dabei davon aus, dass der Fall Kosovo und der Fall Krim äquivalent zu einander und daher vergleichbar sind.

weiterverkauft. Nach seiner Enttarnung 2006 wurde er in Russland wegen Spionage zur 13 Jahren Haft verurteilt. Im Jahr 2010 kam Skripal gemeinsam mit drei anderen Spionen bei einem Austausch in Wien frei und lebte seither in Großbritannien. (vgl. Schwirtz/Barry 2018)

Am 4. März 2018 wurde Skripal gemeinsam mit seiner Tochter im britischen Salisbury bewusstlos auf einer Bank gefunden und ins Krankenhaus eingeliefert. Man nahm einen gezielten Mordversuch mit einem Nervenkampfstoff namens Nowitschok an, das während des Kalten Krieges von der Sowjetunion entwickelt worden sei. Der Kreml wurde hinter dem Angriff vermutet. Die britische Premierministerin Theresa May veranlasste daraufhin eine Reihe diplomatischer und wirtschaftlicher Maßnahmen gegen Russland wegen der Vergiftung der Skripals. Zunächst wurden nur beidseitig Diplomaten und Diplomatinen ausgewiesen. Die restlichen EU-Staaten forderten schnelle Aufklärung des Gift-Anschlags, vermieden dabei aber eine klare Schuldzuweisung. Die EU nahm die britische Einschätzung „äußerst ernst, dass es höchst wahrscheinlich ist, dass die Russische Föderation verantwortlich ist“, besagte die gemeinsame Erklärung der 28 EU-Minister/innen. Später hielten die EU-Staaten eine Verantwortung Russlands für den Giftanschlag für „höchstwahrscheinlich“. Obwohl das britische Militärlabor erklärte, dass eine russische Herkunft des Nervengifts im Fall Skripal nicht eindeutig nachgewiesen werden könne. (vgl. AP/DPA/AFP 2018)

Als Reaktion auf die Geschehnisse wiesen rund 25 Länder über 140 russische Diplomaten und Diplomatinen aus. Laut Inosemzew sei die Beweislage zu diesem Zeitpunkt recht dünn gewesen, vordergründig sei es um die Demonstration des westlichen Schulterschlusses und Solidarität mit Großbritannien gegangen. Nach der Annexion der Krim, Krieg im Osten der Ukraine, Abschuss der MH17, Krieg in Syrien, Einmischung in Wahlen, sah der Westen den Fall Skripal als den letzten Tropfen. Davor hatten schon Putins Auftritte von 2007 und 2008 in München und in Bukarest, der fünftägige Georgienkrieg, Moskaus Versuche, seinen Einfluss auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu festigen und freundschaftliche Beziehungen mit einigen Staatschefs und Staatschefinnen Mitteleuropas auszubauen, den Westen sehr beunruhigt. Russland fuhr fort zu provozieren, zu lügen und sich herauszuwinden, so Inosemzew. (vgl. Inosemzew 2018: 23,24,25)

Nach den Ausweisungen der Diplomaten und Diplomatinen, verschärfte London den Ton erneut im September 2018. Dabei gab Ben Wallace, Staatssekretär für Sicherheit, an, die Verantwortung läge „letzten Endes“ persönlich bei Präsident Putin, dessen Regierung „den Militärgheimdienst kontrolliert, finanziert und steuert“. Ebenfalls in September erhob die britische Justiz Anklage gegen zwei Männer, die anschließend per europäischem Haftbefehl

gesucht wurden. Das Rechercheportal Bellingcat legte die wahren Identitäten der beiden Männer offen; diese waren demnach Offiziere des Militärgeheimdienstes GRU. Es wurde rekonstruiert, wie Alexander Mischkin und Anatoli Tschepiga unter Decknamen in Großbritannien eingedrungen waren. Dabei behaupteten die Männer selbst, als Touristen nach Salisbury gereist zu sein. (vgl. Ehl 2019)

Im Januar 2019 setzte die EU führende Mitarbeiter/innen des russischen Militärgeheimdienstes GRU und die beiden mutmaßlichen Attentäter auf die Sanktionsliste<sup>13</sup>. Nach der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2019<sup>14</sup> wurde die Identität eines mutmaßlichen dritten Mittäters (Denis Sergejew) bekannt gegeben. Dieser ist ebenfalls ein GRU-Offizier und wird bereits auch mit einem Giftanschlag in Bulgarien in Verbindung gebracht. Moskau weist generell jede russische Verantwortung zurück. (vgl. Ehl 2019) „Ein Jahr nach dem Anschlag auf Sergej und Julia Skripal ist die politische und kriminalistische Aufarbeitung noch längst nicht abgeschlossen.“ (Ehl 2019)

Für Russland gab es ausreichend Vergeltungsmotive, zu dem alten Verrat des Heimatlandes kamen neue dazu. Beispielsweise reiste Skripal, vom britischen MI6 organisiert, im Jahr 2012 nach Prag um sich mit tschechischen Geheimdienstoffizieren zu treffen und 2016 nach Tallinn um estländische Spione zu „briefen“. Diese Treffen dienten der weiteren Offenlegung russischer Spionagetätigkeiten und trugen vermutlich Informationen zur Identifizierung verdeckter Ermittler/innen bei. (vgl. Schwirtz/Bautista 2018) Außerdem gab es dieses negative „Gesamtbild“ der russischen antiwestlichen Politik, die einen solchen Anschlag zumutbar machte und in das Bild russischer Verhaltensweisen passte. (vgl. Erler 2018: 4) Fedor Luk'yanov sah darin den schärfsten Moment in den Beziehungen zwischen dem kollektiven Westen und Russland seit den 1980er Jahren. Nicht einmal die Ereignisse von 2014 hätten zu solch umfassenden Schritten geführt. (vgl. Luk'yanov 2018)

Als der deutsche Bundesaußenminister Heiko Maas die Ausweisungen der russischen Diplomaten und Diplomatinen kommentierte, betonte er die bestehende deutsche Bereitschaft zum Dialog. Durch das russische Verhalten sei ohne Zweifel viel Vertrauen verloren gegangen, trotzdem brauche man Russland als Partner, beispielsweise für die Lösung regionaler Konflikte, für Abrüstung und als wichtige Stütze der multilateralen Ordnung. Man setze darauf, das Vertrauen wieder Stück für Stück aufzubauen, wenn das Gegenüber auch dazu bereit sei. Horst

---

13 USA sprach Sanktionen bereits im Herbst aus: primär, wegen der angenommenen Einmischung in den Wahlkampf 2016, aber explizit auch wegen des Skripal-Falles. (vgl. Ehl 2019)

14 Wo erstmalig, nach einer nach elfmonatigen Pause wieder offizielle diplomatische Gespräche zwischen Großbritannien und Russland stattfanden.

Teltschik, der ehemalige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, zieht die deutsche Bereitschaft zum Gespräch in Zweifel: Dieser besagte Dialog werde ständig angekündigt, ohne tatsächlich stattzufinden. Die NATO habe auch in erster Reaktion russische Verbindungsoffizier/innen ausgewiesen. Erst anschließend habe man den NATO-Russland-Rat angekündigt. (vgl. Zeit Online 2018) Teltschik kritisierte die westlichen Länder allgemein dafür, dass sie Instrumente wie den NATO-Russland-Rat und die OSZE nicht für einen Dialog mit Russland nutzten. (vgl. Sputnik Deutschland 2018)

Der angesprochene Vertrauensverlust ist, wie bereits erwähnt, beidseitig ausgeprägt und diese Periode des gegenseitigen Misstrauens wird langanhaltend sein. (vgl. Nurijew 2018) Auch die gegenseitige Enttäuschung ist Thema in den EU-Russland-Beziehungen: Der Beziehungsbruch zwischen den beiden zeichnete sich über die vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte schrittweise ab. Von Beginn an gab es unterschiedliche Erwartungshaltungen über die Zielsetzungen der gemeinsamen Beziehung und infolge auch Missverständnisse, angefangen bei der verwendeten Terminologie. Im Rahmen unzähliger Dialogforen wurde ständig miteinander kommuniziert, doch 25 Jahre lang aneinander vorbei. Die massive gegenseitige Enttäuschung war vorprogrammiert, so Alexander Dubowy. (vgl. Honsig-Erlenburg 2018) Auch Putins „große Erwartungen“ an Europa wurden nicht erfüllt. Bestes Beispiel dafür sind die Beziehungen zwischen der EU und Russland, Deutschland und Russland und der NATO und Russland, die nicht so verliefen sind, wie erhofft, so Teltschik. (vgl. Auernheimer 2018; Arbatova/Dynkin 2016: 87) Die „Annexion“ bzw. „Angliederung“ der Krim sowie der Ausbruch des Donbass-Konflikts waren zwar die direkten Auslöser, aber nicht der Grund für den Bruch in den EU-Russland-Beziehungen. (vgl. Honsig-Erlenburg 2018)

Die Ausweisung der Diplomaten und Diplomatinen im Fall Skripal bedeute, der Westen habe mit dem Kreml nichts mehr zu besprechen. In der neuen Wirklichkeit versteht der Westen Russland überhaupt nicht mehr. (vgl. Inosemzew 2018: 24,25) Aber auch umgekehrt gilt, der Westen sende an Russland widersprüchliche Signale. Einerseits demonstrierte die Solidarität mit Großbritannien die Übereinstimmung mit der britischen Version der russischen Täterschaft im Fall Skripal. Andererseits reise der französische Präsident Emmanuel Macron zum Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg am 25. Mai 2018 an und Deutschland stelle alle notwendigen Genehmigungen für den Bau der „Nord Stream 2“ aus. (vgl. Luk'yanov 2018a) Macron spricht sich ebenso für eine verstärkte Zusammenarbeit „unter anderem auch mit Russland“ und für eine „strategische Partnerschaft“ mit Moskau aus<sup>15</sup>. (vgl. ORF 2018) Eine

---

15 Voraussetzung sind diplomatische Fortschritte, etwa in der Ukraine-Krise. (vgl. ORF 2018)

mögliche Erklärung für solch widersprüchliche Signale lautet: Bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen EU-Mitgliedstaaten und Russland folge man einer Politik ausgehend von den grundlegenden nationalen Interessen jedes involvierten Staates und nicht von „geopolitischen Spielchen“, so die Auslegung des russischen Außenministeriums. (vgl. Russisches Außenministerium 2018c) Obwohl auch bekannt ist, dass es innerhalb der EU Staaten gibt, die stark wertorientiert und nicht interessenorientiert Russlandpolitik betreiben. (vgl. Mangott 2016)

Ende August 2018 tätigte Emmanuel Macron wiederum die Aussage, Wladimir Putin träume davon, „die EU zu demontieren“<sup>16</sup>. (vgl. TASS 2018b) Auf diese Behauptung reagierte Moskau mit der Aussage: Russland ist (immer noch) an Stabilität und Vorhersagbarkeit im EU-Raum interessiert. Insgesamt sei die EU, dicht gefolgt von China, die handelsökonomische Hauptpartnerin, und daraus resultierend habe Russland Interesse an einer sich entwickelnden, stabilen und vorhersagbaren EU. Außerdem würde Russland auch weiterhin die bilateralen Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten entwickeln, so der Pressesprecher Putins, Peskow. (vgl. TASS 2018a) Zwischen der EU und Russland sei zukünftig, bestenfalls nur eine rein pragmatische Wirtschaftspartnerschaft denkbar, so auch das Fazit von Alexander Dubowy. Eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland im umfassenden Sinne sei nicht mehr zu erwarten. Man werde nur noch nebeneinander, aber nicht mehr miteinander leben. (vgl. Honsig-Erlenburg 2018)

Die derzeitige österreichische Außenministerin Karin Kneissl ist der Meinung, dass mit einer Kooperation bei den Kriegen in Syrien und in Jemen beginnend das Verhältnis zur Russland einen dringend erforderlichen Neubeginn erfahren kann. Das operative Geschäft der Außenpolitik erfolge schließlich nach Interessen, so Kneissl. Laut der Außenministerin müsse die EU als Gesamtheit das Verhältnis zu Russland auf „neue Beine stellen“. Daran zweifle auch bei allen EU-internen Bruchlinien niemand mehr. Diese Erneuerung solle dazu führen, Russland wieder als Partner zu begreifen. (vgl. Die Presse 2018)

Die Syrienfrage war schon immer eine gemeinsame Angelegenheit, daher ist es nur logisch an dieser Stelle anzusetzen. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich würde das beidseitige Misstrauen stark mindern. (vgl. TASS 2018) Bereits seit 2001 stellt Russland westlichen

---

<sup>16</sup> Dazu gibt es auch in akademischen Fachkreisen die Meinung, dass Russland unter Präsident Putin zunehmend von einem Partner in einen Gegner mutiert sei. Demzufolge ist die aktuelle russische Politik darauf ausgerichtet, internationale Institutionen zu schwächen bzw. Konflikte zu nutzen, um die Nachbarschaft zu destabilisieren und somit unter Kontrolle zu halten. Als Beispiele wurden die OSZE, NATO, Ukraine, Georgien und Moldawien erwähnt. (vgl. Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 185)

Truppen im Krieg gegen den islamistischen Terror Militärbasen für Operationen zur Verfügung. Dann gingen die Beziehungen aber eben „Richtung Misstrauen“. Kneissl fragt an dieser Stelle, ob dieser Umstand mehr an einem zusehends autoritären Russland oder schlecht abgeschätzten Entscheidungen der EU liege. Das Zusammenwirken von Problemen bei Erdgaslieferungen nach Europa, der Irakkrieg 2003, die Unabhängigkeit des Kosovo 2008 und die Annexion der Krim 2014 haben die Entfremdung weiter angeheizt. (vgl. Die Presse 2018)

Der Russland-Experte Dubowy sieht im Jahr 2018 deutliche Anzeichen dafür, dass Moskau die Beziehungen zur EU normalisieren möchte. Das politische System Russlands durchläuft die tiefste Transformationsphase überhaupt. Für eine erfolgreiche innere Transformation bedarf es eines stabilen außenpolitischen Umfelds inklusive der Beziehungsdeeskalation mit dem Westen. Wie angekündigt würde Russland versuchen, die bilateralen Beziehungen zu einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu verbessern. (vgl. Honsig-Erlenburg 2018) Putin zeige sich offen für eine Verbesserung der Beziehung zur EU, auch wenn „heute fast alles auf Eis gelegt“ sei. Es gebe Dialoge mit Vertretern und Vertreterinnen aus Brüssel, um die Mechanismen und Instrumente der Kooperation wieder aufzunehmen. Diese Konsultationen seien sehr konstruktiv, aber nicht einfach, so Putin. (vgl. Tiroler Tageszeitung 2018) Für die EU wiederum gelte, eine mögliche Wiederannäherung an Russland dürfe weder die Einheit der EU gefährden noch die Beziehung zu den USA belasten. (vgl. Honsig-Erlenburg 2018)



### **3. KOOPERATIONSPRAXIS**

#### **3.1 Gemeinsame Interessen & Bereiche der Zusammenarbeit**

Trotz der aktuellen Konfrontation zwischen der EU und Russland gibt es viele gemeinsame Bereiche, Interessen und Anliegen zwischen den beiden Akteuren.

Für das Nahverhältnis Russlands zur EU sprechen mehrere Motive: die EU als wichtigste Partnerin in den Bereichen Handel, Energieexporte und Modernisierungsinvestitionen; die EU als Quelle für wirtschaftliche Modernisierung und technologische Innovation in einem gesamteuropäischen Wirtschaftsraum („Modernisierungspartnerschaft“); der gemeinsame Ausbau transeuropäischer Netze von Pipelines, Fernstraßen, Eisenbahnen und Telekommunikationssystemen; die Vertiefung der sicherheits- und militärpolitischen Kooperation; das Gewicht der Union bei einer einvernehmlichen Gestaltung des „Größeren Europa“. (vgl. Timmermann 2008: 160,160f,164)

Russland nutzte die Europäische Union lange nicht nur als Modernisierungs- und Wirtschaftspartnerin, sondern auch als Balancefaktor gegenüber den USA im Rahmen einer multipolaren Weltordnung. Es unterstützte sicherheitspolitische Alternativen, die auf eine größere Selbstständigkeit ohne den USA zielten. Durch die Ost-Erweiterung und die bereits besprochene Nachbarschaftspolitik der EU wurde das russisch-europäische Verhältnis allerdings konfliktreicher und die EU und Russland sind zu Rivalen in der GUS-Region geworden (siehe 2.2.1 Integrationskonkurrenz & Assoziierungsabkommen). (vgl. Frank 2007: 6)

Die EU nutzt bzw. nutzte den russischen Markt hingegen für den Absatz von Maschinen, im Anlagenbau, Elektronik, Export von Agrarerzeugnissen und allgemein für Güter aus der EU. (vgl. Mangott 2016) Natürlich ist Russland gleichermaßen ein wichtiger Energielieferant. Die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten zwischen den beiden galten bzw. gelten als ein gewisser Stabilitätsfaktor in den Beziehungen. (vgl. Frank 2007: 9)

Für die EU ist die funktionale Zusammenarbeit mit Russland als Mitspieler unentbehrlich. Genannt seien diesbezüglich das weiträumige Territorium, Nutzen- und Schadenpotenzial, relativ offene Märkte und nicht zuletzt seine auch weiterhin vorhandenen militärischen Fähigkeiten. Russland, wenn es sich, als demokratisch orientierter, kooperativer und sich als europäisch definierender Partner verhält, kann erheblich zu Stabilität und Wohlstand auf dem Kontinent beitragen. Als peripherisiertes und in seiner Zuordnung unsicheres Land wiederum besteht die Gefahr, dass Russland Instabilität über Osteuropa und den Kaukasus hinaus nach

Mittel- und Westeuropa exportiert. (vgl. Timmermann 2008: 161; Frank 2007: 5) Daher ist man in Europa auch an einer Transformation Russlands zu einer „an westlichen Werten orientierten Demokratie“ inklusive intakter Rechtsstaatlichkeit interessiert. (vgl. Frank 2007: 5)

Das vierte Grundprinzip der aktuellen EU-Russlandpolitik lautet „Selektive Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen“ und daran hält man sich auch. Das liegt an der Tatsache, dass die konstruktive Zusammenarbeit mit Russland sowohl für die Sicherheit Europas (als auch die der USA) einfach unentbehrlich ist. (vgl. Kühn 2015: 10) „Dies zu negieren, hieße, die Realitäten zu verkennen.“ (Kühn 2015: 10) Die Einsicht, dass eine europäische Friedensordnung erst mit Russland dauerhaft stabil sei, bleibt also auch 2018 aktuell. (vgl. Voigt 2014: 4)

Die EU-Russland-Beziehungen sind generell ausschlaggebend für die weitere europäische und weltpolitische Lage sowie für die Entwicklung auf dem europäischen Kontinent. Das sieht man daran, dass die aktuellen Konflikte (beispielsweise Syrien oder der Ukraine) sich nur gemeinsam und nicht gegen einander lösen lassen. Von der Klärung dieser Konflikte würde insbesondere die EU selbst profitieren – sowohl ökonomisch, politisch als auch in Bezug auf Migrationsfragen. (vgl. Böttger 2015: 205; Böttger 2016: 394)

Als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und als ein zunehmend einflussreicher Akteur im Nahen Osten hat Russland eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung von globalen Herausforderungen inne und übt weiterhin entscheidenden Einfluss auf die weltweite Sicherheitslage aus. (vgl. Russell 2018: 7; Frank 2007: 4) So lassen sich ohne Russland viele Konflikte auf dem Kontinent und in seinem Umfeld nur schwer regeln. (vgl. Timmermann 2008: 161) Das betrifft zentrale Probleme wie die Terrorismusbekämpfung, die Fortsetzung von Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Eindämmung von organisierter Kriminalität sowie der Umwelt- und Klimaschutz. (vgl. Timmermann 2008: 161)

Russland spielte eine konstruktive Rolle in den Verhandlungen mit dem Iran (vgl. Mangott 2016) und unterstützte, sowie die EU auch, den nuklearen Deal (trotz des Ausstieges der USA). Beide befürworteten die Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt und waren Unterzeichner des Pariser Übereinkommens zur Bekämpfung des Klimawandels. (vgl. Russell 2018: 7) Beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan war Russland ebenso ein Partner, der an der Lösung von Konflikten beteiligt war. (vgl. Voigt 2014:

5; Timmermann 2008: 161) Derartige Felder der Zusammenarbeit sollen auch in Zukunft erhalten bleiben. (vgl. Voigt 2014: 5)

Zusätzlich zu den bereits bestehenden, könnte es bei weiteren außenpolitischen Bereichen von europäischem Interesse, etwa die Arktis, maritime Sicherheit, Bildung, Forschung und grenzübergreifende Zusammenarbeit, ein selektives Engagement geben. (vgl. Europäische Union 2016: 29)

Andere gemeinsame bzw. weitere Projekte mit der EU und NATO liegen aufgrund des Ukraine-Konflikts auf Eis. (vgl. Böttger 2015: 210) Angesichts der tiefgreifenden Differenzen vernachlässigte man auch die Themen, bei denen Russland und der Westen schon einen gewissen modus operandi gefunden hatten: nämlich bezüglich Afghanistan, der Regulierung des Karabach-Konfliktes und des Vorgehens gegen islamistischen Terror. (vgl. Markedonov 2015: 2)

Die Entfremdung zwischen Russland und dem Westen untergräbt ihre Zusammenarbeit bei grundlegenden Sicherheitsfragen. Diese Tatsache verhinderte beispielsweise in den Jahren 2016/2017 eine Niederschlagung des radikalen Islamismus, dessen ideologische und militärische Expansion wiederum zu einer neuen Phase von akuten Konflikten, Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen führen kann. (vgl. Arbatova zit. nach Arbatova/Dynkin 2016: 76)

### **3.2 Europäisch-russische Energiebeziehungen**

Die Probleme in den europäisch-russischen Energiebeziehungen zirkulieren um drei Aspekte. *Erstens* zeigten die Gaslieferungsunterbrechungen 2009 und 2014 die überaus hohe Abhängigkeit der EU von Russland. Besonders gilt das für Länder wie Lettland, Finnland, die Slowakei und Ungarn, die ihr Gas ganz oder beinahe vollständig aus Russland importieren. Litauen, ehemals komplett vom Gas aus russischen Pipelines abhängig, deckt 2018 rund die Hälfte seines Bedarfs durch verflüssigtes Erdgas, das per Schiff aus Norwegen und den USA zu einem 2014 gebauten Terminal geliefert wird, ab. Lettland kann ausreichend Gas für sich und seine Nachbarn für Monate im Voraus speichern. Die Slowakei, Ungarn und Polen haben Verbindungsleitungen gebaut, um die Gasversorgung zu teilen. Trotz der Verbesserungen bestehen noch einige Schwachstellen: Beispielsweise wären Bulgarien und Finnland im Falle

einer totalen, aber sehr unwahrscheinlichen Abschaltung der russischen Gaslieferungen über mehrere Monate betroffen. (vgl. Russell 2018: 5)

*Zweitens* habe sich die lange Phase der „Russland zuerst“-Politik sehr wahrscheinlich kontraproduktiv auf die EU-Energiesicherheit ausgewirkt. Die EU sei zwar die größte Öl- und Gaskundin Russlands, dennoch bestimme überwiegend Moskau die Bedingungen, so Malek. (vgl. Malek 2015: 5) Im genauen Gegensatz dazu erwidert Kossatschow, dass durch das „dritte Energiepaket“ der EU dem Energielieferanten die Regeln des Käufers faktisch auferlegt würden. (vgl. Kossatschow 2016) Russland fühlte sich dermaßen eingeengt, dass es im April 2014 Klage gegen das „dritte Energiepaket“ einreichte. (vgl. Schmidt-Felzmann 2018)

*Drittens* habe Russland „sich als unzuverlässiger Partner erwiesen und seine Energielieferungen als politische Waffe benutzt“, so die EU-Abgeordneten im Jahr 2016. (vgl. Europäisches Parlament 2016) Wladimir Artjakov, Präsident des Österreichisch-Russischen Geschäftsrates, beharrt hingegen auf Russlands stetige Verlässlichkeit in puncto Öl- und Gaslieferungen nach Europa. (vgl. Kischko/Sileitsch-Parzer 2018) Immerhin habe Russland bzw. die damalige Sowjetunion selbst in Zeiten des Kalten Krieges die Lieferverträge stets eingehalten. (vgl. Süddeutsche.de zit. nach Grabau 2018: 383) Anke Schmidt-Felzmann erinnert außerdem, dass der Gaslieferungsstopp im Januar 2009 aufgrund der ukrainischen Gasschulden notwendig geworden war. (vgl. Schmidt-Felzmann 2018)

Der Präsident des Österreichisch-Russischen Geschäftsrates weist drauf hin, dass Projekte wie „South Stream“ oder „Nord Stream 2“ der Sicherheit der Energieversorgung dienen und für Europa gewinnbringend seien. (vgl. Kischko/Sileitsch-Parzer 2018) Gazprom fügt zudem hinzu, dass durch die Umgehung der Ukraine das Unterbrechungsrisiko reduziert würde. (vgl. Russell 2018: 5) Die Europäische Kommission und einige Mitgliedstaaten (allen voran Polen) betrachten die „Nord Stream 2“ Pipeline allerdings als schädlich für die Energiesicherheit, weil sie bis zu 40% der EU-Gasimporte auf einer einzigen Versorgungsrouten konzentrieren würde. (vgl. Russell 2018: 5) Der Bau neuer Gaspipelines erhöhe die Versorgungssicherheit nicht nur nicht, sondern stelle sie sogar in Frage, so Malek. (vgl. Malek 2015: 5) Russland beschränkt den Marktzugang für andere potenzielle Versorger. Ohne Gegenmaßnahmen könnte die EU-Energiesicherheit weitgehend vom Wohlwollen Moskaus abhängen. Das bringt übermäßigen Einfluss auf die europäische Entscheidungsfindung – nicht nur im Bereich der Energiepolitik. (vgl. Malek 2015: 5) Das sah das EU-Parlament ähnlich und begrüßte dementsprechend die Vorschläge der EU-

Kommission für eine Energieunion, um auf diesem Wege die Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu reduzieren. (vgl. Europäisches Parlament 2016)

Die Reduktion der Abhängigkeit von Dritten (besonders Russland) ist die Priorität der Energie-Sicherheitsstrategie 2014 und der Energieunion von 2015. Die Kommission ging ebenfalls gegen Gazproms Missbrauch seiner marktbeherrschenden Position auf den EU-Energiemärkten vor, der in der Vergangenheit dazu geführt hatte, dass einige Länder bis zu 40% mehr als andere für Erdgas bezahlten. Angesichts der Drohung mit einer schweren Geldbuße verpflichtete sich Gazprom, solche Praktiken zu beenden. (vgl. Russell 2018: 5)

Trotz der einseitig erscheinenden Abhängigkeit der EU von Russlands Energie handelt es sich in der Beziehung um ein beidseitig bestehendes Abhängigkeitsverhältnis (siehe Seite 59). Größtenteils geht es um eine für beide Seiten vorteilhafte Regelung, die der EU relativ billige Importe und Russland 70% seiner Exporteinnahmen beschert. (vgl. Russell 2018: 5)

Russland plant zudem selbst seit Langem, seine Absatzmärkte für Öl- und Gas zu diversifizieren und so die Abhängigkeit von Europa zu verringern. In diesem Sinne ist auch der riesige Gas-Deal über 400 Mrd. USD mit China zu verstehen. (vgl. WKO 2018a: 8; Schaffmeister/Haller 2018: 168,169) Die Diversifizierung Russlands in den asiatischen Raum wird wiederum als Gefährdung der europäischen Versorgungssicherheit beurteilt. (vgl. Grabau 2018: 152)

Das erkannte Problem der Abhängigkeit zu beseitigen, dürfte schwierig werden, da dafür eine Einigung innerhalb der EU auf ein durchgreifendes Programm zur Abhängigkeitsreduzierung von russischen Importen notwendig ist. Die Energiepolitik ist aber zum Großteil Angelegenheit der einzelnen Mitgliedstaaten. (vgl. Malek 2015: 5) Diese wollen ihre Souveränität – solange erhebliche Interessendivergenzen in der Erdgasaußenpolitik bleiben – nicht an supranationale Organe abgeben, obwohl eine koordinierte Erdgas-Außenpolitik zur Stärkung der Verhandlungsmacht gegenüber Drittstaaten (wie Russland) führen würde. (vgl. Grabau 2018: 152)

Zwischen den EU-Mitgliedstaaten herrscht Uneinigkeit im Umgang gegenüber Russland, dementsprechend weisen die politischen Strategien Widersprüche auf. Wo die Durchsetzung der Nationalinteressen einer Staatengruppe von Nutzen ist, schädigt sie die Interessen der anderen. Die Differenz der Interessen und daraus resultierende divergierenden Politikansätze werden unter anderem mit der Heterogenität der Versorgungssituation der jeweiligen Staaten, sowie mit

der Intensität und Qualität der Herausforderungen in der Energiepolitik erklärt. Daraus folgt die Unfähigkeit der EU, in der Erdgas-Außenpolitik mit einer Stimme zu sprechen, obwohl das für alle Mitgliedstaaten Vorteile in ihrer Versorgungssicherheit bringen würde. (vgl. Grabau 2018: 151,152)

Die Kohäsion scheidet, vereinfacht dargestellt, an der Verschiedenheit der Interessen: Eine durchaus starke westeuropäische Koalition, die sich für eine Energiepartnerschaft mit Russland einsetzt; demgegenüber die Opposition aus osteuropäischen Staaten, die auf Diversifizierungsmaßnahmen bestehen. Eine eindeutige Trennlinie kann zwischen den beiden Gruppen jedoch nicht gezogen werden: Beispielsweise unterstützte Ungarn zwar das Nabucco-Projekt (siehe Fußnote 28 auf Seite 103), zeigte sich aber weniger skeptisch als Tschechien und Polen gegenüber weiteren Pipelineprojekten mit Russland. Großbritannien, das sich aufgrund wirtschaftlicher Interessen zunehmend an Russland annäherte, unterhielt insgesamt aber doch ein sehr spannungsreiches Verhältnis zur Russland. Diese Beispiele zeigen, dass sich zwar gemeinsame Tendenzen in den Gruppen der west- und osteuropäischen Staaten hinsichtlich ihrer Erdgas-Außenpolitik identifizieren lassen, im Endeffekt aber kein Determinismus zwischen diesen Faktoren besteht. (vgl. Grabau 2018: 310,310f)

Für Polen ist festzuhalten, dass es Russlands Rolle als Erdgasexporteur in erster Linie unter sicherheitspolitischen Aspekten bewertet. (vgl. Grabau 2018: 422) Die hohe Abhängigkeit von russischen Importen wird in Polen in sehr hohem Ausmaß als Bedrohung der nationalen und europäischen (Versorgungs-)Sicherheit empfunden. (vgl. Buras; Major/Puglierin zit. nach Grabau 2018: 426) Es besteht die Befürchtung, dass Russland die Abhängigkeit der EU und speziell der osteuropäischen Staaten als politisches Machtinstrument einsetzen könnte. Die Ukraine-Krise unterstützt diese Denkweise erst recht. Darauf gründen auch die Forderungen nach Diversifizierungsmaßnahmen, das Streben nach einem höherem Grad an Integration und Solidarität im europäischen Erdgassektor sowie die Forderungen nach einer Energieunion mit gebündelten Erdgaseinkäufen und dem Ausbau des Erdgasbinnenmarktes. Allerdings stellten sich in der Vergangenheit zahlreiche Mitgliedstaaten (speziell westeuropäische) gegen gebündelte Gaseinkäufe. (vgl. Grabau 2018: 422,422f,423,426,470)

Deutschland (und weitere westeuropäische Staaten) wollen stattdessen engere Energiebeziehungen und russische Erdgasimporte langfristig sichern, etwa durch die Unterstützung der „Nord Stream“-Pipelines. Die deutsche Regierung strebt ein ausgeglichenes Importportfolio für die EU an. Zu Russland soll ein partnerschaftliches Verhältnis erhalten bzw.

wieder aufgebaut werden, Russlands Stellenwert als Erdgaslieferant soll durch den stärkeren Fokus auf Diversifizierungsmaßnahmen nun aber wesentlich geringer werden. Zudem soll die Marktmacht Gazproms durch das „dritte Energiepaket“ beschränkt werden. (vgl. Grabau 2018: 152,387)

Laut Malek spiele Moskau einzelne EU-Mitgliedstaaten auch gegeneinander aus, indem sie mit „individuellen“ Angeboten (bilateralen energiepolitischen Beziehungen) angelockt werden und zahlreiche einflussreiche Lobbyist/innen<sup>17</sup> innerhalb der EU für die Kooperation mit Russland eintreten. (vgl. Malek 2015: 5; Schmidt-Felzmann 2018)

Die „Nord Stream 2“-Pipeline kann bei dem Thema der aktuellen Energiebeziehungen nicht unbeleuchtet bleiben. Das wird im nächsten Abschnitt inklusive der jeweiligen Positionierungen der drei Schwerpunktländer dieser Arbeit: Polen, Deutschland und Österreich, nachgeholt.

Zu den Kritikern zählen vor allem, wenig überraschend, Polen (sowie USA und die Ukraine). Es wird Solidarität mit den östlichen EU-Staaten und der Ukraine gefordert. (vgl. Daniljuk 2018) Die Befürchtung ist außerdem groß, dass die Gasleitung ein politisches Projekt sei, das auf die Schwächung der Ukraine und die Vergrößerung des russischen Einflusses abzielt. (vgl. Götz 2018: 10; Schmidt-Felzmann 2018) Durch die Pipeline entstünde ein klarer Machtvorteil auf russischer Seite. Man sorgt sich, dass nicht vor wirtschaftlichen Verlusten und „politischem Gesichtsverlust“ zurückgescheut würde, wenn es um die strategischen Interessen Russlands geht. Die deutschen Expert/innen sprechen von beidseitiger Abhängigkeit, allerdings sei Russland in einer günstigeren Position, so Anke Schmidt-Felzmann (siehe Seite 57). (vgl. Schmidt-Felzmann 2018)

„Nord Stream 2“ wird gerne als die preiswerte Alternative zu den LNG-Anlieferungen beschrieben. Hierbei werden jedoch die Kosten für den Leitungsbau nicht ausreichend berücksichtigt. Um die geleisteten Investitionen zu amortisieren, müssten die Erdgasleitungen der „Nord Stream 2“ über mindestens 50 Jahre – bis 2069 – genutzt werden, wodurch also enorm viel Kapital angebonden wird. (vgl. Schmidt-Felzmann 2018)

Zudem ist es mit den deutschen und europäischen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen unvereinbar. (vgl. Schmidt-Felzmann 2018) Anstatt in den Ausbau der

---

17 so z.B. Ex-Kanzler Gerhard Schröder

intelligenten Stromnetze, der Stromspeicher und in umweltfreundlich erzeugte Fernwärme zu investieren, werden erst recht die Absatzmärkte für Gas vergrößert. (vgl. Daniljuk 2018)

Dem nicht genug, kann die „Nord Stream 2“ die Sanktionspolitik mildern. (vgl. Schmidt-Felzmann 2018) Fairerweise ist jedoch anzumerken, dass Gazprom das Programm der Umgehungspipelines, inklusive der „Nord Stream 2“, lange vor dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts und der zunehmenden Entfremdung zwischen Russland und dem Westen geplant hat. (vgl. Götz 2018: 10) Die (nicht zwingend bessere) Alternative – der Import des verflüssigten Fracking-Gases aus den USA und anderen Ländern – bleibt hier allerdings auch oft unerwähnt. (vgl. Daniljuk 2018)

Die Befürworter der „Nord Stream 2“ sind Deutschland und Österreich. Hier wird behauptet, es handle sich um ein privatwirtschaftliches und kein politisches Projekt, so Bundeskanzlerin Angela Merkel und Putin. (vgl. Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union 2018; Heyden 2018; Tiroler Tageszeitung 2018) Die entstehenden finanziellen Verluste und die Exportabhängigkeit würden Russland davon abhalten, die Erdgasversorgung als Machtinstrument zu missbrauchen, so die Annahmen der deutschen Bundesregierung. Die Bedenken zur Gefährdung der Energiesicherheit Europas werden hier offensichtlich ignoriert. (vgl. Schmidt-Felzmann 2018)

Das Statement des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zu „Nord Stream 2“ besagt, dass die zusätzlichen Gasmengen, angesichts des wachsenden Importbedarfs, für stabile Preise für die Endverbraucher/innen und die europäische Industrie sorgen würden. So würde die langfristige internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gesichert. Die Wege seien außerdem kürzer als über die bestehenden Routen durch die Ukraine und die Transportkosten dementsprechend langfristig geringer. Die Ukraine bleibe in diesem Szenario auch weiterhin, allerdings nach einer Modernisierung des Pipelinenetzes, ein Transitland. „Nord Stream 2“ als alternativer Transportweg könne dazu beitragen, die Energiebeziehungen zwischen Russland und der Ukraine zu entspannen, permanentes Konfliktpotenzial zu reduzieren und das unternehmerische Risiko zu minimieren. Außerdem wird die Ukraine bereits im Jahr 2018 schon vollständig mit Gas aus der EU beliefert und kann von einem höheren Gasangebot in Europa in Form von sinkenden Preisen profitieren. Ebenso seien bei der „Nord Stream 2“ die Umweltbilanz besser und die Kosten niedriger im Vergleich zu LNG-Gas, das auch erst aufwändig verflüssigt werden muss. (vgl. Büchele 2018: 12) Die Pipeline, so die



Fürsprecher/innen, mache die Energiewende erst möglich, da sie dabei helfe, die CO<sub>2</sub>-Emissionen mittelfristig auf das geforderte Niveau zu senken. (vgl. Schmidt-Felzmann 2018)

Konkret wird Deutschland ermöglicht, sich Russland pragmatisch anzunähern, ohne dabei die verhängten Sanktionen zu lockern. Diese Unterstützung Deutschlands könne zumindest als Duldung russischer Handlungen in der Ukraine und der Krim bewertet werden. (vgl. Götz 2018: 10; Schmidt-Felzmann 2018)

Zusätzlich wird Deutschland in seiner Position als Knotenpunkt für die Gasweiterverteilung in der gesamten EU gestärkt. (vgl. Schmidt-Felzmann 2018) Götz behauptet jedoch, dass Deutschland die Rolle als Verteilungszentrum für Erdgas spiele, liege an seiner geographischen Lage und sei keine Voraussetzung oder Folge einer politischen Annäherung an Russland. Unabhängig davon, welcher Fall zutrifft, belastet das Projekt eindeutig die deutschen Nachbarschafts-Beziehungen. (vgl. Götz 2018: 10; Schmidt-Felzmann 2018)

### **3.3 Gegenseitige Vorwürfe & Unzufriedenheit in den EU-Russland-Beziehungen**

#### **3.3.1 Aus der EU-Perspektive**

An erster Stelle ist der Ukraine-Konflikt mit all seinen Konsequenzen zu nennen (siehe dazu 2.2.5 Folgen der Sanktionen & Ereignisse des Jahres 2014). Diese Spannungen, insbesondere hinsichtlich der anhaltenden Kampfhandlungen entlang der Kontaktlinie im Donbass, bleiben auch im Jahr 2018 bestehen. Der Friedensprozess stockt, der verhärtete diplomatische Konflikt zwischen Russland, der Ukraine und dem Westen sowie fehlende Fortschritte bei der Umsetzung von Minsk II halten an. In der Zwischenzeit kommt es noch zu weiteren Opfern. (vgl. Snetkov 2017: 3)

Durch das Geschehen in der Ukraine könne sich keiner der russischen Nachbarstaaten seiner Grenzen sicher sein, ist Jens Siegert der Auffassung. (vgl. Siegert 2017: 14) Die russische Politik berge Risiken und Gefahren für die Nachbarländer, inklusive der EU-Mitgliedstaaten oder für die NATO sowie für die europäische Sicherheit insgesamt. Russland sei demnach ein Risiko. (vgl. Voigt 2014: 4; Voigt 2015a: 12)

Malek schließt nicht einmal mehr ein zukünftiges „Abenteuer“ Putins – vielleicht sogar gegen EU-Mitglieder (insbesondere die baltischen Republiken) – aus. Somit ist die lange vorherrschende Vorstellung von Russland als „strategischer Partner“ für die EU nicht mehr aufrechtzuerhalten. (vgl. Malek 2015: 3f,4)

Darüber hinaus haben sich auch neue Spannungsquellen herauskristallisiert: Russlands militärische Unterstützung des Assad-Regimes in Syrien. (vgl. Russell 2018: 1) Seit dem Spätsommer 2015 wurde allgemein bekannt, dass Moskau den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad im seit 2011 andauernden Bürgerkrieg unterstützt. Nicht nur politisch und diplomatisch (mit Gebrauch des Vetorechts im UNO-Sicherheitsrat), sondern ergänzend wirtschaftlich, militärtechnisch, mit Militärberater und Militärberaterinnen und kämpfenden Soldaten und Soldatinnen. (vgl. Malek 2015: 2) Daran ließe sich am deutlichsten die Bereitschaft Putins erkennen, Gewalt zur Wahrung (vermeintlicher) nationaler Interessen einzusetzen, so Snetkov. (vgl. Snetkov 2017: 2) Nurijew widerspricht, die Unzufriedenheit unter den westlichen Mächten entzündete sich lediglich an dessen Unwillen den Einfluss in dieser Region zu teilen. (vgl. Nurijew 2018)

Russland hat neu aufgerüstete Streitkräfte und diese werden auch eingesetzt: Im Jahr 2017 gab es eine der größten militärischen Übungen mit Einsatz von nuklearfähigen Iskander-Raketen in der Nähe der EU-Grenzen. (vgl. Russell 2018: 5) Russlands Luftwaffe dringt außerdem öfters in den NATO-Luftraum ein. Die Ostseeflotte und deren Stützpunkt im Gebiet Kaliningrad sind neuerdings mit atomwaffenfähigen Raketen ausgestattet und mehrere Militärübungen wurden in der Nähe von NATO-Mitgliedstaaten abgehalten. (vgl. Snetkov 2017: 3) Die „Kriegsspiele“ Anfang 2015 Jahre gaben zu verstehen, dass russische Streitkräfte die baltischen Staaten binnen Tagen einnehmen könnten. (vgl. Russell 2018: 5f) Die genannten Tatsachen verstärken die bestehenden Spannungen natürlich weiter. (vgl. Snetkov 2017: 3) Die NATO reagierte entsprechend, mit Plänen zur Unterstützung für Osteuropa wie mit der Stationierung vier neuer Bataillonen in dieser Region. Zusätzlich gewährten einige NATO-Mitglieder ihren osteuropäischen Verbündeten eine aktivere militärische Unterstützung: Beispielsweise entsandten die USA militärische Verstärkung nach Polen. Großbritannien plante die Entsendung von Kampffjets nach Rumänien und von 800 Soldaten und Soldatinnen nach Estland. Deutschland plante den Einsatz zusätzlicher Truppen in Litauen. Italien leistete verstärkt Hilfe in Lettland. (vgl. Snetkov 2017: 3) Seit 2017 wurden vier multinationale Kampfgruppen in Polen und den baltischen Staaten mit 4.500 Soldaten und Soldatinnen stationiert. Die NATO verfügt auch über eine 40.000 Personen starke Einsatztruppe, die bei Bedarf in der Region eingesetzt werden kann. (vgl. Russell 2018: 6) All die Maßnahmen, obwohl es laut dem Europäischen Parlament heißt: „In a wider European conflict, Russia could hardly defeat NATO, given that the military balance is heavily in favour of the latter.“ (Russell 2018: 6)

Russland verfügt aber auch über ein Arsenal „nichtmilitärischer“ Instrumente, die nach eigenen Angaben, die Effektivität der militärischen Mittel übersteigen. (vgl. Russell 2018: 6) Die „hybriden Taktiken“, durch die Russland versucht, Einfluss auf das Geschehen innerhalb der EU zu nehmen, führen selbstverständlich zu Unzufriedenheit des Westens. Dazu zu zählen sind die Annexion der Krim ebenso wie der Krieg in der Ostukraine, die Zusammenarbeit oder (finanzielle) Unterstützung rechtsnationalistischer oder rechtspopulistischer Parteien in der EU, die Finanzierung von gleichgesinnten Parteien und NGOs, Spionage und Wirtschaftsspionage, Medienaktivitäten in der EU und in Russland<sup>18</sup>, die Zusammenarbeit mit ehemaligen europäischen Politiker/innen, Versuche Deals mit einzelnen EU-Staaten um Brüssel herum abzuschließen, Internettrollfabriken, die vermuteten Geheimdienstoperationen, einschließlich gezielter Hackerangriffe<sup>19</sup>, sowie das Wirken von Wikileaks, das zumindest sehr eng mit dem Kreml verbunden zu sein scheint. (vgl. Siegert 2017: 14; Siegert 2016: 21; Russell 2018: 6; Europäisches Parlament 2016)

Ergänzenderweise ist anzumerken, dass der westliche Einfluss auf die russische Politik – Stichwort Entwicklung der Demokratie – übrigens nicht geringer sei. Generell seien aber die Möglichkeiten, von außen auf die Politik eines Landes einzuwirken, grundsätzlich eingeschränkt und das Setzen von Trends sei schlicht unmöglich, so Siegert. (vgl. Siegert 2017: 14)

Genauer gesagt investiert Russland kräftig in ihm Zuarbeitende. Das Ziel dabei ist, die Sicht auf Russland durch Gegendarstellungen zu widerlegen, russische Außenpolitik zu rechtfertigen und auch die demokratische Medienkultur des Westens als solche in Frage zu stellen. Die russischen Einflussmöglichkeiten auf systemkritische Parteien aus dem linken, rechten und populistischen Spektrum in West- und Mitteleuropa nehmen laut Rudischhauser belegbar zu. (vgl. Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 185; Russell 2018: 6) Auch das Europäische Parlament will den Versuch der Einflussnahme auf politische Prozesse in der EU durch russische Propaganda erkennen. Konkrete Beispiele aus der Vergangenheit waren etwa eine voreingenommene Berichterstattung gegenüber Emmanuel Macron bei der französischen Präsidentschaftswahl 2017, die Betonung der Polizeigewalt gegenüber katalanischen Unabhängigkeitsbefürwortern und Unabhängigkeitsbefürworterinnen 2018; die Instrumentalisierung der Ängste der britischen Bevölkerung vor Islamismus und „unhandbarer“ Migration zugunsten des Brexit 2016. (vgl. Russell 2018: 6)

Russische Hacker/innen werden zudem verdächtigt, die Angriffe auf deutsche politische Parteien und Parlamentarier und Parlamentarierinnen im September 2016 begangen und sich im

---

18 z.B. Sputnik, Russia Today

19 z.B. auf die Demokratische Partei in den USA und den Bundestag

Mai 2017 in E-Mails von Macrons Kampagne gehackt zu haben. (vgl. Russell 2018: 6) Angesichts der Art und Weise, in der sich der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf abspielte, sind Befürchtungen laut geworden, dass Russland auch Einfluss auf andere Wahlen genommen haben könnte. (vgl. Snetkov 2017: 3) Obwohl es keine öffentlich zugänglichen Belege dafür gibt, ist die Wahrscheinlichkeit für eine russische Aktivität hinter den Hackerangriffen in den USA sehr hoch. Hackerangriffe soll es jedoch gewiss auch in beide Richtungen gegeben haben, ist Mangott der Vermutung. Der Vollständigkeit wegen ist auch anzumerken, dass die NSA-Überwachung europäischer Politiker/innen politisch nicht im selben Ausmaß thematisiert wurden. Diese Aktivitäten wurden vor allem in Deutschland erstaunlich locker hingenommen. (vgl. Mangott 2017)

Weiters problematisch sind gut dokumentierte russische Verbindungen zu mehreren größtenteils radikalen und rechtsextremen europäischen Parteien der EU-Mitgliedstaaten, worin das Europäische Parlament Destabilisierungsversuche erkennt. Diese Verbindungen umfassen Kredite von russischen Banken sowie Einladungen Putins und anderer hoher Beamter und Beamtinnen zu Treffen und Auftritten im Kreml. Im Gegenzug wird die Konsensbildung innerhalb der EU verhindert, prorussisch aufgetreten und ein Sanktionsende für Russland gefordert. (vgl. Erler 2018: 4; Russell 2018: 6; Europäisches Parlament 2016)

Die aufstrebenden Rechten sind allerdings kein Produkt Moskaus, sondern ein Phänomen der jeweiligen europäischen Staaten, auch wenn Russland diese Parteien für seine eigenen Ziele ausnutzt. (vgl. Stent 2018: 29) Die Annahme, der Erfolg der Rechten habe durch die russische Unterstützung stattgefunden, ist unrichtig. (vgl. Mangott 2017)

Obwohl Russland offensichtlich an Beziehungen zu populistischen Gruppen im Westen interessiert ist, bedeutet dies keine vollständige Übereinstimmung der jeweiligen politischen Programme. Es ist recht unwahrscheinlich, dass eine gemeinsame populistische Koalition entsteht, da sich die Anziehungs- und Abstoßungskräfte der inneren Fortentwicklung massiv unterscheiden. Russland ist auf der Suche nach Kooperationspartnern, um das „antirussische Establishment“ eher zu unterminieren, als um die Ausbreitung eines bestimmten Populismus russischer Prägung voranzutreiben. (vgl. Snetkov 2017: 4,4f,5) Laut Inosemzew bringe das Aufkommen der Rechten Russland auch nichts, da die EU nicht auseinander bräche, sondern nur weniger effektiv würde. (vgl. Inosemzew 2018: 24)

Entgegen Moskaus Wahrnehmung sei die Mehrheit der EU, im Gegensatz zu den USA und einigen Neumitgliedern Ostmitteleuropas, nicht an einem schwachen Russland interessiert. (vgl. Timmermann 2008: 162) Ein schwächeres und instabileres Russland könne nämlich auch

für die europäische Sicherheit mittel- bis langfristig möglicherweise die größere Herausforderung darstellen als ein offensives Auftreten Russlands, da es Risiken und Bedrohungen für die Länder der EU (und der USA) bedeute. (vgl. Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 186; Markedonov 2015: 5) Für die europäische Sicherheit sei somit ein prosperierendes, starkes und in sich ruhendes Russland wichtig. Die Außenpolitik der EU sei schließlich an einem Russland interessiert, das als verlässlicher Kooperationspartner zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen im regionalen und globalen Kontext beitrage. (vgl. Frank 2007: 5; Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 186)

### 3.3.2 Aus der Russland-Perspektive

Oft ist aus Russland die Klage zu hören, es werde nicht als gleichwertiger Partner behandelt. Daher wird mit der EU und den USA Kooperation auf Augenhöhe gefordert ebenso wie Kritikverzicht auf die Verhältnisse innerhalb des eigenen Landes. (vgl. Schröder 2016: 19) Die Wahrnehmung sei laut Mangott nicht gänzlich ungerechtfertigt: ehemals ein „rule maker“ wurde Russland zum „rule taker“. Der Anspruch Russlands, als gleichberechtigte Großmacht anerkannt zu werden, seine Souveränität zu respektieren, nicht mehr in die inneren Angelegenheiten einzumischen, wurde ignoriert. (vgl. Mangott 2017) Beispiele hierfür sind NATO-Erweiterungen, der Irak-Krieg ohne Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und gegen den Willen Russlands, die Rosenrevolution in Georgien, die orange Revolution in der Ukraine, das Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien, die Anerkennung des Kosovo, die Einladung an Georgien und die Ukraine zum NATO-Beitritt. Diese Handlungen riefen bei Putin starke Enttäuschung, Verbitterung und Entfremdung hervor und ließen ihn zu einem anderen politischen Akteur als noch 2000 werden, als er noch an einer Annäherung an den Westen interessiert gewesen war. (vgl. Mangott 2017; Arbatova/Dynkin 2016: 83) Eine weitere Ablehnung Russlands war das 2008 unterbreitete Angebot Dmitrij Medwedews zur europäischen Sicherheitszusammenarbeit. Auch hier zeigten weder die europäischen Regierungen noch die USA Interesse. (vgl. Schröder 2016: 16)

Innerhalb der letzten Jahre bemängelte die russische Seite auch den Umstand, dass die Gespräche über Visaerleichterungen und die Visafreiheit nicht vorangekommen waren. Sobald von der russischen Seite Lösungsvorschläge vorgebracht wurden oder irgendeine Klärung der

Angelegenheiten abzusehen war, brachte die EU neue Sachverhalte zur Verzögerung des Prozesses ein. Die Verhandlungen bezüglich des Nachfolge-Abkommens des PKA von 1997 hatten auch große Hürden zu überwinden, bis diese von der EU aufgrund der Ereignisse in der Ukraine 2014 schließlich gänzlich eingefroren wurden. (vgl. Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union 2018a)

Der Grund für die derzeitige Konfrontation zwischen Moskau einerseits und Brüssel (und Washington) andererseits liegt „in einer Asymmetrie bei der Wahrnehmung der nationalen Prioritäten.“ (Markedonov 2015: 3) Russland und der Westen folgen generell unterschiedlichen Bezugspunkten. Dennoch sehen beide Parteien die Weltordnung und das Völkerrecht als verletzt. Europäer/innen (sowie Amerikaner/innen) bewerten das Vorgehen Russlands als außerordentliche Verletzung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen europäischen Grenzen. Für Moskau habe die Verletzung des Völkerrechts hingegen schon weitaus früher eingesetzt. Die Ukraine-Krise inklusive der „Statusveränderung“ der Krim seien nur Teil eines weiter gefächerten Prozesses, der mit dem Zerfall der Organisation des Warschauer Vertrages, der UdSSR und Jugoslawiens sowie der NATO-Osterweiterung eingesetzt habe. (vgl. Markedonov 2015: 3)

Die Ereignisse in der Ukraine seien aus russischer Sicht ebenso das Resultat des jahrzehntelangen westlichen Strebens nach globaler Vorherrschaft. Dazu habe der Westen kontinuierlich seinen Einfluss im postsowjetischen Raum ausgedehnt (siehe 2.2.1 Integrationskonkurrenz & Assoziierungsabkommen). Zu den von Russland kritisierten vergangenen Regimewechseln (siehe Seite 68) zählen unter anderem Milošević 1999 in Serbien; Saddam Hussein 2003 im Irak; die „farbigen Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine und in Kirgistan; die Aufstände des „arabischen Frühlings“ in Tunesien, Ägypten; der Sturz Gaddafis in Libyen und der aktuelle Bürgerkrieg in Syrien. (vgl. Siegert 2016: 22) Regimewechsel, wie der in der Ukraine im Februar 2014, seien Beleg für die russlandfeindliche Politik, mit der der Westen auch künftig in Russland vorgehen wolle. (vgl. Fischer 2015: 3; Siegert 2016: 22; Wehner 2016: 6)

Russland sei auch nach dem Ende des Kalten Krieges für den Westen immer nur ein Gegner geblieben und nie tatsächlicher Partner geworden, so das seit Mitte der 2000er Jahre eingesetzte russische Narrativ. Offensichtlichster Ausdruck dieser Gegnerschaft ist die bis nach Osten ausgeweitete NATO. (vgl. Siegert 2016: 22) Die befürchtete Erweiterung der NATO in Richtung Ukraine (siehe Seite 19) stellt auch eine Gefahr für den Machtanspruch des russischen

Präsidenten dar, da sie als möglicher Vorbote eines Regimewechsels gesehen wird. (vgl. Kühn 2015: 9)

Hinzu kommt die Wahrnehmung, dass zwischen der EU und der NATO kaum ein Unterschied bestehe. Nicht ganz unbegründet: Immerhin sind 22 von 28 Ländern sowohl EU-Mitglied als auch NATO-Mitglied und beide haben sich in den letzten Jahren sehr stark aneinander angenähert. (vgl. Mangott 2017) Auch die westliche Sanktionspolitik zielt auf die Schwächung Russlands ab. Somit wird die EU von der russischen Bevölkerung zunehmend als eine Akteurin wahrgenommen, die genau das tut, was sie abstreitet: Regimewechselpolitik betreiben. (vgl. Fischer 2015: 3,7)

Die EU konnte der russischen Gesellschaft die Motive für ihre Sanktionspolitik nicht erklären. Die russische Regierung hatte hingegen eine logische Erklärung und nützt diese Tatsache, um den Glauben zu bestärken, dass die westliche Sanktionspolitik auf die Schwächung und Bestrafung Russlands ausgerichtet war. (vgl. Fischer 2015: 5f,6) Wie Putin es selbst ausdrückt: „They are trying to hurt us through these sanctions, block our development and push us into political, economic and cultural isolation, force us into backwardness in other words.“ (Putin zit. nach Rutland 2014: 6)

Die europäischen (und amerikanischen) Sanktionen keimen demnach aus einer aggressiven, illegitimen und kontraproduktiven Politik. (vgl. Fischer 2015: 4) Die Verantwortung für die anhaltende Krise im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen wird letzterem zugewiesen, dabei wolle Russland selbst keine Trennlinien in Europa schaffen. (vgl. Snetkov 2017: 6)

Schuld an der globalen Instabilität sei der Westen, der andere Akteure einzudämmen versuche und dem internationalen System seine Ansichten aufdränge. (vgl. Snetkov 2017: 5) Die Forderung nach der Übernahme europäischer Grundwerte und Demokratieprinzipien wird in Russland als eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten gewertet. (vgl. Timmermann 2008: 165) Russland kann hierbei bereits Erfahrung vorweisen: Der Westen habe in den vergangenen 25 Jahren nachgewiesenermaßen liberale Organisationen und Parteien in Russland unterstützt, die für eine klare West-Bindung Russlands eingetreten waren. Ein Beispiel dafür war die Intervention in den Präsidentschaftswahlen Russlands 1996, um sicherzustellen, dass der im Rennen eigentlich weiter vorne liegende kommunistische Kandidat gegen Boris Jelzin verlor. (vgl. Mangott 2017) Russland wolle als starker Staat und als gleichberechtigte Großmacht an den eigenen spezifischen kulturhistorischen, ethischen und systemformenden Traditionen und Werten festhalten und die inneren Entwicklungen des Landes selbst gestalten.

(vgl. Timmermann 2008: 165) „Russland lehnt die liberalen Werte ab, weil sie russischen traditionellen moralischen Überzeugungen widersprechen.“ (Mangott 2017) Eine „Verwestlichung“ des Landes wird sogar als Bedrohung angesehen. (vgl. Voigt 2015a: 11)

Die EU gelte für Russland nicht als erstrebenswertes Modell für politisch-gesellschaftliche Demokratisierung, weil das westliche Wertesystem nun mal nicht „das einzig richtige“ sei. (vgl. Schröder 2016: 19; Timmermann 2008: 164) Russland lehnt die Allgemeingültigkeit des von der Europäischen Union formulierten Wertekanons ab und favorisiert ganz klar einen kulturell-zivilisatorischen Sonderweg. (vgl. Schröder 2016: 19) Die EU-Russland-Beziehung ist von vielfacher Interaktion geprägt, aber nicht von Integration in europäischem Verständnis. Zu einer Teil-Europäisierung im Sinne einer Anpassung der Gesetzgebung an bestimmte, eher technisch definierte wirtschafts- und handelspolitische Standards, Normen und Regelwerke sei Russland aber bereit. (vgl. Timmermann 2008: 164)

Der Westen strebe durch aggressive Demokratieförderung und Unterstützung einer „farbigen Revolution“ einen Regimewechsel in Russland an (siehe Seite 66). (vgl. Schröder 2016: 17; Stent 2018: 35) Durch patriotische Propaganda sowie die Darstellung des Westens als Feind lenke die Elite dagegen. (vgl. Schröder 2016: 17) Laut Snetkov bilde der Diskurs der antiwestlichen Haltungen ein instabiles und, zumindest in seinen extremsten Strängen, potentiell vorübergehendes Narrativ, da Russland weiterhin der Ansicht sei, dass die Beziehungen zum Westen geregelt werden könnten, wenn der Westen damit beginnt, Russland wieder ernst zu nehmen und als gleichberechtigten Partner zu behandeln. (vgl. Snetkov 2017: 4)

Ein möglicher NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine und Gespräche über eine engere Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU verstärkte die russische Sicht der Dinge. Die Integrationsangebote der EU wurden als Teil eines gegen das russische Regime gerichteten geopolitischen Projekts wahrgenommen. Der Westen erschien somit als Feind. (vgl. Schröder 2016: 16) Die Antwort Russlands war der Georgienkrieg, es folgte die „Krimannexion/angliederung“ und die militärische Unterstützung der Volksrepubliken im Osten. (vgl. Teltschik 2018)

Russland befindet sich nach eigener Überzeugung in einer rein defensiven Position und ist Opfer einer westlichen Expansionspolitik. (vgl. Fischer 2015: 3f; Erber/Carr/Flitti 2018: 219) Die Führung sieht ihre Politik als simple Reaktion bzw. als Verteidigung auf europäische Aktionen. (vgl. Wehner 2016: 6)



Russland übt seit Jahren scharfe Kritik an der NATO. (vgl. Wieck 2009: 173) Die NATO-Osterweiterungen gelten als Beweis dafür, dass Russland aus westlicher Sicht immer Gegner geblieben sei. (vgl. Siegert 2016: 22) Der Westen habe die NATO, wie auch die EU, bis an die Grenzen der GUS-Staaten erweitert. Daher überrasche es nicht, dass die russische Regierung unter Jelzin noch duldend, unter Putin aber hingegen offen Kritik übend begonnen habe, Maßnahmen gegen die, so wahrgenommene, militärische Einkreisung einzuleiten. Aus westlicher Sicht sind die sicherheitspolitischen Befürchtungen realitätsfern, für Russland deshalb aber nicht weniger wahr und hätten daher von Beginn an ernst genommen werden müssen. (vgl. Teltschik 2018; Wehner 2016: 7) Neben den ständigen Erweiterungen der NATO in Richtung russischer Grenzen gilt auch eine Reihe rüstungspolitischer Entscheidungen wie beispielsweise die Nichtratifizierung des angepassten KSE-Vertrags von 1999 und die Stationierung von Raketenabwehrraketen bzw. Radaranlagen in Polen und Tschechien als Taktiken Europas gegen Russland. (vgl. Wieck 2009: 173)

Das ehemalige USA- und NATO-Versprechen, Russland in die Entwicklung einzubeziehen, wurde ebenso nicht eingehalten. (vgl. Teltschik 2018) Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre Russland zum NATO-Beitritt eingeladen oder zumindest zur Politik der NATO-Erweiterung hinzugezogen worden, wäre es 2008 nicht zum Kaukasuskrieg gekommen. Hätte man Russland infolge an der „Östlichen Partnerschaft“ teilnehmen lassen, wäre wiederum der Ukraine-Konflikt nicht aufgekommen, so Arbatova und Dynkin. Solange sich Russland mit der EU und der NATO einen Kontinent teile, welche beide über eine enorme ökonomische, technologische und militärische Kraft verfügen, wird „ohne Russland“ immer als „gegen Russland“ interpretiert werden. (vgl. Arbatova/Dynkin 2016: 84)

Der Neorealist Mearsheimer sieht die Ukraine als „Pufferstaat“ mit enormer strategischer Bedeutung für Russland. Die Ausweitung der NATO bis in die Ukraine sei seiner Schlussfolgerung nach eine existenzielle Bedrohung für die russische Sicherheit. (vgl. Mearsheimer zit. nach Kühn 2015: 8) Diese neorealistische Sicht der Dinge helfe, die grundlegende Logik des russischen Handelns zu verstehen, da sie den Wirkungsgrad der NATO-Erweiterung erkenne. (vgl. Kühn 2015: 8) Auch auf die als aggressiv und für Russland gefährlich gedeuteten Schritte in Form des momentanen Ausbaus neuer NATO-Stützpunkte und der militärischen Infrastruktur an den russischen Grenzen wolle Putin angemessen reagieren, wie er im Juli 2018 verlautbaren ließ. (vgl. Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union 2018)

Zuallerletzt an die Frage, ob Russland die EU spalten möchte? Für Siegert weisen zu viele Umstände auf den Wunsch (aber eben keine Strategie) und die vielfältige Praxis zur nachhaltigen Schwächung dessen hin, was in Russland als die „westliche Weltordnung“ bezeichnet wird. (vgl. Siegert 2017: 14) Alle russischen Maßnahmen seien wohlüberlegt und von ganz oben veranlasst. Der Kreml habe die Verwundbarkeit Europas erkannt und darauf abzielend eine Politik der Einflussnahme entwickelt. Russland habe kein Interesse an einer stabilen EU, also tue man alles, um die EU zu schwächen, so Stent. (vgl. Stent 2018: 30) Für Wehner sei ebenso klar, Russland möchte den Westen schwächen und die EU spalten. Aus diesem Grund unterstütze der Kreml die europafeindlichen, extremistischen Kräfte in Europa sowie all jene, die gegen ein geeintes Europa sind. Dazu wurden die Problematiken innerhalb der Europäischen Union, wie die Flüchtlingswelle und Asylpolitik, betont und die Öffentlichkeit mittels der besprochenen Medienkanäle gegen die EU aufgebracht. (vgl. Wehner 2016: 6) Der Aussage, dass Russland die EU zerrütten und sogar zerschlagen wolle, stimmt auch Mangott zu. (vgl. Mangott 2017)

Russland ist unter Putin zwar wieder erstarkt, aber bei weitem nicht so stark wie es die Sowjetunion einst gewesen ist. Siegert verwendet in Bezug auf die russische Einmischung in innereuropäische Angelegenheiten den Begriff der „Hysterie“. Diese zeuge aber mehr von der europäischen Schwäche bzw. Verunsicherung als von der Stärke Russlands. Der Westen leide an Selbstviktimisierung und Putin würde zu einem fast allmächtigen Giganten aufgeblasen, der in Wahrheit nur halb so viel könne, wie ihm zugeschrieben wird, so Siegert. (vgl. Siegert 2017: 14) Die Vorwürfe gegen Russland offenbaren wohl eher die zunehmende Orientierungslosigkeit und die tiefe politische und gesellschaftliche Krise des Westens selbst, stimmt auch Dubowy zu. Ernstzunehmende und stichhaltige Beweise für die Destabilisierungsvorwürfe dürften ohnehin ausbleiben. (vgl. Honsig-Erlenburg 2018) Außerdem würde Russland kaum vom Zusammenbruch der europäischen Integration profitieren, so auch Inosemzew. (vgl. Inosemzew 2018: 25)

Die Umgehung Brüssels über bilaterale Kanäle, vor allem im Blick auf Deutschland, Frankreich und Italien, wird häufig als Versuch der massiven Einflussnahme, auf die damals noch gemeinsame Linie der EU-28, und gelegentlich als Taktik zur Spaltung der Europäischen Union wahrgenommen. Zu Unrecht, wie Timmermann begründet: *Erstens* könne es Russland niemand verdenken, seine Chancen pragmatistisch zu nützen, wenn EU-Mitgliedstaaten im Zweifel nationale Interessen über gemeinschaftliche Ziele stellen und die EU selbst nicht die notwendige innere Kohärenz und Integration schaffe. *Zweitens* habe Russland wiederholt sein Interesse an

einer starken und einheitlich auftretenden Europäischen Union bekundet. (vgl. Timmermann 2008: 162,162f,163) Auch Horst Teltschik beantwortete diesen Vorwurf damit, dass Putin kein Interesse an einem zerstrittenen Europa habe, weil Russland sonst kaum noch Partner hätte. Der Versuch der Zusammenarbeit mit China auf gleicher Augenhöhe sei nur begrenzt erfolgreich. Wenn Putin wirklich Partner haben möchte, die ihm auch zuhause weiterhelfen können, dann sind es nur Europäer/innen, erklärte er. (vgl. Auernheimer 2018)

## 4. AUßENPOLITIK DER EU & NATIONALE PERSPEKTIVEN AUSGEWÄHLTER EU-MITGLIEDSTAATEN

### **4.1 Russlandpolitik der EU: Faktor USA**

In der russischen Führung wird die Europäische Union nicht als selbstständig, sondern als von den USA politisch abhängig, gesehen. (vgl. Mangott 2017) Im besten Fall könne man sagen, die EU leide an einer verminderten Projektionsfähigkeit gegenüber den USA. (vgl. Lacher 2015: 241) Im Folgenden wird erklärt, womit sich diese Sichtweise belegen ließe.

Die geschichtliche und sicherheitspolitische Verflechtung mit den USA sei offensichtlich ein Faktum der EU-europäischen Identität, so die Dissertation von Lacher. Die EU und die USA sind durch eine über 100-jährige sicherheits- und wirtschaftspolitische Partnerschaft verbunden. Die Sicherheitspolitik der EU ist untrennbar mit der NATO und damit mit den USA verzahnt. Die EU wählte Interdependenz, die übrigens einseitig ausgeprägt ist, und akzeptierte damit die eigene Verletzlichkeit. In Anbetracht dieser Situation gilt die Auflösung der beiderseitigen Vernetzung als unwahrscheinlich. Die Verwundbarkeit der Außen- und Sicherheitspolitik der EU, basierend auf der untrennbaren Verbindung mit der NATO und der damit einhergehenden Interventionsebene für US-amerikanische Interessen, lasse eine eigenständige Positionierung der EU nur bedingt erwarten. So sei beispielsweise das TTIP-Handelsabkommen oder allgemein etwaige engere Kooperationen mit der USA nicht „als Synergie der Fähigkeiten und Kapazitäten gleichwertiger Partner“ zu bewerten, sondern als eine Einordnung der EU unter das Primat der USA. Das sei bei den Optionen der EU zu berücksichtigen. (vgl. Lacher 2015: 239,241,241f,242)

Somit verwundert es auch nicht, wenn amerikanische Vertreter/innen sich im Namen der EU auf EU-Territorium zu sprechen erlauben. So tat es beispielsweise Kurt Volker 2018, Sonderbeauftragter der USA für die Ukraine, bei einem Italienbesuch. Auf die Frage, was er von den aktuellen Diskussionen innerhalb des italienischen Parlaments bezüglich der Russlandsanktionen hielte, antwortete er, dass im Falle einer Abschwächung der Sanktionen, Italien mit Problemen innerhalb der EU konfrontiert sähe. Der russische Außenminister Lawrow sah in Volkers Aussage eine eindeutige Drohung gegenüber Italien. (vgl. Russisches Außenministerium 2018c) Auf die Versuche der EU, mittels der GASP und der GSVP eine zumindest ansatzweise eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, reagierte die USA widersprüchlich. Einerseits werden derartige Initiativen begrüßt, andererseits wird eine

allzu große Verselbständigung von den US-amerikanischen Interessen kritisiert und schlussendlich torpediert. Die mangelnde innere Kohäsion der EU bietet dafür auch eine breite Angriffsfläche. (vgl. Lacher 2015: 239f,240)

Zusammenfassend lässt sich annehmen, dass die amerikanische Außenpolitik gegenüber der EU folgende Punkte<sup>20</sup> umfasst: Da die Europäer/innen viel zu wenig Ressourcen für die militärische Sicherheitspolitik aufwenden, besteht weiterhin eine sicherheitspolitische Abhängigkeit der EU von den USA, Absicht der USA ist es, diese Abhängigkeit der EU zu bewahren; die USA fördern im Grundsatz die wirtschaftliche Verflechtung mit der EU und sehen eine weitere Festigung der Union meist positiv. Die Schlüsselaussage dieses Unterkapitels ist, dass eine eigenständige Politik gegenüber Russland (sowie China) und eine Emanzipation von den USA vermutlich zu verhindern versucht werde. (vgl. Lacher 2015: 241)

Laut Haukkala haben die USA die Sanktionsbeschlüsse angeführt und die EU sei einfach nachgezogen. (vgl. Haukkala 2015: 35) Auch Russland sieht in den Sanktionen ein Produkt des US-amerikanischen Unilateralismus (siehe Kapitel 2.2.4 Sanktionen: Faktor USA). Die Tatsache, dass Washington und seine europäischen Verbündeten den übrigen EU-Staaten eine Politik aufgezwungen haben, die ihren Interessen widerspricht, bewiese „einmal mehr“ die Schwäche der EU und die Dominanz der USA in den transatlantischen Beziehungen. (vgl. Fischer 2015: 4)

Der Exportverlust der sanktionierenden westlichen Länder beläuft sich auf 44 Mrd. USD bzw. 37,5 Mrd. EUR. Davon entfallen 90% auf EU-Länder. Der USA-Russland-Handel beträgt nur ein Zehntel des EU-Russland-Handels. Der Unterschied im Grad der Betroffenheit liegt daran, dass Deutschland prozentual gesehen fast 40% des gesamten durch die Sanktionen verlorenen Handels mit Russland trägt. Vergleichsweise büßen das Vereinigte Königreich 7,9%, Frankreich 4,1% und die USA nur magere 0,6% ein. Die Kosten der Sanktionen tragen also ganz offensichtlich die europäischen Länder, insbesondere Deutschland, mit einem Anteil von 25% des gesamten EU-Russland-Handels und Russland selbst. Die oft vernommene These, US-Unternehmen würden aufgrund einer cleveren Sanktionspolitik Marktanteile in Russland gewinnen, lässt sich mit Handelsstatistiken nicht belegen. (vgl. Ost-Ausschuss 2018: 12) Die

---

20 Das trifft auf jeden Fall auf die Politik der USA bis inklusive der Amtszeit von Barack Obama zu. Die Politik von Präsident Donald Trump weicht von dieser ab, allerdings ist noch nicht festzustellen, welcher Ausrichtung seine Agenda folgt.

größten Gewinner der Sanktionen sind trotzdem die USA, so der Präsident des Österreichisch-Russischen Geschäftsrates, Wladimir Artjakov. (vgl. Kischko/Sileitsch-Parzer 2018)

## **4.2 Schwächen der EU**

Vor einigen Jahren klang es noch so, als ob Russland sich durch den starken Westen bedroht fühlte – eingekreist durch die NATO, die „legitime“ russische Sicherheitsinteressen missachtete und immer näher an die russischen Grenzen rückte. Nun ist Russland deutlich selbstbewusster und im Westen die Meinung immer lauter geworden, Russland wolle die dortigen Gesellschaften unterminieren und führe gar einen „hybriden Krieg“. Siegert markiert den Beginn dieser Umkehrung irgendwann nach der Rede Putins auf der Sicherheitskonferenz in München. Die Entwicklungsrichtung wurde durch russisches Handeln im Jahr 2014 einer breiteren Öffentlichkeit bewusst. Parallel begann man immer öfter von einer Schwäche des Westens zu sprechen. Im Sommer 2015 griffen russische Militäreinheiten in den (Bürger-)Krieg in Syrien ein, ohne dass die USA und ihre Verbündeten etwas dagegen taten oder gar tun konnten. Daraufhin wurde die Rede von der Schwäche des Westens noch lauter. Der beschlossene Brexit und vor allem der Wahlsieg Donald Trumps machten sie aber zu einem vorherrschenden Trend. (vgl. Siegert 2017: 12,12f,13)

Europa steht vor neuen Herausforderungen: von militärischen Konflikten in der Peripherie Europas über Terrorismus, Migration, Klimawandel bis hin zur Energie- und Rohstoffsicherheit. Durch das außenpolitische Auftreten Russlands, Chinas verstärkte Machtprojektion nach außen, den vermehrt nach innen gerichteten Fokus der aktuellen US-Regierung, den Brexit, den existenten Rechtsruck, diversen politischen Differenzen und sozialen Spannungen veränderten sich die Rahmenbedingungen gravierend. Um diese Schwierigkeiten zu bewältigen, müssten die EU-Mitgliedstaaten vor allem gemeinsam auf die neuen Herausforderungen reagieren. (vgl. Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 198)

Das gegenwärtige Europa ist durch eine Vielzahl eben genannter Krisen geprägt und verliert in einem globalen Kontext deutlich an Macht. Die folgenden beschriebenen Entwicklungen sind konkrete Gefahren für den Zusammenhalt und damit perspektivisch auch für die Sicherheit der EU. (vgl. Zellner 2016: 2; Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 198)

Mangelnde Gewaltenteilung, organisierte Kriminalität und Korruption in den Nationalstaaten sind gefährliche Herausforderungen für die innere Stabilität der EU. *Erstens* schaffen sie Ansatzpunkte für den Einfluss außenstehender Player wie Russland und China. *Zweitens* kommt es zu direkten Folgen für die innere Sicherheit aller EU-Mitglieder, wenn staatliche Strukturen einzelner Staaten nicht mehr aktiv den Drogen-, Menschenhandel oder organisiertes Verbrechen bekämpfen, sondern oft selbst Teil derartiger Strukturen sind. Einzelne Mitgliedstaaten der EU drohen zu „captured states“ zu werden. In einem ernstem Konfliktfall blieben diese Tatsachen vermutlich nicht ohne Einfluss auf die Entscheidungsfreiheit der betroffenen Regierungen, sofern die EU nicht aktiv gegensteuert. Perspektivisch gefährden die zunehmenden politischen Differenzen zwischen „alten“ EU-Mitgliedstaaten und der Kommission auf der einen Seite und den mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten auf der anderen Seite ebenfalls den Zusammenhalt innerhalb der EU. (vgl. Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 190,190f,191)

Hinzu kommen die erstarkten rechten bis rechtsextremen, nationalistischen und populistischen Parteien, die zurzeit auch Mehrheiten und Regierungen in mehreren EU-Mitgliedstaaten bilden. Diese entfernen sich zunehmend vom gemeinsamen Acquis und positionieren sich teilweise sogar deutlich gegen die EU. Offen findet das beispielsweise schon in Polen oder Ungarn statt, versteckter etwa in Bulgarien oder Rumänien, wo deren Regierungen offiziell nicht bzw. kaum europäischen Grundpositionen widersprechen, aber die politische Praxis oft sehr weit von gemeinsamen Grundwerten entfernt ist. Es besteht daher die Gefahr, dass die EU bald keine Wertegemeinschaft mehr bildet und stattdessen zu einem reinen Zweckbündnis degradiert. (vgl. Neyer 2016: 388; Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 190; Zellner 2016: 2)

Nicht zu vernachlässigen bleibt die sich im Zuge der Griechenlandkrise manifestierende soziale Spaltung Europas in einen relativ wohlhabenden Norden und einen weniger wohlhabenden Süden. Das stellt eine nicht zu unterschätzende Gefahr für den Zusammenhalt und die Sicherheit dar. Die Fähigkeit der EU, strategisch zu handeln, wird von dieser wirtschaftlichen Nord-Süd-Spaltung und allgemeiner Entsolidarisierung eingeengt. (vgl. Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 189; Zellner 2016: 2)

Staaten mit hoher Verschuldung, wie Zypern, öffnen sich Investoren, die auch eine politische Agenda mitbringen, wie z. B. China und Russland. Die anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit mancher Länder bereitet den Nährboden für Radikalisierung und politische Einflussnahme. (vgl. Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 189f,190) Die innere Schwäche der EU und die zunehmenden Zweifel vieler Mitgliedstaaten an ihrer demokratischen Verfassung lassen

einfache Entscheidungen und auf der Idee abgeschotteter Nationalstaaten aufbauende Konzepte immer attraktiver erscheinen. (vgl. Siegert 2016: 24)

Diese Defekte finden ihre Zuspitzung in der Unfähigkeit Europas, in Außen- und Migrationspolitik mit „einer Stimme“ zu sprechen. Angefangen bei der anderen EU-Mitgliedstaaten gegenüber politisch rücksichtslosen Umsetzung des „Nord Stream 2“-Projektes bis hin zu den Dissonanzen in der Russlandpolitik, zeigt sich Europa uneinig. Stattdessen prägen einzelstaatliche Politiken und minilaterale Kooperationen einzelner Staaten das allgemeine Bild. (vgl. Neyer 2016: 387f,388)

#### **4.3 Innere Uneinigkeit der EU: eine Stimme?**

Die besprochene Schwäche der EU ist zu einem beträchtlichen Teil auf die fehlende Kohäsion zurückzuführen.

Beispiele für die bestehenden Uneinigkeiten innerhalb der EU betreffen essentielle Themen. Angefangen mit dem Nahostkonflikt, zuletzt wieder durch die umstrittene Umsiedlung der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem entfacht. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini stellt dazu klar: Eine einseitige Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt komme für die EU nicht infrage. Eine gemeinsame Zurückweisung hatte die EU aufgrund der fehlenden Einstimmigkeit nicht zustande gebracht. Ungarn hatte sich gegen eine gemeinsame Erklärung quergelegt, was wiederum Luxemburg empörte und Tschechiens Präsident Miloš Zeman habe bereits vor Jahren vorgeschlagen, die tschechische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. Der Graben, der sich zwischen den Visegrád-Staaten und dem Rest der EU aufzutun scheint, erschwere den ohnedies komplizierten Kurs der EU gegenüber Israel. (vgl. Steiner-Gashi 2017)

Die europäische Flüchtlingspolitik im Gesamten ist ein riesiger Bereich der Unstimmigkeit für sich – Stichwort: verpflichtende Flüchtlingsverteilung. Der Zustrom an Schutzsuchenden hat den mangelnden Zusammenhalt in der EU und die tiefgründigen Divergenzen offenbart, die zwischen den Mitgliedstaaten mit Blick auf zentrale Werte der EU bestehen: arm gegen reich, Ost gegen West. Die Visegrád-Staaten weigern sich, die gefassten Beschlüsse über ein Quotensystem zur Flüchtlingsverteilung mitzutragen. (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2016: 385) Die deutsche Regierung jedoch fordert europäische Solidarität ein. Aus Gründen der



Gerechtigkeit müsse eine faire Lastenverteilung unter den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden. (vgl. Neyer 2016: 389)

Ende August 2018 wollte der österreichische Verteidigungsminister Mario Kunasek die EU-Partner von militärischen Assistenzeinsätzen zur Kontrolle der illegalen Migration überzeugen. Das dazu vorbereitete Papier schlägt unter anderem eine Ausweitung des bestehenden Mandats für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU vor. Das überzeugte nicht alle. Bis der Grenzschutz an den EU-Außengrenzen weiters „wirklich funktioniert“, sollen „nationalen Grenzraumkontrollen“ stattfinden. Damit würden die bilateralen Kontrollen vorerst sogar militärisch verstärkt werden. Der EU-Kommission und auch einzelnen EU-Mitgliedstaaten gingen die Grenzkontrollen innerhalb der EU bereits zum damaligen Zeitpunkt zu weit. (vgl. Böhm 2018)

Wie bereits in Kapitel 3.2 Europäisch-russische Energiebeziehungen ausführlich erörtert, erfüllt die Europäische Union auch nicht das Ziel einer kohärenten Energiepolitik. Hier ist keine gesamteuropäische Haltung gegenüber Erzeuger- und Transitländern auszumachen und Russland ist dabei als Rohstofflieferant essentiell.

Allgemein ist die Politik gegenüber Russland<sup>21</sup> ein weiteres entzweieendes Thema innerhalb der EU (vgl. Mangott 2018), was anhand verschiedener Positionierungen der EU-Mitglieder in der Sanktionsfrage zu erkennen ist (siehe dazu 2.2.3 Innere Uneinigkeit der EU: Russlandsanktionen). Ein weiteres Beispiel hierfür waren die Überlegungen, die Ukraine im Kampf gegen die Separatist/innen zu unterstützen. Die baltischen Staaten und Polen waren dafür, andere, wie Italien, Ungarn und Österreich, hingegen zögerten. (vgl. Dobbert 2015: 2) Aber auch im EU-Gefüge selbst existieren unterschiedliche Haltungen gegenüber Russland. Die EU-Kommission und das Europäische Parlament sprechen sich vor allem aus wirtschaftlichen und energiepolitischen Gründen für die Nähe zu Russland aus. Der Rat der Union nimmt, primär bedingt durch die nationalen Interessensdivergenzen, eine inhomogene Position ein. (vgl. Frank 2007: 6)

Aufgrund der besprochenen Kohäsionsschwierigkeiten bezüglich der Russlandpolitik, misst Moskau der EU keine große bzw. eine eingeschränkte außenpolitische Handlungsfähigkeit zu. (vgl. Timmermann 2008: 162) Deshalb werden bilaterale Beziehungen mit den als mächtig erachteten europäischen Staaten wie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien den Kontakten auf Unionsebene vorgezogen. (vgl. Frank 2007: 4; Mangott 2017; Snetkov 2017: 6)

---

21 Auch schon vor den Sanktionen und den Ereignissen des Jahres 2014.

Für Russland herrsche außerdem mangelnde Transparenz über die Zuständigkeiten zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten vor, so Sokolov. (vgl. Sokolov zit. nach Romanova 2016: 783) Das sei der Grund, weshalb immer mit nationalen Regierungen zu kooperieren versucht wird, besonders wenn es zu einer Verbesserung der Beziehung im Vergleich zum EU-Dialog führt. (vgl. Romanova/Pavlova zit. nach Romanova 2016: 783) Deshalb habe der russische Präsident die Königsbergfrage beispielsweise direkt mit dem französischen, Wirtschafts- und Energiefragen mit dem deutschen und den Krieg in Tschetschenien direkt mit dem italienischen Regierungschef besprochen. (vgl. Grant zit. nach Frank 2007: 6) Laut Frank aber ist diese Bilateralisierung der russischen Politik eine Instrumentalisierung der Uneinigkeit innerhalb der EU. (vgl. Frank 2007: 6)

Das Fehlen „der gemeinsamen Stimme“ ist unangefochten das grundlegendste Problem der EU. Dessen Lösung wird sowohl von Politikern und Politikerinnen als auch in akademischen Kreisen für die Zukunft und das Wohl der EU gefordert. Denn die Mitgliedstaaten der EU müssen zu einer kohärenten und handlungsfähigeren Außen- und Sicherheitspolitik kommen, um die vor sich liegenden Aufgaben zu bewältigen. (vgl. Rudischhauser/Kolb/Mehrer/Lukas/Paradies 2018: 198) Die Welt ist im Wandel und in dieser müsse sich die EU als eine gemeinsam handelnde globale Akteurin einbringen und allzeit nach außen und innen handlungsfähig sein, um mit ihrer Stimme in der Welt ernst genommen zu werden. Vor allem in der Außenpolitik bräuchte es sehr viel mehr Gemeinsamkeit, so Angela Merkel. Deutschland und Frankreich können zwar an vielen Stellen Anstöße geben, das schlussendliche Handeln der EU müsse aber ein gemeinsames sein. Es solle untereinander und mit Frankreich<sup>22</sup> als Europäer/innen gemeinsam gehandelt werden, so Merkel. (vgl. Gutschker/Lohse 2018) Auf die Frage, wo die EU in den nächsten fünf oder zehn Jahren stehen solle, antwortet die deutsche Bundeskanzlerin folgendermaßen:

„Mein Ziel ist es, dass man in der Welt weiß: Europa agiert außenpolitisch mit einer Stimme. Europa soll sich als wirtschaftsstarker Kontinent präsentieren, der bei den Innovationen, die entscheidend für unseren Wohlstand sind, an der Spitze steht. Europa soll wahrgenommen werden als starke Stimme im Konzert der globalen Akteure, wenn es um die Bewahrung der Schöpfung und den Klimaschutz geht. Es soll klar sein, dass wir wertebunden handeln und uns an den Menschenrechten orientieren, [...].“ (Merkel, Angela zit. nach Gutschker/Lohse 2018)

---

22 Nach dem Austritt Großbritanniens einziges verbleibendes EU-Mitglied mit ständigem Sitz im UN Sicherheitsrat.

## **4.4 Nationale Perspektiven ausgewählter EU-Mitgliedstaaten**

### 4.4.1 Deutschland

#### 4.4.1.1 Zur Einbettung der aktuellen Beziehungen

Bis zur Mitte der 1990er Jahre sah Deutschland Russland als „einen gestrauchelten Riesen“. Das Land wurde als derart problematisch angesehen, dass man glaubte, es sei zum Erhalt des eigenen Staatswesens unmittelbar auf westliche Hilfe angewiesen. (vgl. Roos 2010: 191)

Während Michail Gorbatschow noch eine grundlegende Reform des sowjetischen Systems anvisierte, wollte Jelzin das sowjetische System beenden und eine kapitalistische Ordnung einführen. Er strebte eine Verwestlichung Russlands an. Die gemeinsamen rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien aller europäischen Staaten wurden nun auch für Russland angestrebt. Es trat 1996 dem Europarat bei und ratifizierte 1998 die Europäische Menschenrechtskonvention, akzeptierte Vereinbarungen die konventionelle Abrüstung, die militärische Vertrauensbildung und das außen- und sicherheitspolitische Selbstbestimmungsrecht aller Staaten betreffend. Ein Schritt in Richtung gesamteuropäischer Friedensordnung unter Einbindung Russlands wurde gesetzt. Die Grundbedingungen für die deutsche Ost- und Russlandpolitik veränderten sich also in eine grundlegend positive Richtung. (vgl. Voigt 2014: 2) In der Zwischenzeit entstand zwischen Jelzin und Helmut Kohl eine persönliche Freundschaft. (vgl. Stewart 2013: 16)

Gegen Ende der 1990er Jahre begann sich die deutsche Russlandpolitik deutlich zu wandeln. Man sah Russland wieder als fähig, auf eigenen Beinen zu stehen. Hatte sich die Bundesregierung früher aufgrund der gegebenen „distribution of capabilities“ lange Jahre dazu befähigt gesehen, Russland zu unterstützen und sogar den Kurs der russischen Politik maßgeblich mitzubestimmen, hatten sich die Machtverhältnisse so verändert, dass Russland zum bedeutsamen strategischen Partner wurde. (vgl. Roos 2010: 193,194) Russland wurde fortan als „wichtiger Partner bei der Bewältigung von regionalen und globalen Herausforderungen, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und im Verhältnis zu den Staaten seiner unmittelbaren Nachbarschaft“ beschrieben. Das Verhältnis änderte sich drastisch, vor allen Dingen angesichts der zunehmenden Bedeutung Russlands für die deutsche und europäische Energieversorgung. Die anfänglich einseitige Abhängigkeit Russlands von deutschen Hilfsleistungen drohte, in die Abhängigkeit der gesamten EU von russischen Energielieferungen abzudriften. (vgl. Roos 2010: 194,194f)

Im Jahr 1998 wurde Gerhard Schröder Kanzler und Putin übernahm 1999 die Amtsgeschäfte des Präsidenten Russlands. Auch hier bahnte sich eine persönliche Freundschaft an, zudem konnte diese Beziehung auf der positiven Basis aus der Zeit Jelzins und Kohls aufbauen. (vgl. Stewart 2013: 16,17) Kanzler Schröder wurde nicht müde die Tatsache zu betonen, dass beide Länder bei allen wichtigen internationalen Belangen übereinstimmen, beispielsweise im Irakkrieg. (vgl. Spanger/Zagorsky zit. nach Stewart 2013: 18) Bei der notwendigen Kritik bezüglich russischer Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien war er hingegen zurückhaltend. (vgl. Stewart 2013: 18)

Alles lief auf das Gründungsziel der „strategischen ökonomischen Partnerschaft“ hinaus. Die Kooperation umfasste nun also auch eine wirtschaftliche Komponente, die Putin 2003 sogar als den Grundstein der bilateralen Deutschland-Russland-Beziehungen bezeichnete. (vgl. Meier zit. nach Stewart 2013: 17) Der Großteil des Exports aus Russland umfasste Energiequellen und Rohstoffe, besonders Erdgas und Öl. Das in diesem Zusammenhang relevante „Nord Stream“-Projekt ist zum Sinnbild der deutsch-russischen Beziehung geworden. Die Pipeline passte nach dem Beschluss des schrittweisen Ausstieges aus der Atomkraft und der Reduktion von Kohle in die deutsche Energiestrategie. Beide Staaten waren zufrieden, der deutsche Gasbedarf gedeckt, die Beziehungen weiter verbessert und der Weg für noch lukrativere Geschäfte geebnet. Allerdings kam es für Deutschland zu erheblichen Problemen innerhalb der EU. „Nord Stream“ wurde als Zeichen fehlender Solidarität zu anderen EU-Mitgliedstaaten gewertet. Polen war zudem wegen der Tatsache besorgt, dass die Versorgung der östlichen und der westlichen europäischen Staaten nun voneinander unabhängig verlief. Generell galt diese Kooperation mit Russland als Nachweis der deutschen „Russia first“-Politik. (vgl. Stewart 2013: 17,19,20)

Schröders Politik wurde als Einfrierung deutscher demokratischer Werte zugunsten einer zynischen „Realpolitik“ interpretiert, die aus der bedingungslosen Unterstützung von Putin und der Lobbyisierung deutscher Interessen in Russland bestehe. (vgl. Zagorsky zit. nach Stewart 2013: 19) Für die Amtszeit Schröders ist festzuhalten, dass die deutsch-russische Beziehung in hohem Maße personalisiert wurde, es ihr an Transparenz mangelte, sie am oberen Ende der politischen und ökonomischen Hierarchie konzentriert und primär auf Deutschlands Interessen und nicht auf die der gesamten EU ausgelegt waren. Die deutsch-russische ökonomische Beziehung hatte in vielen Bereichen floriert und konnte auf die Unterstützung der Bundesregierung zählen. (vgl. Stewart 2013: 17,21)

Die Wirtschaftslobby übt generell einen starken Einfluss auf die deutsche Russlandpolitik aus. Ein deutscher Diplomat behauptete sogar, die deutsche Russlandpolitik existiere auf zwei

unabhängigen Ebenen: auf der wirtschaftlichen und auf der politischen. (vgl. Kalinin 2016: 155) Die fehlende Kommunikation zwischen den beiden verhindere laut Meister eine nüchterne Analyse der russischen Entwicklungen und mache Russland zum Gegenstand einer innerdeutschen Auseinandersetzung. Aus der Auswahl von nur zwei Optionen folge entweder wirtschaftliche Zusammenarbeit oder Schutz der Menschenrechte. (vgl. Meister zit. nach Kalinin 2016: 155)

Als Angela Merkel 2005 ihr Amt als Kanzlerin antrat, erwartete man eine deutliche Verhaltensänderung gegenüber Russland. Stattdessen ließen die Businessinteressen in Russland nicht in ihrer Intensität nach: Wichtige Deals zwischen deutschen und russischen Unternehmen wurden abgeschlossen. Deutschland blieb beim „Nord Stream“-Projekt und half Russland dabei, in wichtigen internationalen Organisationen Fuß zu fassen. Im Jahr 2008 stimmte Deutschland beim NATO-Gipfel sogar gegen den MAP<sup>23</sup> für die Ukraine und Georgien. Offiziell zweifelte man die Reife der beiden Länder für MAP an: aufgrund territorialer Probleme in Georgien und der größtenteils negativen Einstellung der Bevölkerung gegenüber der NATO in der Ukraine. Vermutlich ging es hierbei aber darum, Russland nicht gegen sich aufzubringen. Das Veto schürte nochmals den Eindruck, Deutschland betreibe eine „Russia first“-Politik. (vgl. Stewart 2013: 21-23; Voigt 2015a: 12) Deutsche Außenpolitik sei in einem stärkeren Maße auf eine „gesamteuropäische Friedensordnung“ ausgerichtet und scheue daher tendenziell die Konfrontation mit Russland, so Kalinin. (vgl. Kalinin 2016: 159)

In einem Interview sagte Steinmeier 2007, der heutige Bundespräsident Deutschlands und damals in der Funktion des Außenministers, Russland sei ein großer Nachbarstaat, mit dem Deutschland, unabhängig von der Regierungsform, gute Beziehungen zu pflegen habe. Eine Intensivierung der bestehenden Beziehungen zur Russland – sowohl in der wirtschaftlichen Sphäre wie allgemein – wurde erwünscht. (vgl. Stewart 2013: 22) Ähnlich hielt der CDU-Politiker Andreas Schockenhoff eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland für alternativlos: „Russland ist aufgrund seiner Lage und seiner Größe, seines politischen und militärischen Gewichts, seines Energiereichtums und seines wirtschaftlichen Potentials für die EU von strategischer Bedeutung.“ (Schockenhoff zit. nach Timmermann 2008: 174,174f)

Der 2008 stattgefundenen Kaukasuskrieg blieb nicht ohne Auswirkungen auf die deutsch-russische Beziehung und war auch für die deutsche Russlandpolitik innerhalb der EU höchst relevant. Merkel kritisierte Russlands Handeln eindeutig als unangemessen und verurteilte die russische Unabhängigkeitsanerkennung von Abchasien und Südossetien. (vgl. Pressekonferenz

---

23 „Membership Action Plan“

zit. nach Stewart 2013: 24) Die deutsch-russischen Regierungskonsultationen sowie der „Petersburger Dialog“ fanden im selben Jahr dennoch ungestört statt. Allgemein war man in Deutschland an einer raschen Rückkehr zum „business as usual“ interessiert, sowohl auf EU- wie auch auf Nationalstaatsebene. (vgl. Stewart 2013: 23,24)

Ebenso unter Merkel wurde die Modernisierungspartnerschaft, Deutschlands Russlandstrategie, umgesetzt. Diese war darauf ausgerichtet, demokratische und marktwirtschaftliche Institutionen durch die Unterstützung der Zivilgesellschaft zu stärken. Wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Demokratie, der Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft in Russland sollten gefördert werden. (vgl. Auswärtiges Amt zit. nach Kalinin 2016: 183) Wie an den Demonstrationen 2011/2012 deutlich erkennbar, wächst über die wirtschaftliche Zusammenarbeit auch das Interesse des russischen Mittelstandes und liberaler Teile der Mittelschicht an der Übereinstimmung des Verfassungstextes mit der Verfassungswirklichkeit. (vgl. Il'in zit. nach Kalinin 2016: 186) Um diese Bevölkerungsgruppe (insbesondere in den Regionen) zu stärken und auf diesem Wege die Basis für Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozesse zu vergrößern, bedurfte es einer breit angelegten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenarbeit mit Russland, die im Rahmen der Modernisierungspartnerschaft gewährleistet werden konnte, so die Annahme. (vgl. Kalinin 2016: 189)

Meister sieht die „deutsche Leidenschaft, Russland nach innen demokratisieren und in Europa integrieren zu wollen“ auf naiven Annahmen basierend, was nur zu Frustrationen führe. (Kalinin 2016: 185) Die Modernisierungspartnerschaft sei nicht an russische Realitäten angepasst und schlecht für die EU, die ohne deutsche Führung aus der „Sackgasse ihrer Beziehungen zu Russland nicht herauskommen“ werde. (vgl. Kalinin 2016: 190)

Unter der schwarz-gelben Kollation in den Jahren 2009 bis 2013 verschlechterten sich die besonderen Beziehungen der Vorjahre. Mit Kritik an Russland wurde nicht gespart, aber es wurden auch keine neuen Ideen für eine konstruktive Russlandpolitik angeboten. Der Fokus auf Osteuropa hatte allgemein nachgelassen, nicht zuletzt aufgrund der Euro-Krise, des „Arabischen Frühlings“ und des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. (vgl. Kalinin 2016: 153,190) Die Russlandpolitik wanderte in den Zuständigkeitsbereich des Kanzleramts und des Bundestags. Kanzlerin Angela Merkel unternahm wiederum keine Versuche, eine eigene Russlandpolitik zu konzeptualisieren. Bis auf eine Änderung im Koalitionsvertrag, wo Russland nun nicht mehr als strategischer Partner, sondern als „wichtige[r] Partner bei der Bewältigung von regionalen und globalen Herausforderungen“ ausgewiesen wurde, blieb Deutschland in der Tradition früherer Regierungen. (Kalinin 2016: 154) Der zivilgesellschaftliche Dialog sollte gefördert, langfristige

verlässliche Energiepartnerschaften ohne einseitige Abhängigkeiten geschaffen und wirtschaftliche Verbindungen weiter ausgebaut werden. (vgl. Kalinin 2016: 154)

Guido Westerwelle und das Außenministerium setzten nun auf besondere Berücksichtigung der kleineren mittelosteuropäischen Staaten. Der erste Auslandsbesuch des neuen Außenministers galt dementsprechend Polen. (vgl. Meister zit. nach Kalinin 2016: 153) Zusätzlich versprach die deutsche Regierungskoalition, berechnigte Interessen der Nachbarn bei der Gestaltung der bilateralen Beziehungen mit Russland zu berücksichtigen. (vgl. Kalinin 2016: 154)

#### 4.4.1.2 Analyse der aktuellen Beziehungen

Von offizieller deutscher Seite heißt es zu den bilateralen Beziehungen im Jahr 2018 zwischen Deutschland und Russland:

„Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland, das russische Vorgehen im Osten der Ukraine und in Syrien, das russische Verhalten im Umgang mit dem Nervengiftanschlag auf Sergej und Julia Skripal in Salisbury im März 2018 sowie das Verhalten mit Blick auf die Verwendung von Chemiewaffen durch das Assad-Regime in Syrien überschatten die deutsch-russischen Beziehungen und die Beziehungen Russlands zur EU [...]“. (Auswärtiges Amt 2018)

Als Konsequenzen für diese Überschreitungen Russlands gelten die bereits 2014 verhängten Sanktionen und die Ausweisung vier russischer Diplomaten und Diplomatinen Ende März 2018 als Reaktion auf den Skripal-Fall. Parallel erklärt die Bundesregierung immer wieder, dass die Tür für einen Dialog mit Russland offenstehe. (vgl. Auswärtiges Amt 2018)

Die deutsche Russlandpolitik des Jahres 2018 lässt sich nach dem Motto „Zusammenarbeit, wo möglich, Risikovorsorge und Gefahrenabwehr, wo nötig“ bzw. „Abschreckung, wo nötig – und Kooperation, wo möglich“ beschreiben. Beispielsweise bestehen Kooperationen in Bereichen wie Wirtschaft und Bildung fort. In anderen muss man sich an die neue Realität noch anpassen. (vgl. Voigt 2014: 2; Meister 2017: 17)

Es herrscht ein Nebeneinander von Kooperation und Konflikten. (vgl. Voigt 2014: 2) Man trete Aggression entgegen, wo notwendig, aber arbeite mit Moskau bei gemeinsamen Interessen zusammen und versuche strategische Stabilität zu gewährleisten. Im Grunde orientiert man sich an der alten, zweigleisigen Politik vor 1969. Auch damals versuchte man, in einigen Bereichen mit Russland zu kooperieren und in anderen konsequent dagegenzuhalten. Deshalb seien die Unterschiede zwischen (der amerikanischen,) der deutschen und der europäischen Strategie nicht besonders groß, so Angela Stent. (vgl. Stent 2018: 31) Die frühere deutsche Russland- und

Ostpolitik war von einem „Nebeneinander von Integration und Kooperation geprägt“. Eine europäische Friedensordnung unter Einbeziehung Russlands war die Absicht. Dieses langfristige Ziel wurde zwar nicht aufgegeben, ist aber bis zum Jahr 2018 einfach nicht mehr vertretbar. (vgl. Voigt 2014: 2)

Seit den Ereignissen im Jahr 2014 kennzeichnet sich die deutsche Russland-Politik durch das Bemühen, den Ukraine-Konflikt zu lösen. Denn das ist neben der Frage der Gültigkeit der europäischen Friedensordnung auch eine der Bedingungen, um die bestehende tiefe Krise zwischen Russland und dem Westen zu überwinden. (vgl. Erler 2018: 3)

Im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise hatte das offizielle Berlin in einigen Bereichen den Kurs des Einfrierens bzw. Herabstufens der bilateralen Zusammenarbeit eingeschlagen. Besonders nennenswert war auf Initiative der deutschen Seite die Absage der turnusmäßigen Runden der deutsch-russischen Regierungskonsultationen, der Hohen Arbeitsgruppe für Sicherheitspolitik (HAGS) sowie einiger weiterer Gesprächsformate. (vgl. Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland o.J.) Dennoch sei der Dialog mit Berlin auch auf politischer Ebene „kontinuierlich und intensiv“ geblieben, so von offizieller russischer Seite. Auch parlamentarische Kontakte werden weiterhin gepflegt: Merkel besuchte Moskau aus Anlass des 70. Jahrestags des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg zuletzt am 10. Mai 2015. Präsident Steinmeier besuchte am 9. Mai 2015 Wolgograd. Der russische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin trafen sich mehrfach 2016. Auf Anregung der deutschen Seite fand am 2. Mai 2017 ein Arbeitsbesuch der Bundeskanzlerin in Sotschi, im Juli des selben Jahres fanden ausführliche Gespräche am Rande des G20-Gipfels statt. Die Außenminister Russlands und Deutschlands trafen und telefonierten mehrmals seit Anfang 2017. (vgl. Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland o.J.) Im Jahr 2018 hat auch die „Strategische Arbeitsgruppe Wirtschaft und Finanzen“ ihre Arbeit wieder aufgenommen. (vgl. Erler 2018: 2) Das Ziel der SAG, an der auch Wirtschaftsvertreter/innen aus beiden Ländern teilnehmen, ist der Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit. Am 31. Oktober 2016 standen bilaterale Investitionsvorhaben und eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Berufsausbildung sowie Infrastruktur im Fokus. Bei der Tagung sagte der Staatssekretär Uwe Beckmeyer: Deutschland ist auch weiterhin an der Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Russland sehr interessiert. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2016)

An diesen Aufzählungen lässt sich erkennen, dass sich die Krise in den bilateralen Beziehungen nicht durch alle Ebenen zieht. Die Wirtschaftsbeziehungen seien beispielsweise partiell



„wetterfest“ und das allgemeine Verhältnis entspanne sich in vielen Bereichen. (vgl. Erler 2018: 2)

Die russische Sicht auf den Zustand der bilateralen Beziehungen spiegelt sich in zwei Interviews mit Netschajew Sergej, dem Botschafter der Russischen Föderation seit Anfang 2018 in Deutschland, wider.

Auf die Frage hin, wie sich die Sanktions- und Politikkrise in den europäisch-russischen Beziehungen auf die bilaterale Beziehung zwischen Russland und Deutschland ausgewirkt habe, bestätigt Netschajew, dass sich die aktuelle Beziehung in keiner einfachen Phase der Entwicklung befinde. Die Beziehungen seien noch immer „Geiseln“ der Ukraine-Krise. Russland zähle Deutschland zwar zu seinen traditionellen Partnern, das aktuelle Verhältnis zwischen den beiden kenne allerdings bessere Zeiten. Sowohl politisch, ökonomisch wie auch zivilgesellschaftlich-kulturell wurden viele Formate eingefroren. Das mache die bedeutsame Vorarbeit der letzten Jahrzehnte zunichte. Die Intensität und der Inhalt haben darunter gelitten. Deutschlands maßgebliche Beteiligung an den Sanktionsbeschlüssen, der Eindämmungskurs gegenüber Russland, das Einfrieren der Grundmechanismen der bilateralen Kooperation und der gezielte antirussische Kurs der deutschen Medien wirken sich dementsprechend auf die Stimmung innerhalb des bilateralen Dialogs aus. Alles sei auf die Initiative Deutschlands geschehen, Russland hingegen sei für einen Dialog gewesen, da diese Beziehungen nicht nur eine gesamteuropäische, sondern eine globale Bedeutung tragen. Langfristig hoffe man in Russland auf die Wiederbelebung der Regierungskonsultationen. Inzwischen zeige man sich mit der Arbeitsaufnahme der „Strategischen Arbeitsgruppe Wirtschaft und Finanzen“ zufrieden. Nach und nach aktivieren sich zahlreiche Arbeitsgruppen, die Politik und Sicherheit zum Thema haben. Parallel finde ein intensiver Austausch zwischen den Außenministerien, Regionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen statt („Petersburger Dialog“, „Potsdamer Begegnungen“). (vgl. Netschajew 2017; Netschajew 2018)

Ein bedeutender Teil Europas habe den kontraproduktiven Charakter der Sanktionspolitik gegenüber Russland und die Alternativlosigkeit zum offenen Dialog begriffen. Diese Tendenz sei auch in Deutschland zu sehen und führe zu einem langsamen Auftauen der Zusammenarbeit in einigen Sphären. Die Besuche der Kanzlerin und des Außenministers 2017 sieht Netschajew auch als Einsicht Deutschlands in die unausweichliche Notwendigkeit der Beziehungsnormalisierung. (vgl. Netschajew 2017; Netschajew 2018)

	<b>deutscher Import aus Russland 2017</b>	<b>deutscher Export nach Russland 2017</b>	<b>Handelsvolumen in Mrd. EUR</b>
<b>Wert in Mrd. EUR</b>	31,3	25,9	<b>2017:</b> 57,2
<b>Veränderung zum Vorjahr in %</b>	+18,2% (bzw. +18,7%)	+20% (bzw. +20,2%)	<b>2016:</b> 48

Tab. 1: Bilaterales Handelsvolumen 2016, 2017: Deutschland-Russland. (vgl. Libman 2018: 222; Ost-Ausschuss 2018: 5,7)

Der deutsch-russische Handel war bis zum Sommer 2016 vier Jahre lang rückläufig. Der deutsche Maschinenbau war besonders von dieser negativen Handelsentwicklung betroffen. In den ersten neun Monaten von 2017 stiegen die Maschinenexporte aber erstmals wieder um 22,8% auf knapp 4 Mrd. EUR. Auch die deutschen Bauern und Bäuerinnen erlitten nach Schätzungen des Deutschen Bauernverbands jährlich eine Milliarde Euro Verluste durch die russischen Sanktionen. (vgl. Ost-Ausschuss 2018: 6) Deutschlands wichtigste Exportgüter sind aber eben genau Erzeugnisse des Maschinenbaus, Fahrzeuge und Fahrzeugteile, Erzeugnisse der chemischen Industrie sowie Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte. Russland exportiert dagegen Rohstoffe, insbesondere Erdöl und Erdgas, außerdem metallurgische und petrochemische Erzeugnisse. (vgl. Auswärtiges Amt 2018)

Im Jahr 2016 deckte Deutschland rund 40% seines Rohölbedarfs durch Importe aus Russland – das war ein Rekordwert. Auch die Einfuhren von Erdgas lagen trotz politischer Spannungen auf Rekordniveau. Wie der Tab. 1 zu entnehmen setzte sich dieser Trend 2017 beschleunigt fort und die deutschen Importe aus Russland stiegen im Gesamtjahr um 18,2% auf 31,3 Mrd. EUR und die deutschen Exporte um 20% auf 25,9 Mrd. EUR. Insgesamt lag das Handelsvolumen damit bei 57,2 Mrd. EUR, im Vergleich dazu 2016 bei 48 Mrd. EUR. Zum ersten Mal seit 2012 besagen die Daten für 2017 positive Tendenzen für den deutsch-russischen Außenhandel: Die Exporte Deutschlands nach Russland stiegen um 20,2% und die Importe aus Russland um 18,7%. Damit war Deutschland, nach China, weltweit zum zweitwichtigsten Handelspartner Russlands geworden und mit einem Anteil von 8,6% zum wichtigsten Partner in Europa. Russland war 2017 auf Platz 13 unter den Außenhandelspartnern Deutschlands. Mit Ausnahme der EU-Mitgliedstaaten erwirtschafteten nur die USA, China und die Schweiz einen größeren Außenhandelsumsatz. Im gleichen Jahr gingen 7,3% der gesamten russischen Exporte in die Bundesrepublik, die damit auf Platz 3 rangierte. (vgl. Libman 2018: 222; Ost-Ausschuss 2018: 5,7)

Laut Libman sei aber trotzdem nicht von einem Ende der schwierigen Phase in deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu sprechen. Zu den bestehenden Sanktionen kommen die fundamentalen, intern bedingten Probleme der russischen Wirtschaft hinzu. Außerdem sanken die deutschen Exporte nach Russland bereits seit 2012, die negativen Tendenzen hatten sich also längst vor dem Ausbruch der politischen Krise 2014 herauskristallisiert. Der Autor behauptet, dass sich Russland trotz gelegentlicher Schwankungen in Stagnation befinde. Zwar könne es aufgrund konjunktureller Faktoren zu kurzfristigen Verbesserungen kommen, längerfristig gleichen sie sich durch eine verschlechterte Wirtschaftslage aber wieder aus. Das habe zur Folge, dass das Wirtschaftswachstum über mehrere Jahre hinweg auf der Nulllinie bleiben werde. Deshalb könne der Handel in einzelnen Jahren zwar auch zunehmen, wenn es der russischen Wirtschaft vorübergehend besser geht, aber nicht dauerhaft wachsen. (vgl. Libman 2018: 222)

Aus diesen Tatsachen ist zweierlei zu schließen. *Erstens*: Längerfristig gibt es keine Gründe, auf eine Verbesserung der russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu hoffen. Denn selbst eine politische Verbesserung würde die internen institutionellen Probleme, die grundlegende Reformen erfordern, der russischen Wirtschaft nicht lösen. *Zweitens*: In absehbarer Zeit ist nicht mit einem drastischen Verfall des deutsch-russischen Handels oder der Investitionen zu rechnen. Das würde nur bei einer fundamentalen Krise passieren, dafür gibt es jedoch keine Anzeichen. Eine stagnierende Wirtschaft erlaubt deutschen Firmen, insbesondere wenn sie viel Erfahrung im Russland-Geschäft haben, stabile Profite zu machen. Der Fortbestand der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ist zwar gesichert, aber von einem dauerhaften Wachstum kann keine Rede sein. (vgl. Libman 2018: 223)

An den Daten der ersten vier Monaten von 2018 war abzulesen, dass sich diese Sicht bestätigt: Der bilaterale Warenaustausch verlor wieder an Dynamik. Die deutschen Lieferungen nach Russland stiegen um 1,4% auf 8,4 Mrd. EUR, die Importe aus Russland waren mit 11,6 Mrd. EUR um 3,3% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. In der Langzeitbetrachtung bleiben die Verluste im bilateralen Handel jedoch signifikant. Es ist noch ein weiter Weg zu den Spitzenwerten von 2012, als das deutsch-russische Handelsvolumen bei 80 Mrd. EUR lag. (vgl. Ost-Ausschuss 2018a: 5,5f,6)

Trotz Krise sind 4.965 der ursprünglich 6.000 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in Russland aktiv<sup>24</sup>. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Unternehmen

---

24 Stand: Februar 2018

hält also am russischen Markt fest. Die Unternehmen nutzen die Zeit, um sich strategisch besser aufzustellen, personelle Überkapazitäten abzubauen und sich auf eine wieder aufsteigende Konjunktur vorzubereiten. Immobilien sind im Jahr 2018 deutlich billiger und zahlreicher verfügbar, was besonders für Neueinsteiger/innen günstig ist. Der niedrige Kurs des Rubels und der starke Rückgang der Lohnkosten machen die Produktion im Inland attraktiver und sogar einen Export in Drittländer interessant. (vgl. Ost-Ausschuss 2018: 8) Mittels Vergünstigungen, die vom Ausweisen von Gewerbeparks und Sonderwirtschaftszonen über die Bereitstellung von Grundstücken, Gebäuden, Verkehrswegen, Anschlüssen bis hin zu Zollnachlässen, Steuererleichterungen und Verwaltungsvereinfachungen reichen, lockt Russland Investoren an. (vgl. Auswärtiges Amt 2018)

Das ressourcenreiche Russland ist ein Markt mit viel Potential. Die besprochenen fehlenden Reformen hemmen jedoch die Wirtschaft des Landes. Russland verfolgt seit den westlichen Sanktionsbeschlüssen eine Politik der Lokalisierung und Importsubstitution, welche den Zugang zum Markt von umfassenden Produktionsverlagerungen nach Russland abhängig macht. Die entstehenden Unsicherheiten erschweren Unternehmen ebenso das Geschäft. Das Jahr 2017 verzeichnet dennoch einen positiven Saldo deutscher Direktinvestitionen in Russland. Diese erholen sich nach dem Tiefpunkt im politischen Krisenjahr 2014 bereits wieder seit 2015. (vgl. Auswärtiges Amt 2018; Ost-Ausschuss 2018: 4)

In jüngster Zeit zeigen Lokalisierungsprojekte deutscher Unternehmen, dass die deutsche Wirtschaft auch in einem schwierigen Umfeld an der Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland arbeitet. Beispielsweise weihten der Dortmunder Pumpenhersteller Wilo und das Technologieunternehmen GEA neue Produktionsstätten in Russland ein, der niederbayrische Heizkörperhersteller Kermi legte im September 2017 den Grundstein für ein Werk im russischen Stupino und Wilo unterzeichnete im Oktober 2017 einen Sonderinvestitionsvertrag in Russland. Der Aufbau eines Mercedes-Werks nahe Moskau und eines BMW-Werks nahe Kaliningrad stehen ebenfalls an. Auch große Leuchtturmprojekte sowie eine Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Moskau und Kasan, die Fußball-Weltmeisterschaft 2018 und die Pipeline „Nord Stream 2“ könnten zu einer neuen Dynamik in den Wirtschaftsbeziehungen beitragen. Ausländische Investoren haben nun die Möglichkeit, durch Sonderinvestitionsverträge in den Rang russischer Unternehmen aufzusteigen und damit bei staatlichen Ausschreibungen zum Zug zu kommen. Vier solche Verträge wurden bereits mit deutschen Unternehmen abgeschlossen (Claas, DMG Mori, Daimler, Wilo). Die EU-Sanktionen

gegen Russland sind hinderlich, aber offensichtlich nicht unüberwindbar für die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. (vgl. Ost-Ausschuss 2018: 4,8)

Im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich besteht kein Nachlassen des gegenseitigen Interesses.

Als Beleg dafür dienen die über 900 Hochschul- und über 1.000 Schulpartnerschaften. In Deutschland studieren beispielsweise 11.000 russische Studierende, 4.000 von ihnen mit DAAD-Stipendien. Programmangebote von solchen Initiativen wie dem „Deutsch-Russischen Forum“, dem „Deutsch-Russischen Austausch“, dem „Europäischen Austausch“ und vielen anderen Gesellschaften stoßen auf ein ungebrochenes Interesse. Auch weiterhin findet eine ganze Reihe von gemeinsamen Großforschungsvorhaben statt. (vgl. Erler 2018: 2)

Schon seit 2001 bemüht sich das Format „Petersburger Dialog“ mit seinen zehn Arbeitsgruppen um eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft beider Länder. (vgl. Erler 2018: 2) Wieck kritisiert jedoch, dass das Ritual des „Petersburger Dialogs“ weiter denn je von einer genuin zivilgesellschaftlichen Veranstaltung, mit der Teilnahme unterschiedlicher (also auch oppositioneller) Richtungen auf der russischen Seite, entfernt sei. Dies gelte auch für den Jugendaustausch. (vgl. Wieck 2009: 179)

Im Juli 2017 konnte das „Deutsch-Russische Jahr des Jugendaustausches“ erfolgreich abgeschlossen werden. Dem folgte 2018 das „Deutsch-Russische Jahr der kommunalen und regionalen Partnerschaften“, wobei von den 100 Städtepartnerschaften mindestens 80 wirklich aktiv sind. (vgl. Erler 2018: 2) Die Dynamik soll genutzt werden, um für weitere Partnerschaften zwischen Deutschland und Russland zu werben und dadurch Vertrauen aufzubauen. Die Erwartung dahinter ist, dass kommunale und regionale Partnerschaften eine unverzichtbare, tragende Komponente der bilateralen Zusammenarbeit darstellen (werden). (vgl. Deutsche Vertretungen in Russland 2017)

In Russland sind deutsche politische Stiftungen aktiv, die sich mit ihren Programmen um die Förderung von Demokratie, rechtsstaatlicher Praxis und der Zivilgesellschaft vor Ort bemühen, und tragen auch zu einem besseren Verständnis für politische Zusammenhänge in Deutschland bei. (vgl. Deutsche Vertretungen in Russland 2018)

All diese Aktivitäten erweisen sich als krisenfest, mehr noch stehen sie für ein Engagement für einen normalen und konstruktiven Austausch zwischen Europa, Deutschland und Russland. (vgl. Erler 2018: 2)

#### 4.4.2 Polen

##### 4.4.2.1 Zur Einbettung der aktuellen Beziehungen

Polens Beziehungen zu Russland waren nicht immer schlecht, aber sie waren niemals vertrauensvoll oder kooperativ. Das gilt ganz allgemein für das Verhältnis beider Länder in den zurückliegenden Jahrhunderten. (vgl. Lang 2010: 2) Die bilateralen Beziehungen wurden von vielen dauerhaft störenden Problemen belastet, darunter etwa mangelndes Vertrauen in Sicherheitsfragen und gegensätzliche wirtschaftliche Interessen (vor allem in Energiefragen), unterschiedliche Haltungen den gemeinsamen Nachbarstaaten und dem gesamten postsowjetischen Raum gegenüber, sowie unterschiedliche Bewertungen des geschichtlichen, vor allem kommunistischen Erbes. (vgl. Ćwiek-Karpowicz 2012: 2f,3)

Im 21. Jahrhundert war der polnisch-russische „Fleischkonflikt“ des Jahres 2006 für dieses Verhältnis exemplarisch. Russland hatte ein Embargo gegen die Einfuhr polnischer Lebensmittel verhängt, daraufhin blockierte Warschau Ende 2006 das Mandat für Verhandlungen über ein neues „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“ (PKA) mit Russland. Damit wurde die bilaterale, polnisch-russische Querele auf EU-Ebene erhoben und zu einer Angelegenheit aller Mitgliedstaaten gemacht. Polen wurde zum „Veto-Player“ und seine russlandpolitischen Belange mussten von Partnern in der EU (sowie der NATO) berücksichtigt werden. (vgl. Lang 2010: 3)

Das Jahr 2009 kann als Zeitpunkt der Belebung der bilateralen Kontakte gelten und wurde durch den Besuch des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin im September eingeleitet. Im selben Jahr wurden nach einer mehrjährigen Pause die Tätigkeit des „Komitees für die Strategie der polnisch-russischen Zusammenarbeit“ aufgenommen, die jährlichen Beratungen der „Polnisch-Russischen Regierungskommission für Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ reaktiviert und der Dialog auf Ebene der Parlamente und der Selbstverwaltungen intensiviert. (vgl. Ćwiek-Karpowicz 2012: 3)

Diese Verbesserung der Beziehungen zu Russland wäre ohne die Veränderungen in der russischen Politik ab 2008 äußerst schwierig gewesen, so Ćwiek-Karpowicz. Die russischen

Entscheidungsträger/innen befanden, dass die bisherige Politik gegenüber dem Westen, Primärrohstoffe zu liefern, nicht länger fortführbar war. Die Einsicht entstammte starken Erdölpreisschwankungen, einer geringeren europäischen Nachfrage sowie der verstärkten Entwicklung von Fördermethoden aus nicht-konventionellen Quellen. Die strategischen Energiepartnerschaften mit europäischen Hauptstädten begannen eine geringere Rolle zu spielen. Bisherige Partner in Berlin, Paris und Rom widmeten sich vermehrt EU-internen Problemen und waren nicht länger an Beziehungen der gleichen Intensität interessiert. Das eröffnete anderen Akteuren den Raum für eine neue Phase der Zusammenarbeit und des engeren Kontakts mit Russland. Dadurch entstand die Möglichkeit einer pragmatischen Kooperation, während der Meinungs-austausch in Dissens verursachenden (etwa historischen) Fragen vermieden werden konnte. Das war für beide Seiten günstig. Polen hatte es einige grundsätzliche politische und wirtschaftliche Vorteile, wie die Ausweitung der Handelskontakte sowie beiderseitiger Investitionen und die Aktivierung der Grenzregionen, eingebracht. Zudem signalisierte das Land der Weltöffentlichkeit, dass es zu einer sachlichen Zusammenarbeit mit Russland fähig sei, was wiederum zu einer stärkeren Position in der NATO und der EU führte. (vgl. Ćwiek-Karpowicz 2012: 3)

Kirchliche Vertreter versuchten diesen Prozess zu unterstützen: Die römisch-katholische und die russisch-orthodoxe Kirche nahmen die Arbeit einer gemeinsamen Botschaft an die polnische und russische Nation auf und unternahmen auch in den Folgejahren große Anstrengungen, die gegenseitigen negativen Stereotype zu durchbrechen. So appellierten die Oberhäupter der beiden Kirchen im August 2012 zu gegenseitigem Verständnis und zur Versöhnung der Nationen. (vgl. Ćwiek-Karpowicz 2012: 3,6)

Das bereits genannte Konzept der „Östlichen Partnerschaft“ (siehe Seite 17), welches eine immense Rolle im Vorfeld der Ereignisse 2014 spielte, entstammte der polnisch(-schwedischen) Feder. Zur Erinnerung: Die ÖP zielt darauf ab, die politischen, rechtlichen und ökonomischen Spielregeln der EU auf die postsowjetischen Teilnehmerstaaten auszuweiten und die Region dadurch an den europäischen Integrationsraum heranzuführen. Für Polen erfüllte sie den Zweck, eine Führungsrolle in Ostmitteleuropa einzunehmen, wobei Russland wissentlich ausgeschlossen wurde. (vgl. Kalinin 2016: 153,158) Mehr noch, die Initiative wurde in bewusster Abgrenzung von der von Berlin betriebenen „Russia first“-Strategie eingebracht, die im Wesentlichen darauf hinauslief, die Beziehungen zu den postsowjetischen Staaten der

Beziehung zu Russland unterzuordnen. (vgl. Kalinin 2016: 158; Buras zit. nach Kalinin 2016: 158)

Seit der Mitgliedschaft in der NATO (1999) und der EU (2004) arbeitete Polen generell daran, die eigene ostpolitische Agenda zu einem Bestandteil der Außenpolitik beider Bündnisse zu machen. Daher kam auch der Einsatz für die NATO-Mitgliedschaft der baltischen Republiken und das Bemühen, vor allem die Ukraine an die Strukturen der EU und der NATO heranzuführen. Die Ukraine stellte als Eckpfeiler der strategischen Ordnung im nachsowjetischen Raum geradezu eine Mission der polnischen Ostpolitik dar. Polen ist, in diesem Licht, als Motor der ÖP der EU zu sehen. (vgl. Lang 2010: 3) Übrigens sieht Pogrebinskij, ein ukrainischer Politologe, in der polnisch(-schwedischen) Initiative die Ursache für den Ausbruch der Ukraine-Krise. Europa versuchte seiner Argumentation nach den Einfluss auf die Ukraine zu monopolisieren (siehe Seite 16,17), was diese in eine schwere Krise stürzte. (vgl. Pogrebinskij zit. nach Kalinin 2016: 158) In der Zone zwischen der EU bzw. NATO und Russland trafen zwei unterschiedliche Ordnungskonzepte und Kooperationsprinzipien aufeinander. Russland empfand das Engagement der EU und der NATO als Eindringen in sein Areal „privilegierter“ Interessen. Polen bestand hingegen auf den Grundsatz der souveränen Entscheidungsfreiheit der Länder und lehnte dementsprechend ein Mitspracherecht Russlands völlig ab. (vgl. Lang 2010: 3)

Zu Beginn scheiterte die ÖP an der ablehnenden Haltung des damaligen deutschen Außenministers Steinmeier, der die fehlende Einbindung Russlands bemängelte (siehe Seite 25). (vgl. Meister/May zit. nach Kalinin 2016: 156) Der Kaukasuskrieg im August 2008 und die anschließende Anerkennung der Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien durch Russland ebneten der ÖP schließlich den Weg. Denn ab diesem Zeitpunkt wurde Russland von der Mehrheit der EU-Staaten als „Problemfall“ wahrgenommen. (vgl. Kalinin 2016: 157) Außerdem traf die polnische Initiative die deutsche Außenpolitik in einer problembehafteten Zeit, verursacht durch die Eurozone und der besonders großen Enttäuschung über die russischen innenpolitischen Entwicklungen. (vgl. Efremenko zit. nach Kalinin 2016: 160f) Die Gewinne aus der Erweiterung des Freihandels schienen für die exportorientierte deutsche Wirtschaft mit Sicherheit auch verlockend. Die Gefahr einer Verhärtung der europäisch-russischen und deutsch-russischen Beziehungen wurde entweder verkannt oder bewusst in Kauf genommen, so Kalinin. (vgl. Kalinin 2016: 161)



Der wahrnehmbare Widerstand Russlands wurde dabei als ein veraltetes Denken in Nullsummen beschrieben. Aufgrund der Skepsis gegenüber Polen wurde diese Politik in Russland natürlich als antirussisch und geopolitisch motiviert aufgefasst. (vgl. Kaca/Łada zit. nach Kalinin 2016: 159) Polen gelang es, Deutschland schließlich davon zu überzeugen, dass die ÖP Russland gegenüber nicht konfrontativ angelegt sei. (vgl. Kalinin 2016: 159) Infolge nahmen die EU-Außenminister/innen den polnisch(-schwedischen) Vorschlag der ÖP im Jahr 2009 an. (vgl. Ochmann zit. nach Kalinin 2016: 157)

2011 folgte ein gemeinsam verfasster, polnisch-deutscher Brief an die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, und an die Außenminister/innen der EU-Mitgliedstaaten. Darin wurde Russland zwar ein Platz im „demokratischen Europa der Freiheit und des Wohlstands“ angeboten, aber nur bei Erfüllung übernommener Versprechen und Verpflichtungen. Diese verlangten die Umsetzung ökonomischer Aspekte, rechtsstaatlicher, menschenrechtlicher, demokratischer Werte, die Achtung des Völkerrechts, der Pressefreiheit und Fragen der internationalen Sicherheit. (vgl. Sikorski/Westerwelle zit. nach Kalinin 2016: 160) Dieser Brief symbolisierte de facto die Bereitschaft Deutschlands, die russlandskeptische polnische Position zu übernehmen und Polen (sowie anderen mittelosteuropäischen Staaten) mehr Verantwortung bei der Konzipierung der Ostpolitik zu übergeben. (vgl. Kalinin 2016: 160)

Im April 2010 ereignete sich die Flugzeugkatastrophe von Smolensk, bei der der polnische Staatspräsident und viele weitere wichtige politische Persönlichkeiten starben. Nie zuvor waren so viele Menschen aus Schlüsselpositionen des Staates tödlich verunglückt. Was diesen Vorfall besonders relevant und prägnant macht, ist die Tatsache, dass sich die Delegation auf dem Weg zur Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Massakers von Katyń befand – einem besonders wichtigen Ereignis, das sogar noch im Jahr 2018 Auswirkungen auf die polnisch-russischen Beziehungen hat. Denn erst im Jahr 1990 und somit viel zu spät, hatte die Sowjetunion die Verantwortung für das Massaker von Katyń übernommen. (vgl. Ćwiek-Karpowicz 2012: 2)

Bei der Ursachenklärung des Flugzeugabsturzes gab es jedoch Probleme. Trotz offizieller Erklärung verweigerte Russland die Einsicht wichtiger Dokumente über die russischen Flugabläufe, den Smolensker Flughafen und dessen Flugsicherung. Das Flugzeugwrack und die Flugschreiber – die Hauptbeweismittel – wurden bis heute (Stand März 2019) nicht an Polen übergeben. Das wirft auch im Jahr 2018 einen Schatten auf die polnisch-russische Beziehung. (vgl. Ćwiek-Karpowicz 2012: 4)

Tiefe Anteilnahme seitens Russland nährten die Hoffnung auf eine Annäherung und die Versöhnung in Sachen Katyń. Die Intensivierung der polnisch-russischen politischen Beziehungen blieb nach dem Flugzeugunglück ungebrochen, übertrug sich aber nur schwach auf die Partnerschaft zwischen Russland und der EU, beispielsweise in Bezug auf ein neues „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“ (PKA). Dank der polnisch-russischen Annäherung gelang es immerhin doch eine teilweise Liberalisierung der Visumpflicht zwischen der EU und Russland zu erreichen. Polen konnte die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedsländer überzeugen, die EU-Regulierung des „kleinen Grenzverkehrs“ auf das gesamte Gebiet Kaliningrad auszuweiten. (vgl. Ćwiek-Karpowicz 2012: 4f,5)

Über die Jahre unterstützte Polen Russland auch in anderen Angelegenheiten, etwa beim WTO-Beitritt Russlands, wenn auch nicht ganz uneigennützig. Durch den Beitritt Russlands profitierte die gesamte EU, inklusive Polen, von niedrigeren Zolltarifen. (vgl. Cichocki 2013: 96) Zudem leistete Polen seinen Beitrag bei der europäischen (ursprünglich deutschen) Modernisierungspartnerschaft mit Russland. (vgl. Cichocki 2013: 95; Kalinin 2016: 183)

Seit 2013 haben die Beziehungen zwischen den beiden Ländern jedoch wieder an Dynamik verloren. Als Grund hierfür gelten unterschiedliche Haltungen gegenüber der Architektur der europäischen Sicherheit, Kontroversen um die Rolle und Position der zentraleuropäischen Länder sowie die Energiesicherheit. (vgl. Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland o.J.)

Letzteres Thema ist in Polen besonders negativ ausgeprägt, da ein Gefühl der energiewirtschaftlichen Verwundbarkeit (siehe Seite 100) durch Russland herrscht. Um den Abhängigkeiten zu entkommen, möchte Polen diversifizieren. (vgl. Lang 2010: 4) Zusätzlich kann Polen durch die Erschließung neuer Lieferwege grundsätzlich von Gas- oder Erdöllieferungen aus Russland unabhängig werden. Das birgt auch eine bessere Verhandlungsposition beim Kauf von Energieträgern. (vgl. Wenerski 2015: 4) Daraus resultiert auch die ausdrückliche Unterstützung Polens der Idee einer Energieunion. Dieses Schlüsselprojekt für die Stärkung der Einheit der EU soll ebenso die Position der gesamten EU in Verhandlungen mit externen Partnern (z.B. Gazprom) deutlich verbessern. (vgl. Buras 2015: 6)

Seit 2014 gehören die polnischen Politiker/innen zu den schärfsten Kritikern und Kritikerinnen der russischen Außenpolitik. (vgl. Wenerski 2017: 2) Die Unterschiede zwischen Polen und Russland haben sich nach den Geschehnissen in der Ukraine am stärksten

abgezeichnet. Daher habe Polen die politischen Kontakte nach Moskau begrenzt, parallel die Dialogkanäle aber beibehalten, so das polnische Außenministerium. (vgl. Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland o.J.)

Beim Thema Ukraine bevorzugt die polnische Außenpolitik inzwischen ein mit der EU koordiniertes Vorgehen. Die Erklärungen der neuen Regierung unter Ewa Kopacz und Grzegorz Schetyna wiesen auf zunehmend weniger einzelkämpferische Absichten hin. (vgl. Buras 2015: 3) „Es ist besser, gemeinsam weniger zu machen, als mehr in Einzelinitiative“, lautete die Devise. (Buras 2015: 3) Diese Haltung ist offiziell von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Linie mit der EU und der Mehrheitseinstellung gegen jedwede militärische Hilfe motiviert, inoffiziell allerdings auch von der Furcht vor der Konflikteskalation, die sich am stärksten auf Polen auswirken würde. Die „Einheit der Europäischen Union“ gegenüber dem Konflikt im Osten wurde also spätestens seit Herbst 2014 eine Priorität der polnischen Politik. (vgl. Buras 2015: 3)

Die polnische Diplomatie offenbarte im russisch-ukrainischen Konflikt ihren begrenzten Einfluss auf die EU-Politik. Zu Beginn der Krise hatte Polen, gemeinsam mit Deutschland und Frankreich, eine Schlüsselrolle in den Verhandlungen in Kiew gespielt und die EU-Partner unnachgiebig zugunsten entschiedenerer Aktivitäten mobilisiert. Die Rolle Polens wurde im Laufe der Zeit aber sichtbar schwächer, was in der Zusammensetzung des Normandie-Formats – nämlich ohne Polen – einen symbolischen Ausdruck fand. Auch Polens Zusammenarbeit im „Weimarer Dreieck“ mit Deutschland und Frankreich, wie auch in der Visegrád-Gruppe, deren Länder in der Ukraine-Frage andere Positionen als Polen vertraten, ließ viel zu wünschen übrig. (vgl. Buras 2015: 2,3)

Polen übte infolge Kritik an Deutschland, das russischen Erwartungen entgegen käme, indem kritischer (als Berlin und Paris) eingestellte Akteure aus dem Format ausgeschlossen wurden. Verschärft wurde diese Diskussion durch die polnisch-deutsche Unstimmigkeit beim NATO-Gipfel im September 2014. Warschau sprach sich für die Stärkung der Ostflanke der NATO aus. Berlin hingegen wollte um jeden Preis Schritte vermeiden, die Russland zu sehr zum Antagonisten hätte machen können, so die Verletzung der Grundsätze der NATO-Russland-Grundakte von 1997. (vgl. Buras 2015: 2)

Ende 2015 herrschte in Warschau die Überzeugung, dass Russland seine strategischen Ziele nicht ändern werde. Dazu gehöre der Aufbau bzw. die Stärkung des eigenen Einflussbereichs, die Verdrängung der USA aus Europa sowie eine wichtige geopolitische Änderung auf dem Kontinent zum Nachteil der EU. Sanktionen und die Stärkung der NATO und

der EU zur Unterstützung der Ukraine wurden als langfristige Strategie gegen das russische Vorhaben festgelegt. Das obwohl der stellvertretende Ministerpräsident Janusz Piechociński die ukrainischen Eliten wegen der Nichteinhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards scharf kritisierte. (vgl. Buras 2015: 3,5)

Schon Mitte Februar 2015 nannte Polens Außenminister Schetyna die „Sanktionen die einzige Waffe der EU“ und unterstrich damit die harte Haltung Polens, die ökonomischen Maßnahmen gegen Russland aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls sogar zu verschärfen. Die geltenden Sanktionen der EU gegen Russland, sollen laut Polen bis zur vollständigen Implementierung des Minsker Abkommens aufrechterhalten werden. (vgl. Buras 2015: 5; Wenerski 2017: 2) Im Vergleich dazu wären führende Entscheidungsträger/innen in Deutschland und Österreich bereits vor der vollständigen Umsetzung von Minsk II für eine Lockerung der Sanktionen bereit.

Weitere Maßnahmen waren beispielsweise die Stationierung zusätzlicher NATO-Truppen in Polen, welches generell auf die Ausrichtung der NATO auf „konventionelle Bedrohungen der Sicherheit“ abzielt. Primär sollen die Instrumente der NATO auf die Herausforderungen an der Ostflanke antworten. Diese Sichtweise trifft allerdings auf den Widerstand der südlichen Bündnispartner. Diese sind mit weniger konventionellen Bedrohungen, wie sie aus dem Chaos im Nahen Osten und in Nordafrika resultieren, konfrontiert. (vgl. Wenerski 2017: 2; Buras 2015: 6)

#### 4.4.2.2 Analyse der aktuellen Beziehungen

Zum Zeitpunkt seines Interviews im August 2017 sah der Direktor des „Zentrums für polnisch-russischen Dialog und Verständigung“, Wyciszkiewicz, die Zukunft der Russland-Polen-Beziehungen eher pessimistisch. Die Zukunft hinge von der Entwicklung in Russland ab, aber ein Zurück zu „business as usual“ wäre unwahrscheinlich. Seit 2014 habe sich vieles geändert, weil sich Russland geändert habe. Russland war ohnedies nie besonders „beliebt“ in Polen gewesen, bei der Haltung gegenüber Moskau herrschte seit den Ereignissen in der Ukraine erst recht Konsens. Eventuell werden verschiedene Akzente gesetzt, aber die Substanz sei die gleiche. (vgl. Wyciszkiewicz 2017)

Seiner Ansicht nach wäre ein demokratisches, pluralistisches Russland optimal, das aufrichtig an Kooperation, an Win-Win-Lösungen und an einer Abkehr von Nullsummen-Erwartungen

interessiert ist. Trotzdem sei die Überzeugung, dass Russland von außen verändert werden könne, naiv. Der Wille zur Veränderung müsse schon aus Russland selbst herauskommen, so Wyciszkievicz. (vgl. Wyciszkievicz 2017)

Auf polnischer Seite heißt es im Jahr 2018, dass die polnisch-russischen Beziehungen immer noch von ungelösten kritischen Problemen politischer und historischer Natur überschattet werden. Polen warte auf die vollständige Umsetzung der offenen Zusammenarbeit bei der Untersuchung des Flugzeugabsturzes in Smolensk, bei der Übergabe der Wrackteile oder beim Bau des Opferdenkmals am Ort der Tragödie. Die russische Seite hingegen zeige noch immer nicht den Willen, weder die Umstände des Massakers in Katyń vollständig zu klären noch die Verfolgung der Polen und Polinnen als Teil der stalinistischen Repressionen anzuerkennen. (vgl. Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland o.J.)

Russland seinerseits beklagt die feindliche und aggressive Natur der polnischen Politik. Diese manifestiere sich in der offiziellen Rhetorik, Informationspolitik der Medien und in konkreten Handlungen der staatlichen und kommunalen Behörden (beispielsweise der Abriss der Denkmäler der Roten Armee). Unter diesen Bedingungen wurde die bilaterale Zusammenarbeit in vielen Bereichen eingestellt. Die übrig gebliebenen Projekte tragen in der Regel einen lokalen, spezifischen Charakter. Polen sei auch weiterhin einer der schärfsten Verfechter der anti-russischen Sanktionen, obwohl die westlichen Sanktionen und die russischen Vergeltungsmaßnahmen das allgemeine Geschäftsklima in den bilateralen Beziehungen negativ beeinflussen. Polen sei auch ein entschiedener Gegner bei der Umsetzung groß angelegter russisch-europäischer Kooperationsprojekte, wie das natürlich besonders relevante „Nord Stream 2“-Projekt. (vgl. Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen 2018: 6)

Der russische Botschafter in Polen, Andreev, führte die negative Haltung Polens gegenüber Russland in einem Interview genauer aus.

Bezüglich des polnischen Vorhabens, amerikanische Truppen dauerhaft in Polen zu stationieren<sup>25</sup>, meinte der Botschafter, es bestanden und bestünden keinerlei Gründe für die Annahme einer Bedrohung durch Russland. Im Gegenteil stehe der Aufbau von NATO-Militärkontingenten und der Ausbau der militärischen Infrastruktur an den Grenzen Russlands im Widerspruch zu den zuvor geleisteten Zusicherungen des Westen. Diese Umstände würden

---

25 Polen pflegt traditionell ein enges Verhältnis zu den USA. (vgl. Lang 2010: 3)

der internationalen Sicherheit schweren Schaden zufügen und bei der Gestaltung der zukünftigen russischen Politik zweifellos berücksichtigt werden. (vgl. Andreev 2018)

Seit einem halben Jahr ist in Polen eine neue Regierung an der Macht. Wesentliche Änderungen in der Russland-Politik seien nicht zu erkennen, ebenso kein Wunsch zur Verbesserung der Situation, so Andreev. Hätte Polen die Absicht, in Zukunft neutrale, freundschaftliche Beziehungen zu Russland aufzubauen, wäre es nicht so stark um die Demontage von Denkmälern bemüht, die für das russische Volk und den Staat die schlimmste Beleidigung überhaupt darstelle. Die neue Politik der Dekommunisierung (beispielsweise die Praxis der Straßenumbenennungen und der Demontage von Denkmälern aus der kommunistischen Zeit) und das daraus resultierende Handeln der polnischen Regierung seien nur ein Indikator für die grundlegende Veränderung in der allgemeinen Atmosphäre der bilateralen Beziehungen. (vgl. Andreev 2018; Andreev 2018a: 1,2)

Ebenso sei die polnische Politik von einer bedingungslosen Russophobie dominiert. Keine der im Parlament vertretenen Parteien stehe für eine Normalisierung der Beziehungen, so der russische Botschafter. Auch die Medien führen demnach einen Krieg gegen Russland. Es wachse eine Intoleranz gegenüber jenen heran, die mit der allgemeinen Linie nicht einverstanden sind. Wer dazu einlade, Russland zuzuhören, oder gar Verständnis zeige, werde als „Agent/in des Kremls“ abgestempelt. Als Beispiel führt Andreev den polnischen Politikwissenschaftler und Politiker Mateusz Piskorsky an, der eine Partei zu gründen versuchte, die eine Annäherung zwischen den beiden Ländern anstrebte. Seit Mai 2016 befindet er sich auf Verdacht der Spionage in Haft. Andere russische männliche und weibliche Personen und gar Diplomaten und Diplomatinen wurden zudem aus Polen ausgewiesen oder an der Einreise gehindert. Auf mehrere solcher Wellen folgte immer eine symmetrische Reaktion Russlands. Doch die Initiative für solche Aktionen ginge immer von der polnischen Seite aus. (vgl. Andreev 2018a: 2,3,5,6,7,8)

Der kleine Grenzverkehr zwischen Polen und Kaliningrad wurde 2016 von Polen abgebrochen und bis 2018 ist keine Neueinsetzung in Sicht. Die interregionalen Verbindungen würden dadurch behindert, obwohl die Lokalregierungen und die Bevölkerung auf beiden Seiten dafür seien. (vgl. Andreev 2018a: 5; Andreev 2018)

Seit 2014 sei der politische Dialog auf der polnischen Seite gänzlich eingefroren. Laut Andreev gäbe es somit gar keinen politischen Dialog. Russland gehe davon aus, dass die Verschlechterung der bilateralen Beziehungen von Warschau provoziert worden wäre. Andreev sieht auch keine Anzeichen für den Wunsch Polens, die Beziehungen zu verbessern.

Dementsprechend verhält sich auch die russische Politik. An der Normalisierung der Beziehungen sei Russland nicht mehr interessiert als Polen selbst. Daher werde es auf russischer Seite keine Zugeständnisse oder Abkehr von den eigenen Interessen zugunsten einer gestärkten Beziehung zu Polen geben. Erst wenn die polnische Seite bereit sei, das Verhältnis zu korrigieren, werde Russland die Situation analysieren und entscheiden, inwieweit das möglich ist. (vgl. Andreev 2018; Andreev 2018a: 3f,4,8,9)

Unschwer zu erkennen und wenig überraschend, gibt Andreev die offizielle „russische“ Sicht der Dinge wieder.

	russischer Import aus Polen 2017	russischer Export nach Polen 2017	Handelsvolumen in Mrd. USD	
<b>Wert in Mrd. USD</b>	4,9	11,6	<b>2017:</b>	16,5
<b>Veränderung zum Vorjahr in %</b>	+24%	+26,7%	<b>2016:</b>	13,05

Tab. 2: Bilaterales Handelsvolumen 2016, 2017: Polen-Russland. (vgl. Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen 2018: 12; RIA 2018a)

Die politische Situation zwischen Polen und Russland spiegelte sich auch im Wirtschaftsraum wider. Im Jahr 2015 belief sich der polnische Export nach Russland auf fast 5,1 Mrd. EUR, das bedeutet ein Rückgang um ca. 27% im Vergleich zu 2014 und um 37% gegenüber 2013. Der Import aus Russland belief sich mit 17,4 Mrd. EUR auf einen Rückgang um 26% gegenüber 2014 und um 32,5% gegenüber 2013. Russlands Anteil an polnischen Exporten sank von 5,3% 2013 auf 2,9% und Russland fiel auf Platz 7 unter den wichtigsten Exportmärkten. Im Import gingen die russischen Anteile von 12,3% 2013 auf 7,4% 2015 zurück und brachten Russland Platz 3 ein. Die genannten Zahlen resultierten hauptsächlich aus der sich verschlechternden Situation der russischen Wirtschaft sowie aus dem russischen Embargo auf westliche Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte. (vgl. Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland o.J.)

Das Handelsvolumen 2016 betrug nach den Daten der russischen Zollbehörde 13,057 Mrd. USD, siehe Tab. 2. (vgl. RIA 2018a) Im Jahr 2017 setzte sich die im vierten Quartal des Vorjahres

langsam begonnene Belebung des russisch-polnischen Handels fort. (vgl. Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen 2018: 12) <sup>26</sup>

Laut russischen Daten hatte der polnisch-russische Warenverkehr im Jahr 2017, im Vergleich zu 2016, um 25,9% auf 16,5 Mrd. USD zugenommen, was insgesamt aber immer noch ca. 40% weniger als die Höchstwerte der Jahre 2011-2013 war. Dabei, aus der Tab. 2 ersichtlich, waren die russischen Exporte um 26,7% auf 11,6 Mrd. USD und die russischen Importe aus Polen um 24,0% auf 4,9 Mrd. USD gestiegen. Der Anteil Polens am russischen Außenhandel blieb auf dem Niveau des Vorjahres (2,8%), gleichzeitig behielt Polen den 11. Platz unter den Außenhandelspartnern Russlands bei. Im russischen Export wechselte Polen vom 9. auf den 10. Platz und im Import vom 9. auf den 11. Platz. Unter den EU-Außenhandelspartnern Russlands kehrte Polen auf den vierten Platz, nach Deutschland, den Niederlanden und Italien, zurück. (vgl. Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen 2018: 12,43; Russisches Außenministerium o. J.) Russland blieb auf dem 7. Platz im gesamten Außenhandelsumsatz Polens, behielt den dritten Platz bei Importen (nach Deutschland und China) und den 7. Platz bei Exporten. Der Anteil Russlands am polnischen Außenhandelsumsatz stieg von 4,3% auf 4,8%. Gleichzeitig ist Russland immer noch der größte Markt für polnische Waren außerhalb der EU. (vgl. Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen 2018: 44)

Der Anstieg der russischen Exporte war auf den Anstieg der Energiepreise zurückzuführen. Das tatsächliche Volumen der Lieferungen der beiden Hauptrohstoffe (Rohöl und Erdgas) nahm sogar etwas ab, was mit einem weiteren Anteilrückgang an polnischen Importen einherging und generell an der Energiebilanz Polens lag. Ein signifikanteres Ergebnis hatte Polen in seinem wirtschaftlichen Bestreben, die Energieabhängigkeit von Russland zu reduzieren, im Gassektor erreicht. Im Jahr 2017 sank der Anteil des russischen Erdgases in den polnischen Importen auf 70% im Vergleich zu 90% im Jahr 2016. Dies war auf den Import von verflüssigtem Erdgas aus Katar, Norwegen und den USA, sowie auf die verstärkte Lieferung von russischem Gas aus Deutschland zurückzuführen. (vgl. Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen 2018: 45)

Die Warenstruktur der russischen Exporte behielt ihre Hauptmerkmale des Vorjahres bei: starke Dominanz der Mineralprodukte (um die 76% des Erdölbedarfs wurden 2017 aus Russland

---

<sup>26</sup> In Polen und Russland werden unterschiedliche Methoden zur Import-Export-Berechnung herangezogen, die Wachstumsentwicklung ist allerdings anhand der Daten beider Länder ähnlich. (vgl. Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen 2018: 44)



exportiert, 81% im Jahr 2016) und Erzeugnisse der chemischen Industrie<sup>27</sup> auf Platz 2. Platz 3 der Exporte nach Polen belegten Metalle und Metallprodukte. (vgl. Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen 2018: 13,45,46)

2017 hatten sich die Importe aus Polen allmählich wieder rehabilitiert, was hauptsächlich auf den Anstieg der Zahlungsfähigkeit russischer Unternehmen zurückzuführen war. Auf Platz 1 der russischen Importe aus Polen waren nach wie vor Maschinen, und Ausrüstung; auf Platz 2 Produkte der chemischen Industrie. Nach Angaben des russischen Zollendienstes machten sie im Jahr 2017 mehr als 65% der Lieferungen von Polen nach Russland aus. Die polnischen Exporte nach Russland zeichnen sich generell durch einen hohen Diversifizierungsgrad aus, das ist ein Kernunterschied zu russischen Exporten. (vgl. Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen 2018: 48,50)

Die russisch-polnische Investitionskooperation entwickelt sich schwach. Einschränkende Faktoren sind einerseits der Mangel an Investitionseigenmitteln Polens und in Russland gefragten Technologien und andererseits das ungünstige Investitionsklima für russische Investitionen in Polen. Die Aktivität russischen Kapitals in Polen wurde 2017 laut russischen Quellen durch das allgemeine negative Klima in den russisch-polnischen Beziehungen der vergangenen Jahre und durch die polnischen Behörden behindert. Insbesondere hatte die polnische Regierung jegliche Beteiligung russischer Investitionen im Energie-Sektor, sowie in den chemischen und metallurgischen Sektoren in Polen erschwert. (vgl. Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen 2018: 58,60)

Als dritten Bereich zur Darstellung der aktuellen bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Polen ist die Verknüpfung beider Zivilgesellschaften zu nennen. Ernest Wyciszkiwicz, der Direktor des „Zentrums für polnisch-russischen Dialog und Verständigung“, hofft auf die Jugend und die kommenden Generationen, um die zivilgesellschaftlichen Beziehungen in Zukunft positiver zu besetzen. (vgl. Wyciszkiwicz 2017)

Ungeachtet des Zustandes der Beziehungen gebe es sehr wohl einen Dialog, Russland bestehe nicht ausschließlich aus Putin oder der Regierung. Im Gegensatz gebe es viele, die an einem

---

27 Kautschuk, Kohlenstoff, Produkte der organischen Chemie, Mineraldünger

ehrlichen Dialog, vor allem an der gemeinsamen Geschichte, Kultur, Politik und Jugend interessiert sind. Die Kooperation mit staatlichen russischen Institutionen sei für das „Zentrum für polnisch-russischen Dialog und Verständigung“ seit der Annexion der Krim und weiteren russischen Aktionen schwieriger geworden. Der Zugang zu nationalen Archiven sei begrenzt, das russische Interesse an gemeinsamen Projekten auf ein Minimum reduziert worden, zusätzlich komme das berüchtigte russische NGO-Gesetz (siehe Seite 45) hinzu. (vgl. Wyciszkievicz 2017)

#### 4.4.3 Österreich

##### 4.4.3.1 Zur Einbettung der aktuellen Beziehungen

Österreichs Neutralitätsstatus ist ein zentraler Bestandteil der Landesidentität und hat dementsprechend gravierende Auswirkungen auf die politische Kultur. Die Neutralität wurde, von der Sowjetunion, als Bedingung zur völligen Unabhängigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert. Durch dieses Prisma sind auch die Beziehungen zum heutigen Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion zu betrachten. (vgl. Malek/Luif 2013: 209)

Der Neutralitätsstatus war nicht immer so akzeptiert und selbstverständlich, wie es im Jahr 2018 der Fall ist. Durchaus wurden mehrfach Überlegungen angestellt, wie Österreich diesen ablegen könnte, unter anderem während der ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung von 2000 bis 2007. (vgl. Malek/Luif 2013: 211) Diesbezüglich äußerte der russische Botschafter in Wien, Alexander Golovin, im Januar 2001, dass Österreich diesen Schritt nur in Übereinstimmung mit der Staatengemeinschaft und daher nicht ohne Zustimmung Russlands gehen könne. (vgl. Format zit. nach Malek/Luif 2013: 211) Als Putin Österreich einige Tage später besuchte, wurde die Neutralität schon als „Austria’s business“ bezeichnet, allerdings sei es nicht ratsam die aus dem Neutralitätsstatus resultierenden Vorteile aufzugeben und den Respekt sowie das Vertrauen anderer Staaten zu riskieren. (vgl. Kronen Zeitung zit. nach Malek/Luif 2013: 211f) Heinz Fischer machte unmissverständlich klar, dass seine Partei, die SPÖ, nicht gegen den Neutralitätsstatus stimmen würde. Bei einem Treffen 2009 zwischen Medwedew und Fischer, der mittlerweile schon Präsident Österreichs war, bezeichnete er Russland als verlässlichen Partner in allen Bereichen. So besteht kein Zweifel, dass Österreich in der Beziehung zu

Russland im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten die Rolle eines „freundlichen Pragmatikers“ einnahm und der Neutralitätsstatus das begünstigte. (vgl. Malek/Luif 2013: 212) Österreichs Zusage zum damals noch ersten „Nord Stream“-Projekt ließ nicht lange auf sich warten, obwohl dadurch die EU-Abhängigkeit vom russischen Gas stieg. Diese Positionierung Österreichs half Russland, der konkurrierenden „Nabucco“-Pipeline<sup>28</sup> entgegenzutreten. Die einzige Erklärung für die Haltung Österreichs in dieser Frage kann nur darauf zurückgeführt werden, dass Wien Moskau nicht verstimmen oder gar verärgern wollte. (vgl. Malek/Luif 2013: 214,220)

Die Beziehungen zwischen Russland und Österreich waren jedoch nicht ausschließlich positiv gewesen. So führten das Thema „Tschetschenien“ und tschetschenische Flüchtlinge durchaus zu Reibungen. In Tschetschenien ereigneten sich 1994 und 1999 zwei Kriege, ausgelöst durch den Einmarsch der russischen Armee, die versuchte, die Kontrolle in der Republik wiederherzustellen. 300.000 Personen waren daraufhin gezwungen zu fliehen. Österreich nahm im Zeitraum von 1997 bis 2006 24.796 Schutzsuchende auf, wovon auch 2018 viele noch im Land, vor allem in Wien, leben. (vgl. Malek/Luif 2013: 214,215)

Im Dezember 1999 wandte sich der Nationalrat an die russische Staatsduma mit der Forderung nach Beendigung der Gewalt und Bombardierungen. Im Jahr 2000 drängte der österreichische Kanzler Wolfgang Schüssel Putin dazu, eine friedliche und konstruktive Lösung für den Tschetschenien-Konflikt zu finden. Vertreter/innen der Grünen und Sozialdemokraten wiesen 2001 auf die Situation der Menschenrechte in Tschetschenien. Russland ignorierte allesamt. (vgl. Malek/Luif 2013: 215,216)

Insgesamt ist festzustellen, dass Österreich in seinem Verhalten versucht hat, alle möglichen Auseinandersetzungspunkte abzuschwächen, allzu sehr war man an guten Beziehungen zu Moskau interessiert. Als Indikator gilt die relative Schwäche an signifikanten Aussagen gegen die russischen Militäraktionen in Georgien 2008 und in Tschetschenien. (vgl. Malek/Luif 2013: 218,219)

In Österreich bestand die Tendenz, Russland alles zuzugestehen, was zum Bestehen der Beziehungen beitrug: beispielsweise, dass Österreich auch weiterhin neutral bleibe und nicht der NATO beitrete; dass Russland ein Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur sein müsse; dass Österreich kein Atomkraftwerk plane, Russlands Interessen berücksichtigt werden müssen und Österreich die Welt wie Russland „multipolar“ sehe. (vgl. Malek/Luif 2013: 214,219)

---

<sup>28</sup> Ehemals geplantes Konkurrenzprojekt zur russischen Pipeline „South Stream“, rührte aus der westlichen Überlegung die europäische Abhängigkeit vom russischen Erdgas zu verringern. Russland bemühte sich aktiv um die Verhinderung der Nabucco“-Pipeline.

Leonard und Popescu stufen Österreich daher als „freundlichen Pragmatiker“ in der Beziehung zu Russland ein. Hierbei kommen die Geschäftsinteressen an erster Stelle, denen dann die Politik folge. Bei politischer Uneinigkeit werde der Weg des geringsten Widerstandes angesteuert. (vgl. Leonard/Popescu zit. nach Malek/Luif 2013: 218) Es gebe keine inneren Kräfte, die auch nur minimal als „antirussisch“ einzustufen wären. Stattdessen hatten Wien und Moskau gerne betont, sich in den meisten Angelegenheiten der internationalen Politik „very close“ zu sein und die wenigen Differenzen keineswegs zu Schwierigkeiten und ernsthaften Verstimmungen führen zu lassen. (vgl. Malek/Luif 2013: 218)

Diese Haltung Österreichs gegenüber Russland zeigt die Schwierigkeit für die Europäischen Union, mit „einer gemeinsamen Stimme“ zu sprechen. (vgl. Malek/Luif 2013: 220) In Anbetracht der konträren Haltung Polens ist ein Konsens innerhalb der EU denkbar schwer zu erreichen.

#### 4.4.3.2 Analyse der aktuellen Beziehungen

Österreichs Beziehungen zu Russland waren von Anfang an reibungslos und freundlich, auch während der Krise, die mit den Ereignissen in der Ukraine 2014 begonnen hatte. (vgl. Mangott 2018a) Österreich beteiligt sich ebenso wie Portugal oder Griechenland nicht an der Ausweisung russischer Diplomaten und Diplomatinen nach dem Fall Skripal 2018. (vgl. Vieregge/Prior/Gaulhofer 2018) Die aktuelle Beziehung zu Russland wird dennoch EU-konform auf der Seite des österreichischen Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres präsentiert:

„Seit 2014 sind die Beziehungen zwischen der EU und Russland aufgrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim und der Stadt Sewastopol durch Russland sowie des destabilisierenden russischen Einflusses in der Ostukraine schwer belastet. [...] Formelle Gipfeltreffen, Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen zwischen der EU und Russland und der Visadialog bleiben weiterhin ausgesetzt.“ (BMEIA o. J.)

Auch nach 2014 wurden weiterhin Treffen zwischen österreichischen und russischen Vertretern und Vertreterinnen abgehalten. (vgl. Russisches Außenministerium o. J.a) Putin war sogar im Sommer 2014 kurz nach den Ereignissen auf der Krim und in der Ukraine in Österreich, als er in vielen anderen EU-Ländern gewiss nicht empfangen worden wäre. (vgl. Grieb 2018) Bereits in der ersten Jahreshälfte von 2018 wurde Moskau vom österreichischen

Bundeskanzler Kurz besucht, Außenministerin Kneissl war im April in der russischen Hauptstadt. Für Ende 2018 plante der Präsident des österreichischen Nationalrates, Wolfgang Sobotka, einen offiziellen Besuch in Moskau. (vgl. Ljubinskij 2018)

Die Anzahl der abgeschlossenen bilateralen Abkommen zwischen den beiden Ländern nimmt auch nicht ab. Beispielsweise wurden bei einer Tagung 2018 15 Abkommen mit österreichischen Unternehmen unterzeichnet. Das prominenteste darunter ist ein Abkommen mit Gazprom, eine langjährige Vereinbarung über russische Gaslieferungen bis zum Jahr 2040. (vgl. Kischko/Sileitsch-Parzer 2018) Der geltende Vertrag wäre erst 2028 ausgelaufen. Durch die Vertragsverlängerung bis 2040 wurde, so das Ziel, beidseitiges Vertrauen kundgetan und betont. (vgl. Mangott 2018a) Die restlichen Abkommen betreffen konkrete Themen zwischen Russland und Österreich, aber auch Regionen der Russischen Föderation. Hauptsächlich geht es um Hochtechnologie, worin Österreich sehr gut aufgestellt ist. Daher sieht Russland gute Chancen, gemeinsam mit der österreichischen Industrie den euro-asiatischen Markt zu entwickeln. (vgl. Kischko/Sileitsch-Parzer 2018)

Diese beiden Tatsachen lassen auf eine andere als die offizielle Einstellung Österreichs zu Russland schließen. Sie entspricht wohl tatsächlich eher der russischen Darstellung der bilateralen Beziehungen. Russland beschreibt diese als sich positiv entwickelnd und durch den nicht einfachen politischen „Hintergrund“, der in Europa herrscht, unerschütterlich. Die Beziehungen sind reifer Natur, stabil, vorhersehbar, auf Vertrauen basierend und ohne gravierende Probleme bzw. Uneinigkeiten. Österreich verfolgt eine Linie des Dialogs mit Moskau, hält aufgebaute Kooperationen und Kontakte in verschiedenen Bereichen aufrecht und nutzt politische und diplomatische Mittel zur Normalisierung der Situation um die Ukraine. (vgl. Russisches Außenministerium 2018; Russisches Außenministerium o. J.a)

Österreichs Russlandpolitik ist, beinahe unabhängig von der jeweiligen Regierungskoalition, (wie auch früher) von Pragmatismus und dem geduldigen Aufbau von Kanälen geprägt. (vgl. Grieb 2018) Wladimir Artjakov, der Präsident des Österreichisch-Russischen Geschäftsrates, sieht die aktuelle österreichische Politik gegenüber Russland auch als positiv und pragmatisch. (vgl. Kischko/Sileitsch-Parzer 2018)

Diese Haltung wird in Moskau überaus geschätzt. Das russische Außenministerium breitet dementsprechend eine Freundlichkeit in Richtung Österreich aus, die kaum ein anderer EU-Staat geboten bekommt. Die Beziehung zu Österreich sei von allen EU-Moskau-Beziehungen die

beste, so der Politikwissenschaftler Wladimir Schwejzer. Das liege teilweise daran, dass die beiden keine Nachbarn sind. Somit entfallen beispielsweise Konflikte territorialer Natur und nationale Minderheiten betreffend. (vgl. Grieb 2018)

Österreich zeigte sich bereits in der Vergangenheit in der Kompromissfindung zwischen Russland und den EU-Mitgliedstaaten äußerst aktiv. (vgl. Malek/Luif 2013: 218) Auch im Jahr 2018 schätzt Moskau Wien als glaubwürdigen Vermittler in der Beziehungskrise zwischen der EU und Russland, versteht aber, dass ein Sonderweg innerhalb der EU dadurch nicht zu erwarten ist, auch während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes ab Juli 2018 nicht. Denn so wichtig die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland auch sein mögen, die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland, einigen anderen EU-Staaten und den USA sind grundsätzlich wichtiger. (vgl. Honsig-Erlenburg 2018)

Es ist zu berücksichtigen, dass – obwohl Österreich seine Ambitionen mit Italien, der Slowakei, Ungarn, Griechenland und Zypern teilt – das Land keinen ausreichenden Einfluss auf die Neuausrichtung der EU-Russlandpolitik hat. (vgl. Mangott 2018a) Für Horst Teltschik kann Wien bei der Deeskalation mit Russland aber dennoch zentral sein: Österreich habe Richtung Osten immer eine gewisse Rolle innegehabt, bereits zur Sowjetzeit. Es könne auch gegenüber den Visegrád-Staaten eine „sehr konstruktive Rolle“ spielen. (vgl. Auernheimer 2018)

Im Moment bestehe die Hauptaufgabe jedoch vielmehr darin, den Dialog zwischen Russland und der EU maximal in eine gute Richtung zu bringen und eine positive Agenda zu entwickeln, zumal es viele Themen gebe, bei denen beide an einem solchen Dialog interessiert seien, so der russische Botschafter in Österreich Dmitrij Ljubinskij. (vgl. Ljubinskij 2018)

Eine weitere positive Charakteristik Österreichs ist für Russland, dass es als Gegner der Verschärfung des Sanktionsdrucks auftritt, obwohl die Sanktionen ausschließlich in Übereinstimmung mit allen EU-Mitgliedstaaten abgebaut werden sollen. (vgl. Honsig-Erlenburg 2018) „Diese Position teilen alle grundlegenden politischen Kräfte des Landes, und die überwältigende Mehrheit der Unternehmer.“ (Grieb 2018) Unter „grundlegenden politischen Kräften des Landes“ sind bestimmt auch der aktuelle Bundeskanzler Sebastian Kurz, der „Mastermind“ hinter Österreichs Russland-Politik (vgl. Mangott 2018a), und Vizekanzler Heinz-Christian Strache zu verstehen: Sie hatten bereits in der Vergangenheit Zustimmung für die russische Sicht der Dinge gezeigt. Im Jahr 2014 warnte Kurz, damals als Außenminister, vor einem NATO-Beitritt der Ukraine, da es für Russland wie eine Provokation aussehen könne (vgl. BMEIA 2014), scheute aber im Vergleich zu Strache auch nicht vor Kritik: So erinnerte er Putin

bei dessen Besuch 2018 daran, Verantwortung zu übernehmen um die Krisen in Donbass und Syrien zu beenden. (vgl. Mangott 2018a) Strache ist hingegen schon seit 2015 scharfer Gegner der EU-Sanktionen, primär aus finanziellen Gründen, aber auch weil Österreich dadurch zu einem gewissen Grad das Vertrauen in die Neutralität verspielt habe, so der Politiker. Jede explizite Kritik an Russlands Politik hatte Strache dabei unterlassen und hinsichtlich der Krim lediglich von einer „schwierigen Causa“ gesprochen. Seine totale Überschneidung mit Russlands Position war anhand folgender Aussagen belegbar: Am Maidan hätten Geheimdienste eine Rolle gespielt; in der Ukraine wurden ausländische NGOs finanziert; der Machtwechsel in Kiew sei verfassungswidrig. Und erinnerte daran, dass eine überwiegende Anzahl der EU-Mitgliedstaaten auch Teil der NATO sind. Weiters sieht Strache die „Heilige Allianz“, ein 1815 geschlossenes Bündnis zwischen Preußen, Österreich und Russland, als geeignetes Vorbild für eine europäische Friedensarchitektur. Dieses Bündnis lag jedoch nicht im Interesse Englands und Amerikas, weshalb eine Erstarkung Kontinentaleuropas immer wieder bewusst gestört wurde. Daraus resultiere die geostrategische Abhängigkeit der EU von NATO- und US-Interessen. Russland sei somit nicht der Aggressor der letzten Jahrzehnte, der seinen militärischen Einflussbereich Richtung Grenze der EU geführt habe, sondern umgekehrt: Die NATO habe sich mit der EU bis zu der russischen Grenze ausgedehnt. (vgl. APA 2015)

Generell sind sich die FPÖ und Russland nicht fern. Regelmäßige Kontakte zwischen der FPÖ und der Staatspartei „Einiges Russland“ sind üblich, rechtsgerichtete österreichische Politiker/innen sind regelmäßig zu Besuch, auch auf der Krim. (vgl. Grieb 2018) Die beiden Parteien haben zudem einen auf Jahre angelegten Partnerschaftsvertrag geschlossen. Dieses Abkommen ist laut Mangott, vor dem Hintergrund der russischen Strategie der Beeinflussung der europäischen Innenpolitik und genauer gesagt, als ein Versuch der Einflussnahme auf die Innenpolitik von EU- Staaten zu sehen. (vgl. Mangott 2017)

Nach der Bildung der neuen österreichischen Regierung 2017 wurde beschlossen, mehrere außenpolitische Bereiche in unabhängigen Struktureinheiten unterzubringen. Anfang März 2018 kündigte Österreich die Einrichtung einer russischen Abteilung für die Entwicklung der Beziehungen zu Russland an. Übernommen werden sollte die Abteilung von der Sonderbeauftragten Margot Klestil-Löffler, einer langjährigen Botschafterin in der Russischen Föderation. (vgl. Ljubinskij 2018) Moskau eröffnete seinerseits das „Österreich Institut“ – ein Zeichen dafür, dass auch Russland ein starkes Interesse an den Beziehungen hat. (vgl. Grieb 2018)

Allerdings birgt Österreichs positive Einstellung gegenüber Russland und daraus resultierende Handlungen eine Zahl von Risiken. *Erstens* hatten die einflussreichsten Mitglieder der EU, aber auch die USA, Druck auf die Regierung ausgeübt, um das Treffen mit Putin im Sommer 2018 nach Möglichkeit nicht abzuhalten bzw. es „abzustufen“. Viele kritisierten Österreich für den Aufbau einer besonderen Beziehung zu Russland, für einen „Sonderweg“. Das untergräbt ganz klar die Kohärenz der EU. *Zweitens* werden die wiederhergestellten Dialogkanäle (erfahrungsgemäß) zu nichts führen. Beide Seiten werden höchstwahrscheinlich keine substantziellen Zugeständnisse machen, wenn es um das spaltende Thema der Ukraine-Krise gehe. (vgl. Mangott 2018a)

	österreichischer Import aus Russland 2017	österreichischer Export nach Russland 2017	Handelsvolumen in Mrd. EUR	
<b>Wert in Mrd. EUR</b>	2,77	2,18	<b>2017:</b>	4,95
<b>Veränderung zum Vorjahr in %</b>	+12,3%	+16,1%	<b>2016:</b>	4,34

Tab. 3: Bilaterales Handelsvolumen 2016, 2017: Österreich-Russland. (vgl. WKO 2017: 1,2; WKO 2018a: 3)

Seit 2000 entwickelte sich der österreichisch-russische Handel äußerst dynamisch: Die österreichischen Exporte stiegen im Zeitraum 2000 bis 2008 von 654 Mio. auf 2,97 Mrd. EUR, die österreichischen Importe aus Russland von 1,2 Mrd. auf 2,5 Mrd. EUR. Danach folgte ein deutlicher Rückgang im bilateralen Warenverkehr: einerseits krisenbedingt im Jahr 2009 und andererseits aufgrund der Ukraine-Krise. Die Exporte nach Russland betragen von Jänner bis Oktober 2015 1,6 Mrd. EUR (-40,5% zur Vorjahresperiode), die österreichischen Importe aus Russland 1,9 Mrd. EUR (-1,9% zur Vorjahresperiode). (vgl. Österreichische Botschaft Moskau o. J.)

Wie bereits aus der Tab. 3 ersichtlich, wuchsen die österreichischen Ausfuhren nach Übersee im Jahr 2017. Vor allem die Exporte nach Russland konnten um 16,1% von 1,88 Mrd. EUR für das Jahr 2016 auf 2.18 Mrd. EUR für das Jahr 2017 stark ausgebaut werden. (vgl. WKO 2018: VI,2,4) Die Einfuhren nach Österreich betragen 2017 mit 2.77 Mrd. EUR um 12,3% mehr als 2016 mit 2.46 Mrd. EUR. Das ergab ein Handelsvolumen von 4,95 Mrd. EUR für das Jahr 2017. Aus den Daten für 2016 war das Handelsvolumen von 4,34 Mrd. EUR zu berechnen. (vgl. WKO 2017: 1,2; WKO 2018: 4; Statistik Austria o. J.) Dabei bestanden die österreichischen Importe



aus Russland für das Jahr 2017 zu 82,28% aus Brennstoffe bzw. Energie und zu 9% aus bearbeiteten Waren. Auf Platz 3 folgte die Kategorie Rohstoffe mit 4,28%. Die russischen Importe reihten sich für dasselbe Jahr folgendermaßen zusammen: Maschinen/Fahrzeuge (34,20%) auf Platz 1, gefolgt von chemischen Erzeugungen (30,24%) auf Platz 2 und bearbeiteten Waren (17,56%) auf Platz 3. (vgl. Statistik Austria o. J.)

Bei der Darstellung der wirtschaftlichen Dimension der bilateralen Beziehungen kann die Zusammenarbeit in der Energiesphäre natürlich nicht unerwähnt bleiben. Trotz der Bestrebungen der EU die Energieimporte zu diversifizieren, bleibt Russland (für Europa und) für Österreich weiterhin der wichtigste Energielieferant. Die ersten russischen Lieferungen nach Österreich begannen bereits 1968 und feierten 2018 ihr 50-jähriges Jubiläum. In diesem halben Jahrhundert wurden mehr als 200 Mrd. Kubikmeter Gas exportiert, davon 9,1 Mrd. im Jahr 2017. (vgl. Österreichische Botschaft Moskau o. J.; Russisches Außenministerium 2018a)

Die beiden Länder sind sich gegenseitig nützlich. So ist Österreich ein wichtiger europäischer Gasverteilungsknotenpunkt für Russland und Unterstützer des „Nord Stream 2“-Projektes. (vgl. Honsig-Erlenburg 2018; Ljubinskij 2018a) Die Regierung unterstützt die entsprechenden Bemühungen der österreichischen OMV, die eine der wichtigsten Partnerinnen des russischen Gazprom ist. Zwischen Gazprom und der OMV werden weitere neue Vereinbarungen vorbereitet, die auf eine langfristige Form der Zusammenarbeit ausgelegt sind. (vgl. Ljubinskij 2018a) Zwischen Europa und Russland besteht im Energiesektor also insgesamt eine gegenseitige Abhängigkeit (siehe Seite 57). (vgl. Österreichische Botschaft Moskau o. J.)

Ein weiterer Bereich der Zusammenarbeit zwischen Russland und Österreich ist der Eisenbahnverkehr – primär die Erweiterung der Breitspur 1520 von Košice in der Slowakei nach Bratislava und Wien, mit der Schaffung eines großen Logistikzentrums an der Donau. Dieses Projekt trat 2018 in eine aktive Phase ein, die trilateralen Verhandlungen zwischen Russland, Österreich und der Slowakei gehen weiter. In den kommenden Monaten wird der Übergang des Projekts in die praktische Umsetzungsphase erwartet. (vgl. Ljubinskij 2018)

Für bilaterale Handels- und Wirtschaftsfragen wurde eigens die „Österreich-Russische Gemischte Kommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit“ geschaffen. Eingesetzt wurde die Kommission aufgrund des 1993 abgeschlossenen und 1995 in Kraft getretenen Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation über den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Arbeitsgruppen befassen sich unter anderem mit der interregionalen Zusammenarbeit in den Bereichen Industrie/Forschung, Umwelttechnologie/Energie, Soziales, Land- und Forstwirtschaft und Tourismus. Die Kommission trat

zuletzt am 24. Mai 2018 in St. Petersburg zusammen. (vgl. RIA 2018; Österreichische Botschaft Moskau o. J.)

Es gibt auch einen österreichisch-russischen Geschäftsrat, in dem Unternehmensführer/innen beider Länder über gegenseitige Kooperations- und Investitionsmöglichkeiten beraten. (vgl. Österreichische Botschaft Moskau o. J.) Auf dem russischen Markt befinden sich über 1.200 österreichische Unternehmen, 500 davon mit Teilnahme österreichischen Kapitals. Russland weiß auch diese Beständigkeit trotz der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu schätzen. (vgl. Ljubinskij 2018) Schwerpunkte dieser Firmen liegen in der Holz- und Papierindustrie, im Maschinen- und Anlagenbau, in der Automobilzuliefererindustrie, im Baugewerbe und im Bankenwesen. (vgl. Österreichische Botschaft Moskau o. J.)

Das Investitionsvolumen Russlands in Österreich blieb in den letzten drei Jahren etwa auf einem konstanten Niveau von 23 Mrd. USD (2016: 23,3 Mrd. USD; 1. Halbjahr 2017: 22,9 Mrd. USD; 2018: 23 Mrd. USD). (vgl. Russisches Außenministerium o. J.a; Russisches Außenministerium 2018; RIA 2018) Die Hauptobjekte russischer Investitionen in Österreich sind auch 2018 weiterhin die Fertigungsindustrie, Bergbau, Elektrizität, Finanzen und Tourismus. (vgl. RIA 2018)

Die österreichischen Investitionen in Russland beliefen sich im Jahr 2016 auf 6,9 Mrd. USD, 2018 auf 5 Mrd. USD<sup>29</sup> bzw. 6 Mrd. EUR<sup>30</sup>. (vgl. Österreichische Botschaft Moskau o. J.; RIA 2018) Die Hauptbereiche der österreichischen Investitionen sind der Bau und die Modernisierung von Fabriken zur Herstellung von Spanplatten, Zellstoff- und Papierfabriken, Hüttenwerken, Ölraffinerien, holzverarbeitende Betriebe und die Herstellung von Baumaterialien. (vgl. RIA 2018)

Die führenden Investoren in Russland sind Firmen wie Strabag, Magna International Europe AG, Mondi, Kronospan, Egger, Doppelmayr, Knill Energy Holding. Österreichische Firmen hatten aktiv am Infrastrukturaufbau der Olympischen Spiele in Sotschi mitgewirkt und Aufträge für 1,6 Mrd. EUR erzielt. Unter den aktivsten Unternehmen sind hier Doppelmayr, Teufelberger, Skidata, Strabag und Alpine Bau zu nennen. (vgl. Russisches Außenministerium o. J.a)

Im Allgemeinen bleiben die bilateralen kultur-zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Österreich traditionell eng. Einen unbestrittenen Erfolg brachte 2017 als

---

<sup>29</sup> russische Quelle

<sup>30</sup> österreichische Quelle

das Jahr des Tourismus. Nach beidseitigem Rückgang der touristischen Aktivitäten in den letzten Jahren nahmen die Ströme der Tourist/innen wieder deutlich zu und deckten nun auch mehr an Städten ab. Laut russischen Statistikwerten war die Zahl der russischen Tourist/innen in Österreich von 135.070 Personen im Jahr 2016 um 37% auf 185.000 Personen von Jänner bis September 2017 gewachsen. Russland wiederum wurde im selben Zeitraum von 43.000 Österreicher/innen besucht, bei 39.189 Personen im Vorjahr ist das ein Anstieg von 10%. (vgl. RIA 2018)

Relevant ist des Weiteren die Pflege der sowjetischen/russischen Denkmäler in Österreich als Kontrast zur bereits erläuterten Handhabung dieser in Polen. Denn anders als bei Polen ist Russland mit dem Umgang Österreichs mit der russischen Geschichte im eigenen Land zufrieden: Die ausschließlich respektvolle Haltung Österreichs gegenüber der Erinnerung an sowjetische Soldaten und Soldatinnen ist zu betonen. Unsere Militärgräber und Denkmäler sind größtenteils in gutem Zustand, so der russische Botschafter in Österreich Dmitrij Ljubinskij. (vgl. Ljubinskij 2018)

## 5. FAZIT & AUSBLICK

Das übergeordnete Anliegen dieser Arbeit war es beide Perspektiven, sowohl der Europäischen Union, wie auch Russlands, darzulegen. Das ist für den Entstehungsprozess der 2014 entfachten und bisher andauernden Krise, sowie als Ursache für die Verhinderung einer Annäherung, essentiell.

Die Unzufriedenheit der EU umfasst ein breites Spektrum: Angefangen bei der Annexion der Krim<sup>31</sup>, dem Krieg und Unterstützung von Separatist/innen in der Ostukraine, Unterstützung von Assad in Syrien, militärischen Übungen<sup>32</sup> in der Nähe der EU-Grenzen und von NATO-Mitgliedstaaten, Aufrüstung der Ostseeflotte und deren Stützpunkt im Gebiet Kaliningrad mit atomwaffenfähigen Raketen, über Zusammenarbeit oder (finanzielle) Unterstützung rechtsnationalistischer oder -populistischer Parteien in der EU, die Finanzierung von gleichgesinnten Parteien und NGOs, Spionage und Geheimdienstoperationen, Wirtschaftsspionage, Medienaktivitäten, Internettrollfabriken, Hackerangriffe, gezielte Versuche, Einfluss auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu festigen und vermutete Eingriffe in innere Angelegenheiten der EU-Mitgliedstaaten (z.B. Wahlen). Sowie freundschaftliche Beziehungen mit einigen Staatschefs und Staatschefinnen Mitteleuropas auszubauen, bis Versuche Deals und „individuelle“ Angebote mit einzelnen EU-Staaten abzuschließen. Diese Art der russischen Politik, also an Brüssel vorbei, wird verständlicherweise als Maßnahme zur Spaltung der EU aufgenommen, besonders da es belegbar an der inneren Kohäsion der EU sägt.

Bereits einzeln sind es ernstzunehmende Belastungen für die Beziehung EU-Russland, zusammen genommen ein Beleg für Russlands Aktivitäten um den Westen und EU als dessen Teil zu schwächen. Damit ist die Hypothese H3b: Russland unternimmt aktiv Anstrengungen um die EU zu spalten, belegt. Mit der Beantwortung der eigentlich logisch vorgehenden Annahme, H3a: Russland hat ein Interesse an einer gespaltenen EU, verhält es sich nicht so eindeutig. *Erstens* scheiden sich hier die Meinungen der vorgebrachten Autoren und Autorinnen: Stent, Mangott, Wehner vs. Dubowy, Teltschik, Timmermann, Inosemzew (siehe Seite 70). *Zweitens* ist nicht klar, welche Vorteile für Russland konkret durch den Zerfall der EU entstünden, da es

---

31 Damit hat Russland die normativen Grundlagen kooperativer Sicherheit entwertet, Prinzipien wie territoriale Integrität, staatliche Souveränität und der Nichteinsatz militärischer Gewalt.

32 mit Einsatz von nuklearfähigen Iskander-Raketen

noch immer Kommunikationskanäle zu den jeweiligen EU-Staaten einzeln nutzt und das auch für die Zukunft ankündigte.

Innerhalb Russlands wird die EU (und andere westliche Akteure wie NATO und USA) verantwortlich gemacht: Die Politik der „Östlichen Partnerschaft“ inklusive der Assoziierungsprozesse sind Teil der westlichen Regimewechselpolitik, sowie die „Farbrevolutionen“ der 2000er Jahre, der „Arabische Frühling“ und auch der „Euromaidan“. Diese bedroht den russischen Staat unmittelbar. Die „Annexion“ bzw. „Angliederung“ der Krim und der Krieg im Donbass waren demnach defensive Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen politischen Ordnung in Russland und die Antwort auf die Bedrohung des Landes durch die Systemwechselpolitik des Westens. Die zusätzlich beschlossene westliche Sanktionspolitik zielt auf die Schwächung Russlands ab und keimt aus einer aggressiven, illegitimen und kontraproduktiven Politik. Generell verteidigt sich Russland schon seit den 1990er Jahren gegen den westlichen Expansionismus, der sich durch dessen kontinuierliche Ausdehnung im postsowjetischen Raum zeigt. Und falls der Westen im Vorgehen Russlands eine Verletzung der europäischen Grenzen sieht, hat für Moskau die Verletzung des Völkerrechts weitaus früher eingesetzt: Die Ukraine-Krise inklusive der „Statusveränderung“ der Krim sind nur Teil eines weiter gefächerten Prozesses, der mit dem Zerfall der Organisation des Warschauer Vertrages, der UdSSR und Jugoslawiens sowie der NATO-Osterweiterung eingesetzt hat.

Das Drängen zur Übernahme europäischer Grundwerte und Demokratieprinzipien wird in Russland als eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten gewertet und belastet die Beziehung zur EU ebenso massiv. Das 2012 beschlossene Agentengesetz und 2015 Gesetz zu „unerwünschten ausländischen Organisationen“, die für Kopfschütteln in der EU (und im Westen) sorgen, motivierte Russland mit der Notwendigkeit genau diesen Einfluss von außen zu begrenzen.

Hinzukommt der Anspruch Russlands als Großmacht gesehen zu werden, mit westlichen Mächten auf gleicher Augenhöhe das Weltgeschehen mitzugestalten und in wichtige Entscheidungen miteinbezogen zu werden. Diesem Wunsch kommt man nicht nach. Mit Russland spricht man ausschließlich darüber, was für die EU wichtig ist. Die Verhandlungen über Visaerleichterungen, die Visafreiheit und das neue PKA wurden auf der anderen Seite mit Absicht am Vorankommen gehindert.

Das Land ist beunruhigt durch die Stationierung vom Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien, die NATO-Beitrittseinladungen an Georgien und die Ukraine. Außerdem ist man überzeugt nie wie ein echter Partner behandelt worden zu sein, so nimmt man eine tatsächlich feindselige Haltung gegenüber Russland an: Offensichtlichster Ausdruck dieser Gegnerschaft ist die bis nach Osten ausgeweitete NATO. Russland befindet sich nach eigener Überzeugung in einer rein defensiven Position, ist ein Opfer und beschreibt die eigenen Handlungen als Verteidigung infolge europäischer Aktionen.

Hier erkennt man, dass die EU und Russland im Grunde genommen das gleiche Ziel anstreben, nämlich Stabilität, Beständigkeit und Vorhersehbarkeit. Beide versuchen das allerdings auf unterschiedliche Art und Weise zu erreichen, was wiederum zu Problemen führt. Die EU möchte an der eigenen Ostflanke politisch stabile, wirtschaftlich prosperierende, rechtsstaatlich verfasste und somit berechenbare Partnerländer schaffen, das stellte die Motivation der ENP, „Östlichen Partnerschaft“ und der Assoziierungsabkommen. Daneben soll der, in Russland äußerst unbeliebte, Wertetransfer und Versuch zur Transformation zu einer an westlichen Werten orientierten Demokratie mit funktionierender Rechtsstaatlichkeit langfristig auch zur Stabilität führen. Sodass Russlands potentielle Instabilität, über Osteuropa und den Kaukasus, nicht hinaus nach Mittel- und Westeuropa exportiert wird. Beides wurde bzw. wird von Russland allerdings als „Regime-Change“, Expansion und Bedrohung aufgenommen.

Allgemein ist anzumerken, dass der Beziehungsbruch zwischen den beiden Akteuren sich über die vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte schrittweise abzeichnete. Von Beginn an gab es unterschiedliche Erwartungshaltungen und Zielsetzungen. So wurde offiziell ständig miteinander kommuniziert, aber aneinander vorbei. Die massive gegenseitige Enttäuschung war lediglich eine Frage der Zeit.

Beginnend mit der Entstehung der Integrationskonkurrenz im postsowjetischen Raum und durch das Angebot zweier gegenüberstehender Projekte, nämlich der Europäischen Union und Eurasischen Union, entzündete sich der Konflikt nun tatsächlich für alle sichtbar. Die Ukraine-Krise war somit der erste direkte Konflikt. Die „Annexion“ bzw. „Angliederung“ der Krim sowie der Ausbruch des Donbass-Konflikts waren zwar die direkten Auslöser, aber nicht der Grund für den Bruch der EU-Russland-Beziehungen.

Die Zuwendung der westlichen Aufmerksamkeit auf den GUS-Raum, nach dem Russland auf diesem Gebiet die Lage soweit wie eben machbar stabilisiert hatte, ist die Ausgangssituation für

die Beschreibung des langsam anschwellenden Konfliktes. Dazu füge man die Unzufriedenheiten seitens Russland hinzu: das amerikanische Hegemoniebestreben, die NATO-Osterweiterung, die Militärinterventionen ohne völkerrechtliche Legitimation im Kosovo und Irak, die „farbigen Revolutionen“ und natürlich die Regimewechselpolitik des Westens. Das führte bei Putin zu starker Enttäuschung, Verbitterung und Entfremdung. Die nächste Stufe initiierte der Georgienkrieg 2008, welcher wiederum auf europäischer Seite für „Umdenken“ sorgte: aufgenommene Verhandlungen über ein neues PKA wurden suspendiert, Russland als potentielle Gefahrenquelle identifiziert, woraus der Beschluss der anfänglich stolpernden „Östlichen Partnerschaft“ resultierte. Die Situation verfestigte sich durch Putins Reaktionen auf die Bürgerproteste bei den Wahlen 2011/2012, das russische Agentengesetz, das Gesetz zu „unerwünschten ausländischen Organisationen“ und die Entwicklung Russlands in Richtung eines autoritären Präsidialsystems. Das alles führte zu einem Entfremdungsprozess. Das Zusammenwirken von Problemen bei Erdgaslieferungen nach Europa, der Irakkrieg 2003, die Unabhängigkeit des Kosovo 2008 heizten die Entfremdung weiter an. Damit ist die Annahme H4a: Eine negative Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen hat bereits vor den Ereignissen 2014 begonnen, inhaltsreich belegt.

Die Ukraine-Krise selbst, verschärft durch den „veränderten“ Status der Krim und den bewaffneten Konflikt in der Ostukraine, ist zu einer ernststen und gefährlichen Herausforderung für die europäische Sicherheit geworden. Es handelt sich um die heftigste Konfrontation zwischen Russland und dem Westen seit dem Ende des Kalten Krieges. Dementsprechend waren die EU-Russland-Beziehungen, nach schrittweiser Verschlechterung in den Vorjahren, im Jahr 2014 an einem Tiefpunkt angelangt. Das ist ebenso an der Formulierung der „fünf Leitprinzipien“ der Russlandpolitik sowie der „Globalen Strategie der Europäischen Union“ abzulesen. Dabei hatte der Begriff der Resilienz, die Fähigkeit negative Einflüsse aus Russland abzuwehren, an Bedeutsamkeit gewonnen.

Die gegenseitigen Sanktionen wurden ausgesprochen, der für das Jahr 2014 geplante EU-Russland-Gipfel abgesagt, Russlands Status als „strategischer Partner“ widerrufen, die Verhandlungen über den Beitritt Russlands zur OECD und zur Internationalen Energie-Agentur (IEA) sowie bilaterale Gespräche über Visaangelegenheiten und das neue Abkommen zwischen der EU und Russland wurden ausgesetzt, das russische Stimmrecht in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde entzogen und Russland aus der ehemaligen G8

ausgeschlossen. Damit lässt sich die Hypothese H4b: Das Jahr 2014 markiert den absoluten Tiefpunkt der EU-Russland-Beziehungen (seit dem Ende des Kalten Krieges), belegen.

Seitdem ereignisreichen Jahr 2014 sind mittlerweile vier Jahre vergangen. In dieser Zeit hatten viele Entwicklungen stattgefunden. Das ermöglicht die Beantwortung der Hauptforschungsfrage: Wie haben sich die EU-Russland-Beziehungen seit der Ukraine-Krise 2014 entwickelt und vor allem, wie sind diese heute zu beschreiben?

EU und Russland haben beschlossen vermehrt getrennte Wege zu gehen. Das manifestiert sich auf dem politik-spezifischen Level, sowohl in Bereichen der Energie und Rohstoffe sowie ökonomischer Zusammenarbeit und auch im Handel, um schlussendlich die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit zu reduzieren.

Als erste Reaktion wurde die Vorstellung von Russland als strategischen Partner für die EU nicht mehr haltbar. In der 2016 veröffentlichten „Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“ wird die Gestaltung der Beziehungen zu Russland sogar als eine entscheidende strategische Herausforderung beschrieben. In diesem Jahr befand sich die EU-Russland-Beziehung offensichtlich weiterhin in einem Tief, inklusive Misstrauen, Vorbehalte und ohne Aussicht auf eine hochwertige Wiederbelebung. Immerhin tagte der erste NATO-Russland-Rat nach zwei Jahren Pause erstmals im April 2016. Im Juni 2016 fand das erste Treffen zwischen dem russischen Präsidenten und den Präsidenten der Europäischen Kommission seit der Verhängung der Sanktionen statt. Im Jahr 2017 erfolgte keine Veränderung und die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland waren weiterhin von einem tiefen Zerwürfnis gekennzeichnet. 2018 folgte die nächste Etappe: die Ausweisung von russischen Diplomaten und Diplomatinen bedingt durch den Fall Skripal. Nach dem Georgienkrieg, Annexion der Krim, Krieg im Osten der Ukraine, Abschuss der MH17, Krieg in Syrien und Einmischung in Wahlen ging der Westen diesen Schritt als Zeichen der Solidarität mit Großbritannien. Das Besondere daran ist, dass nicht einmal die Ereignisse von 2014 zu solchen umfassenden Schritten geführt hatten. Wenn im Vergleich dazu einzelne Nationalstaaten betrachtet werden, erscheint das Bild zunächst widersprüchlich, denn hier ist der Umgang mit Russland eindeutig positiver. So reist der französische Präsident Emmanuel Macron zum Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg an und Deutschland stellt alle notwendigen Genehmigungen für den Bau der „Nord Stream 2“ aus. Dahinter verbirgt sich interessenorientierte Politik.



Die Unterfrage F4: Welche Eigenschaften beschreiben die EU-Russland-Beziehungen aktuell? ist folgendermaßen zu beantworten: Der aktuelle Stand der EU-Russland-Beziehungen ist gekennzeichnet durch gegenseitiges Misstrauen und das wird auch ein langanhaltender Zustand bleiben. Man lernte inzwischen, gegenseitige Abhängigkeiten zu reduzieren, zu diversifizieren und sich neuen Partnern zuzuwenden. Ein neues PKA ist weiterhin nicht in Sicht. Der Vertrauensverlust des Westens bringt das Ende der überwiegend positiven Phase der Russlandpolitik mit. Dennoch handelt es sich um keinen Kalten Krieg bzw., seine modernisierte Form, hybriden Krieg. Ende 2018 sind die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zwar in der schlimmsten Krise seit dem Ende des Kalten Krieges, diese zieht sich allerdings nicht durch alle Ebenen. Einige Bereiche erwiesen sich als robust, partiell gilt das für die Wirtschaftsbeziehungen. Die „Anziehungskraft“ zwischen den Volkswirtschaften bleibt, aufgrund ihrer geografischen Nähe, bestehender Handelsströme, kultureller Verbindungen und verschiedener menschlicher Kontakte, groß. In der Politik musste der ehemalige Grundsatz „Zusammenarbeit, wo möglich“ aber dem neuen, „Zusammenarbeit, wo möglich und sinnvoll, Risikoversicherung und Gefahrenabwehr soweit, wie nötig“, weichen. Das ist gegenüber den Vorkrisenjahren ein Rückschritt innerhalb der Beziehungen. Die Hypothesen H5a: Im Jahr 2018 ist eine eindeutige Verschlechterung der Beziehungen auf politischer Ebene, im Vergleich zur Vorkrisenzeit, festzustellen und H5c: Insgesamt ist für das Jahr 2018 ein positiver Trend in den Beziehungen zu verzeichnen, sind somit eindeutig belegt. Der Tiefpunkt des Jahres 2014 ist überwunden, aber das liegt nicht an positiven Entwicklungen zwischen der EU und Russland direkt oder stattgefundenem Dialog, sondern vielmehr an „indirekten Begegnungen“ (wie Syrien, Iran, den Energiebeziehungen und dem „Nord Stream 2“ Projekt) und dem Zeitfaktor. Das bedeutet, dass die Hypothese H5b: Es wurden aktiv Schritte gesetzt um die Beziehungen zu verbessern, nicht bestätigt werden kann.

Ende des Jahres 2018 sind deutliche Anzeichen für Russlands Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen zur Europäischen Union zu vernehmen. Russland möchte sich ein stabiles außenpolitisches Umfeld schaffen, inklusive einer Beziehungsdeeskalation mit dem Westen.

Die aktuelle Russlandpolitik der EU orientiert sich aktuell, bezugnehmend auf die Beantwortung der Unterfrage F1, an den 2016 beschlossenen „fünf Leitprinzipien“ der Russlandpolitik: 1. Die volle Umsetzung der Minsker-Abkommen, inklusive des Beschlusses Sanktionen nur bei vollständiger Umsetzung aufzuheben; 2. Engere Beziehungen zwischen EU und ehemaligen sowjetischen Staaten; 3. Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU

gegenüber russischen Bedrohungen, auch im Hinblick auf die Energieversorgungssicherheit, hybride Bedrohungen und strategische Kommunikation; 4. Selektive Zusammenarbeit mit Russland in außenpolitischen Fragen, das gilt für Themen wie Terrorismusbekämpfung und den iranischen Atomdeal; 5. Die Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft bzw. der „people-to-people“-Kontakte. Die Eckpfeiler in der europäischen Russlandpolitik müssen außerdem eine kohärente, solidarische und einheitliche Vorgehensweise bilden, darauf wird mehrfach verwiesen. Dementsprechend ist von bilateralen Kontakten und Abkommen, die dieser Einheit schaden können, abzusehen, so das Europäische Parlament. (vgl. Europäisches Parlament 2015)

Die generell herrschende mangelnde innere Kohäsion der EU wurde also als Gefahr der Stabilität, Sicherheit und Gelegenheit zur politischen Einflussnahme durch Dritte erkannt. Die zunehmenden politischen Differenzen zwischen „alten“ EU-Mitgliedstaaten und der Kommission auf der einen Seite und den mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten auf der anderen Seite gefährden den Zusammenhalt innerhalb der EU. Hinzu kommen die erstarkten rechten bis rechtsextremen, nationalistischen und populistischen Parteien die zurzeit auch Mehrheiten und Regierungen in mehreren EU-Mitgliedstaaten bilden. Diese entfernen sich zunehmend vom gemeinsamen europäischen Acquis und positionieren sich teilweise sogar offen gegen die EU. Das führt zur Unfähigkeit Europas, in Außen- und Migrationspolitik mit einer Stimme zu sprechen. Stattdessen prägen einzelstaatliche Politiken und minilaterale Kooperationen einzelner Staaten das allgemeine Bild. Daher gilt die Annahme H1a: Der EU mangelt es an einer einheitlichen Strategie in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik, als bestätigt.

Die Unstimmigkeiten selbst betreffen konkret Themen wie den Nahostkonflikt, „Nord Stream 2“ Pipeline und die verschiedenen Positionierungen der EU-Mitglieder in der Sanktionsfrage. In Bereichen wie europäische Flüchtlingspolitik und Energiepolitik ist die EU als Akteurin überhaupt handlungsunfähig, da eine optimale Lösung der Probleme aufgrund divergierender Haltungen nicht erreicht werden kann. Die Annahme H1b: Durch mangelnde Kohäsion kann die EU nicht einheitlich agieren, was zu einer Schwächung und Handlungsunfähigkeit in gewissen Bereichen führt, ist bestätigt. Das gilt ebenfalls für die gesamte Russlandpolitik der EU und belegt die Hypothese H2: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben keine einheitliche Russlandpolitik.

Um das zu verdeutlichen und die Unterfrage F2: Inwiefern haben die einzelnen EU-Mitgliedstaaten Einfluss auf den außenpolitischen EU-Kurs gegenüber Russland? zu beantworten, wurden die aktuellen Beziehungen zu Russland aus nationaler Perspektive der

genannten EU-Mitgliedstaaten analysiert. Das breitgefächerte Spektrum an Haltungen und damit einhergehenden Russlandpolitiken resultiert aus historischen Erfahrungen und nationalstaatlichen Interessen.

Deutschland hat offensichtlich ein, vergleichsweise zu Polen und Österreich, großen Einfluss auf den außenpolitischen Kurs der EU gegenüber Russland, zusätzlich verstärkt durch dessen grundsätzliche Führungsrolle in der Europäischen Union. Generell sind viele Parallelen zwischen der EU-Politik und Deutschland-Politik zu konstatieren: Russland hatte früher sowohl bei der EU wie bei Deutschland den Status eines „strategischen Partners“ inne und beiden Politiken wurde eine „Russia first“-Politik (siehe 3.2 Europäisch-russische Energiebeziehungen und 4.4.1 Deutschland) nachgesagt. (Wobei zugegeben werden muss, dass es keine echten Belege der Kursbestimmung Deutschlands für die EU-Russlandpolitik sind.) Zudem trug Deutschland bereits in der Vergangenheit eine Schlüsselrolle beim Beschluss der „vier Räume“ und der EU-Modernisierungspartnerschaft mit Russland. Die aktuelle offizielle Russlandpolitik Berlins („Zusammenarbeit, wo möglich, Risikovorsorge und Gefahrenabwehr, wo nötig“) klingt verdächtig ähnlich nach dem vierten und nach Meinung der Autorin dem substanzreichsten Leitprinzip der aktuellen Russlandpolitik der EU („Selektive Zusammenarbeit mit Russland in außenpolitischen Fragen“).

Deutschlands (ähnlich zu Österreichs) Haltung ist im Spektrum eher als freundlich bzw. positiv gegenüber Russland einzustufen. Die Wirtschaftsbeziehungen der beiden sind generell partiell „wetterfest“ und das allgemeine Verhältnis befindet sich im Entspannen und Auftauen. Gepaart mit der Vermutung einer zentralen Rolle Deutschlands im EU-Kurs gegenüber Russland, ist die Annahme einer zukünftigen Normalisierung der Beziehung mit der EU als Ganzes, zu wagen.

Österreichs bilaterale Beziehungen zu Russland sind, von allen untersuchten, eindeutig die harmonischsten. Viele kritisieren Österreich sogar für den Aufbau einer besonderen Beziehung zu Russland, für einen „Sonderweg“. Wenn die Beziehungen zu Deutschland sich erholen, scheinen sie hier, durch die Ereignisse 2014, nie belastet gewesen zu sein.

Österreich selbst verfügt nicht über ausreichenden Einfluss auf die Neuausrichtung der Russlandpolitik der EU. Auffallend ist, dass bei Deutschland und Österreich, noch mehr, der tatsächliche Stand der Beziehungen merklich von der offiziellen Stellungnahme abweicht.

Polen war zwar der Motor der „Östlichen Partnerschaft“ der EU, welche eine immense Rolle im Vorfeld der Ereignisse 2014 spielte, konnte aber ohne das schlussendliche „grüne Licht“ Deutschlands 2009 nicht angenommen werden. Die nächste Errungenschaft: Der

gemeinsame polnisch-deutsche Brief an die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik im Jahr 2011 symbolisierte de facto die Bereitschaft Deutschlands, die russlandskeptische polnische Position zu übernehmen und Polen mehr Verantwortung bei der Konzipierung der Ostpolitik zu übergeben. Schlussendlich aber offenbarte die polnische Diplomatie im russisch-ukrainischen Konflikt ihren begrenzten Einfluss auf die EU-Politik. Zu Beginn hatte Polen noch, gemeinsam mit Deutschland und Frankreich, eine Schlüsselrolle in den Verhandlungen in Kiew gespielt und die EU-Partner zugunsten entschiedenerer Aktivitäten mobilisiert. Diese wurde im Laufe der Zeit allerdings sichtbar schwächer bis sich Polen am Ende entschied, zu Gunsten der Kohäsion, der gemeinsamen Linie der EU „zu fügen“.

Die Haltung Polens gegenüber Russland ist eindeutig negativ und die polnischen Politiker/innen gehören zu den schärfsten Kritikern und Kritikerinnen der russischen Außenpolitik. Das ist nicht durch die Ereignisse von 2014 bedingt, diese Stimmung herrschte bereits davor. Die Unterschiede zwischen Polen und Russland zeichneten sich nach den Geschehnissen in der Ukraine am stärksten ab und nun sieht Polen seine anfängliche Meinung als zusätzlich bestätigt.

Auch Akteure von außerhalb haben einen Einfluss auf die Russlandpolitik der EU, im enormen Ausmaß gilt das für die USA. Der Umstand die EU überzeugt zu haben Sanktionen gegen Russland zu beschließen, obwohl 90% des Exportverlustes EU-Länder betrifft, bestätigt diese Annahme. Die Kosten der Sanktionen tragen offensichtlich die europäischen Länder, insbesondere Deutschland, und Russland selbst. *Erstens* ist die USA mit 0,6% durch die Sanktionen verlorenen Handels mit Russland, vergleichsweise, kaum betroffen. *Zweitens* stellen die Sanktionen eine nur zu willkommene Gelegenheit, Russland vom europäischen Markt zu verdrängen und den Export vom amerikanischen Flüssigerdgas, trotz des höheren Preises, in die EU-Länder auszuweiten.

Eine inhaltvolle Zusammenarbeit, falls überhaupt möglich, verlangt einen vollständigen Neustart der Beziehungen. Wie in der Arbeit ausführlich dargelegt, halten sich beide Akteure an, und das ist das Kernproblem, grundlegend unterschiedliche Perspektiven. In Verbindung mit der bereits vor 2014 begonnenen Entfremdung zwischen EU und Russland, ergibt das eine verhedderte Gesamtsituation an gegenseitigen Vorwürfen und Unzufriedenheiten, die nur durch einen Neubeginn aufgelöst werden kann. Darauf muss offene Kommunikation und eine echte kohärente Russlandpolitik der EU (dafür müssten auch die EU-Mitgliedstaaten aufhören,

nationale Interessen über gemeinschaftliche Ziele zu stellen) folgen. Russland seinerseits, muss sich als demokratisch orientierter, kooperativer Partner verhalten, aufrichtig an Kooperation, Win-Win-Lösungen und an einer Abkehr von Nullsummen-Erwartungen interessiert sein.

Eine rein pragmatische Wirtschaftspartnerschaft zwischen der EU und Russland scheint dagegen wirklich greifbar, vor allem findet sie auch schon 2018, parallel zur offiziellen Politik, größtenteils ungestört durch die Ereignisse 2014, statt. Wer darin einen Rückschritt sieht, sollte den utopischen Charakter der früheren „wertebasierten“ Zusammenarbeit bedenken.

Vorstellbar ist der Beginn der Annäherung über bestehende Bereiche der Zusammenarbeit und gemeinsame Interessen, das beantwortet die Unterfrage F3: In welchen Bereichen arbeiten Russland und die EU noch immer und/oder wieder zusammen?

EU und Russland sind Partner in den Bereichen Handel und Energieexporte. Die konstruktive Zusammenarbeit mit Russland ist für die Sicherheit Europas unentbehrlich, die europäische Friedensordnung ist erst mit einem korporativen Russland dauerhaft stabil. Konflikte (beispielsweise in Syrien oder der Ukraine) lassen sich ebenso nur gemeinsam lösen. Ohne Russland ist die Lösung zentraler Probleme, wie die Terrorismusbekämpfung, die Fortsetzung von Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Eindämmung von organisierter Kriminalität, sowie der Umwelt- und Klimaschutz, schwer überwindbar.

In der Vergangenheit spielte Russland eine konstruktive Rolle in den Verhandlungen mit dem Iran und unterstützte, sowie die EU auch, den nuklearen Deal. Beide befürworteten die Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt und sind Unterzeichner des Pariser Übereinkommens zur Bekämpfung des Klimawandels. Beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan war Russland ebenso ein Partner.

Auch die sich entspannende Beziehung Deutschland-Russland werde, nach Meinung der Autorin, maßgeblich zur Normalisierung der EU-Russland-Beziehungen beitragen. Wobei mit Normalisierung keineswegs der Zustand vor 2014 gemeint ist, sondern ein „Akzeptieren der neuen Realität“ und die Aufhebung der gegenseitigen Sanktionen, welche eines der Haupthindernisse für die Neubelebung der Beziehung zwischen der EU und Russland darstellen. Unter welchen Umständen das für die EU umsetzbar ist, ohne als Zeichen der Schwäche und Anerkennung des russischen Verhaltens zu gelten, ist momentan offen.

## 6. QUELLEN

- Algieri**, Franco (2010): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wien: facultas.wuv.
- Andreev**, Sergey V. (2018): Interv'yu Posla Rossii v Pol'she S.V.Andreyeva mezhdunarodnomu informatsionnomu agentstvu „Rossiya segodnya“, 19 iyulya 2018 goda. 19.07.18. [http://www.mid.ru/ru/maps/pl/-/asset\\_publisher/D2CPYayAgyuG/content/id/3300391](http://www.mid.ru/ru/maps/pl/-/asset_publisher/D2CPYayAgyuG/content/id/3300391) [Zugriff: 19.11.18]
- Andreev**, Sergey V. (2018a): Interv'yu Posla Rossii v Pol'she S.V.Andreyeva MIA „Rossiya segodnya“ (sostoyalos' 19 iyulya, opublikovano 25 iyulya 2018 goda). 02.08.18. [http://www.mid.ru/ru/maps/pl/-/asset\\_publisher/D2CPYayAgyuG/content/id/3313454](http://www.mid.ru/ru/maps/pl/-/asset_publisher/D2CPYayAgyuG/content/id/3313454) [Zugriff: 19.11.18]
- APA** (2015): Strache: "Nicht Russland ist Aggressor der letzten Jahrzehnte". Die Presse. 24.03.15. [https://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4692491/Strache\\_Nicht-Russland-ist-Aggressor-der-letzten-Jahrzehnte](https://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4692491/Strache_Nicht-Russland-ist-Aggressor-der-letzten-Jahrzehnte) [Zugriff: 14.11.18]
- AP; DPA; AFP** (2018): Giftanschlag auf Ex-Spion. Der Fall Skripal: Eine Chronologie. ZDF. 12.04.18. <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/chronologie-zum-fall-skripal-100.html> [Zugriff: 28.01.19]
- AFP** (2015): Gipfel von Minsk. 13 Punkte für Frieden in der Ostukraine. Frankfurter Allgemeine. 12.02.15. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/gipfel-von-minsk-13-punkte-fuer-frieden-in-der-ostukraine-13425247.html> [Zugriff: 26.03.19]
- Arbatova**, Nadezhda K.; **Dynkin**, Alexander A. (2016): World Order after Ukraine. In: Survival. Vol. 58(1). 71-90.
- Auernheimer**, Martin (2018): Russland. Putins Erwartungen an Europa wurden enttäuscht. News. 08.06.18. <https://www.news.at/a/russland-putins-erwartungen-europa-10120999> [Zugriff: 18.11.18]
- Auswärtiges Amt** (2018): Beziehungen zu Deutschland. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/russischefoederation-node/-/201542> [Zugriff: 19.11.18]
- Auswärtiges Amt** (2018a): Außenpolitik. [https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/russischefoederation-node/-/201708#content\\_0](https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/russischefoederation-node/-/201708#content_0) [Zugriff: 18.11.18]
- Auth**, Günther (2015): Theorien der Internationalen Beziehungen kompakt. Die wichtigsten Theorien auf einen Blick. 2. aktl. Aufl. Berlin/München/Boston: de Gruyter Oldenbourg.
- BMEIA** (2014): Außenminister Kurz warnt vor einem NATO-Beitritt der Ukraine: "Provokation für Russland". Kurz spricht sich gegen das bisherige Blockdenken aus. 04.04.14. <https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2014/aussenminister-kurz-warnt-vor-einem-nato-beitritt-der-ukraine-provokation-fuer-russland/> [Zugriff: 19.11.18]
- BMEIA** (o. J.): Osteuropa. <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/aussenpolitik/europa/osteuropa/> [Zugriff: 18.11.18]
- BMEIA** (o. J.a): EU-Außenpolitik (GASP). <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/europapolitik/eu-aussenpolitik/gaspesvp/> [Zugriff: 18.11.18]
- Böhm**, Wolfgang (2018): Soldaten an die EU-Außengrenze. Verteidigungsminister Kunasek will EU-Partner von militärischen Assistenzeinsätzen zur Kontrolle der illegalen Migration überzeugen. Die Presse. 26.08.18. <https://diepresse.com/home/ausland/eu/5486151/Soldaten-an-die-EUAussengrenze> [Zugriff: 19.11.18]
- Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland** (o.J.): Übersicht. <https://russischebotschaft.ru/de/information/bilaterale-beziehungen/bilaterale-beziehungen/> [Zugriff: 19.11.18]
- Böttger**, Katrin (2015): Die EU-Russland-Beziehungen: Rückblick und Ausblick im Zeichen der Ukraine-Krise. In: Integration. Vol. 38(3). 204-213.
- Böttger**, Katrin (2016): Die Europäische Union und Russland. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2016. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos. 391-394.
- Büchele**, Wolfgang (2018): Statement des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zu Nord Stream 2. In: Russland-Analysen. Nr. 354. 12. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen354.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie** (2016): Strategische Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Finanzen tagt in Moskau. 02.11.16. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Meldung/2016/20161102-strategische-arbeitsgruppe-fuer-wirtschaft-und-finanzen-tagt-in-moskau.html> [Zugriff: 19.11.18]

- Buras, Piotr** (2015): Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union 2. In: Polen-Analysen. Nr. 161. 2-6. <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen161.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Cichocki, Bartosz** (2013): Poland. In: David, Maxine; Gower, Jackie; Haukkala, Hiski (Hg.): National perspectives on Russia: European foreign policy in the making? London: Routledge. 86-100.
- Ćwiek-Karpowicz, Jarosław** (2012): Die polnisch-russischen Beziehungen nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk. In: Polen-Analysen. Nr. 114. 2-7. <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen114.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Dąbrowska, Ewa** (2017): Ein wirksames Mittel? Russlands kreativer Umgang mit Sanktionen. In: Russland-Analysen. Nr. 344. 6-10. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen344.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Daniljuk, Malte** (2018): Hinter dem Rücken der Öffentlichkeit sponsert die EU eine eigene Gasinfrastruktur. Telepolis. 22.02.18. <https://www.heise.de/tp/features/Hinter-dem-Ruecken-der-Oeffentlichkeit-sponsert-die-EU-eine-eigene-Gasinfrastruktur-3975705.html> [Zugriff: 18.11.18]
- Darnstädt, Thomas** (2014): Annexion der Krim: „Akt der Aggression“. Spiegel Online. 31.3.14. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-voelkerrechtler-kress-ueber-bruch-des-voelkerrechts-a-961400.html> [Zugriff: 26.03.19]
- David, Maxine; Gower, Jackie; Haukkala, Hiski** (2013a): Introduction. In: David, Maxine; Gower, Jackie; Haukkala, Hiski (Hg.): National perspectives on Russia: European foreign policy in the making? London: Routledge. 1-12.
- David, Maxine; Gower, Jackie; Haukkala, Hiski** (2013b): Conclusion. In: David, Maxine; Gower, Jackie; Haukkala, Hiski (Hg.): National perspectives on Russia: European foreign policy in the making? London: Routledge. 255-266.
- Deutsche Vertretungen in Russland** (2017): Gemeinsame Erklärung über die Durchführung eines deutsch-russischen Jahres der kommunalen und regionalen Partnerschaften 2017/2018. 28.06.17. <https://germania.diplo.de/ru-de/themen/politik/gemeinsame-erklaerung-2017/1606776> [Zugriff: 19.11.18]
- Deutsche Vertretungen in Russland** (2018): Bilaterale Beziehungen. 22.02.18. <https://germania.diplo.de/ru-de/themen/politik/-/1606892> [Zugriff: 19.11.18]
- Die Presse** (2018): Kneissl wirbt für neue Partnerschaft EU-Russland. Die Presse. 04.09.18. <https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5491075/Kneissl-wirbt-fuer-neue-Partnerschaft-EURussland> [Zugriff: 18.11.18]
- Dobbert, Steffen** (2015): Der lange Weg zu einer europäischen Armee. Zeit Online. 10.03.15. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/europaeische-armee-juncker-nato-russland> [Zugriff: 19.11.18]
- Dornblüth, Gesine** (2016): Russlands Wende nach China. Anspruch versus Wirklichkeit. Deutschlandfunk. 27.08.2016 [http://www.deutschlandfunk.de/russlands-wende-nach-china-anspruch-versus-wirklichkeit.724.de.html?dram:article\\_id=364242](http://www.deutschlandfunk.de/russlands-wende-nach-china-anspruch-versus-wirklichkeit.724.de.html?dram:article_id=364242) [Zugriff: 18.11.18]
- DPA** (2018): Gazprom – Russlands schwerfälliger Riese. Handelsblatt. 17.02.18 <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiekonzern-wird-25-gazprom-russlands-schwerfaelliger-riese/20970864.html?ticket=ST-171951> [Zugriff: 28.01.19]
- Ehl, David** (2019): Salisbury: Was wir ein Jahr nach dem Giftanschlag wissen. DW. 04.03.19 <https://www.dw.com/de/salisbury-was-wir-ein-jahr-nach-dem-giftanschlag-wissen/a-47725987> [Zugriff: 27.03.19]
- Erber, Christoph; Carr, Randolph; Flitti, Jamel** (2018): Von den Abgründen der neuen globalen Unordnung – Ein Bericht zur 54. Münchner Sicherheitskonferenz. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Vol. 11(2). 217-223.
- Erler, Gernot** (2018): Den Eskalationsprozess stoppen. Ziele der Deutschen Russlandpolitik. In: Russland-Analysen. Nr. 354. 2-4. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen354.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Europäisches Parlament** (2015): Russland nicht länger strategischer Partner der EU. 10.06.15. <http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20150604IPR62878/russland-nicht-langer-strategischer-partner-der-eu> [Zugriff: 18.11.18]

- Europäisches Parlament** (2016): Europas Strategie gegenüber Russland. 20.10.16. <http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/world/20161014STO47354/europas-strategie-gegenuber-russland> [Zugriff: 18.11.18]
- Europäischer Rat** (2018): Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine. 25.10.18. <http://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/> [Zugriff: 18.11.18]
- Europäische Union** (2016): Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. [https://europa.eu/globalstrategy/sites/globalstrategy/files/eugs\\_de\\_0.pdf](https://europa.eu/globalstrategy/sites/globalstrategy/files/eugs_de_0.pdf) [Zugriff: 18.11.18]
- Fischer**, Sabine (2015): EU-Sanktionen gegen Russland. Ziele, Wirkung und weiterer Umgang. [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A26\\_fhs.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A26_fhs.pdf) [Zugriff: 18.11.18]
- Fischer**, Sabine (2017): Die Europäische Union und Russland. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2017. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos. 413-416.
- Frank**, Johann (2007): Die Beziehungen zwischen Russland und der EU. Eine Bestandsanalyse. <https://slidex.tips/download/interne-information-zur-sicherheitspolitik> [Zugriff: 18.11.18]
- Frey**, Eric (2016): Warum die Russland-Sanktionen Europa schaden. Der Standard. 21.12.16. <https://derstandard.at/2000049585802/Warum-die-Russland-Sanktionen-Europa-schaden> [Zugriff: 18.11.18]
- Fröhlich**, Stefan (2008): Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Garcés de los Fayos**, Fernando (2018): Russland. 10.18. <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/177/russland> [Zugriff: 28.01.19]
- Grabau**, Martina (2018): Gas Games. Der Wandel der europäischen Erdgasaußenpolitik infolge der Ukraine-Krise. Wiesbaden: Springer VS.
- Götz**, Roland (2018): Die „Lex Nord Stream 2“: Ein energierechtliches oder außenpolitisches Projekt? In: Russland-Analysen. Nr. 354. 8-11. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen354.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Grieß**, Thielko (2018): Brücke zur EU. Russlands Verhältnis zu Österreich. Deutschlandfunk. 20.04.18. [https://www.deutschlandfunk.de/bruecke-zur-eu-russlands-verhaeltnis-zu-oesterreich.795.de.html?dram:article\\_id=416085](https://www.deutschlandfunk.de/bruecke-zur-eu-russlands-verhaeltnis-zu-oesterreich.795.de.html?dram:article_id=416085) [Zugriff: 19.11.18]
- Gutschker**, Thomas; **Lohse**, Eckart (2018): „Europa muss handlungsfähig sein – nach außen und innen“. Frankfurter Allgemeine. 03.06.18. <http://www.faz.net/social-media/instagram/kanzlerin-angela-merkel-f-a-s-interview-europa-muss-handlungsfahig-sein-15619721.html?premium> [Zugriff: 19.11.18]
- Handelsvertretung der Russischen Föderation in der Republik Polen** (2018): Obzor sostoyaniya ekonomiki i osnovnykh napravleniy vneshneekonomicheskoy deyatel'nosti Respubliki Pol'sha. V 2017 godu. [http://91.206.121.217/TpApi/Upload/6745a5f1-b5ef-4222-adf9-a696ea623458/Польша%20обзор%20\(1\).pdf](http://91.206.121.217/TpApi/Upload/6745a5f1-b5ef-4222-adf9-a696ea623458/Польша%20обзор%20(1).pdf) [Zugriff: 14.11.18]
- Haukkala**, Hiski (2015): From Cooperative to Contested Europe? The Conflict in Ukraine as a Culmination of a Long-Term Crisis in EU–Russia Relations. In: Journal of Contemporary European Studies. Vol. 23 (1). 25–40.
- Heyden**, Ulrich (2018): Ukraine wird zum unsicheren Gas-Transit-Land. Telepolis. 13.03.18. <https://www.heise.de/tp/features/Ukraine-wird-zum-unsicheren-Gas-Transit-Land-3992394.html> [Zugriff: 18.11.18]
- Hienert**, Walter (2011): Die Europäische Union auf dem Weg zur partizipativen Bürgerunion. Dissertation. Universität Wien.
- Honsig-Erlenburg**, Manuela (2018): Beziehungskrise EU–Russland: "Sonderweg Wiens nicht zu erwarten". Der Standard. 05.06.18. <https://derstandard.at/2000080984197/Beziehungskrise-EURussland-Sonderweg-Wiens-nicht-zu-erwarten> [Zugriff: 18.11.18]
- Inosemzew**, Wladislaw (2018): Sanktionen für immer. In: Russland-Analysen. Nr. 354. 23-25. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen354.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Jilge**, Wilfried (2015): Geschichtspolitik statt Völkerrecht. Anmerkungen zur historischen Legitimation der Krim-Annexion in Russland. In: Russland-Analysen. Nr. 291. 2-6. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen291.pdf> [Zugriff: 28.01.19]



- Kalinin**, Ilya (2016): *Gesinnung oder Verantwortung in der Russlandpolitik? Deutsche Außenpolitik angesichts der politischen Kultur Russlands*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kanter**, James (2016): *Europe Seeks Alternatives to Russian Gas Import*. *The New York Times*. 16.02.16. <https://www.nytimes.com/2016/02/17/business/energy-environment/european-union-seeks-to-reduce-reliance-on-russian-gas.html> [Zugriff: 11.04.19]
- Kischko**, Irmgard; **Sileitsch-Parzer**, Hermann (2018): *Wien allein gegen die Russland-Sanktionen: „Warum nicht?“* *Kurier*. 06.06.18. <https://kurier.at/politik/inland/wien-allein-gegen-die-russland-sanktionen-warum-nicht/400046243> [Zugriff: 19.11.18]
- Klimczak**, Agnieszka (2011): *Europas Zukunft oder Utopie? Europäische Union- der Weg von loser Zusammenarbeit bis zur Union der Bürger mit einer gemeinsamen Verfassung*. Diplomarbeit. Universität Wien.
- Kossatschow**, Konstantin (2016): *Löschen mit Benzin. Ein russischer Blick auf die neuen EU-Russland-Prinzipien*. *Internationale Politik und Gesellschaft*. 16.05.16. <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/loeschen-mit-benzin-1418/> [Zugriff: 18.11.18]
- Kühn**, Ulrich (2015): *Der Ukraine-Krieg und die europäische Sicherheitsarchitektur*. In: *Russland-Analysen*. Nr. 295. 7-11. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen295.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Kusznir**, Julia (2018): *Liberalisierung des russischen Gasmarktes – eine Zwischenbilanz*. In: *Russland-Analysen*. Nr. 354. 13-17. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen354.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Lacher**, Norbert (2015): *Die Neue Seidenstraße – geopolitisch/geostrategische Bruchlinie des 21. Jahrhunderts*. Dissertation. Universität Wien.
- Lang**, Kai-Olaf (2010): *Klimawandel oder Zwischenhoch? Die neue Sachlichkeit in den polnisch-russischen Beziehungen*. In: *Polen-Analysen*. Nr. 73. 2-9. <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen73.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Libman**, Alexander (2018): *Stagnierende deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen*. In: *Wirtschaftsdienst*. Vol. 98(4). 222-223.
- Ljubinskij**, Dmitrij (2018): *Interv'yu Posla Rossii v Avstrii D.E.Lyubinskogo informagentstvu „Rossiya segodnya“*, 4 iyunya 2018 goda. 04.06.18. [http://www.mid.ru/ru/maps/at/-/asset\\_publisher/HNmZuc5ZYTZ0/content/id/3247882](http://www.mid.ru/ru/maps/at/-/asset_publisher/HNmZuc5ZYTZ0/content/id/3247882) [Zugriff: 19.11.18]
- Ljubinskij**, Dmitrij (2018a): *Interv'yu Posla Rossii v Avstrii D.E.Lyubinskogo informagentstvu „Rossiya segodnya“*, 4 iyunya 2018 goda. 04.06.18. [http://www.mid.ru/web/guest/kommentarii\\_predstavitelya/-/asset\\_publisher/MCZ7HQumDqBY/content/id/3247882](http://www.mid.ru/web/guest/kommentarii_predstavitelya/-/asset_publisher/MCZ7HQumDqBY/content/id/3247882) [Zugriff: 19.11.18]
- Luk'yanov**, Fedor (2018): *Diplomaty bez raboty. Russia in Global Affairs*. 27.03.18. <http://www.globalaffairs.ru.uaccess.univie.ac.at/redcol/Diplomaty-bez-raboty-19456> [Zugriff: 18.11.18]
- Luk'yanov**, Fedor (2018a): *Vse ne tak smeshno. Russia in Global Affairs*. 06.04.18. <http://www.globalaffairs.ru.uaccess.univie.ac.at/redcol/Vse-ne-tak-smeshno-19476> [Zugriff: 18.11.18]
- Malek**, Martin (2015): *Die Ukraine-Krise und die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Empfehlungen und Perspektiven*. Wien. ÖGfE Policy Brief. 15.10.15. [https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2015/10/OEGfE\\_Policy\\_Brief-2015.32b.pdf](https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2015/10/OEGfE_Policy_Brief-2015.32b.pdf) [Zugriff: 18.11.18]
- Malek**, Martin; **Luif**, Paul (2013): *Austria*. In: David, Maxine; Gower, Jackie; Haukkala, Hiski (Hg.): *National perspectives on Russia: European foreign policy in the making?* London: Routledge. 209-221.
- Mangott**, Gerhard (2016): *Russia. Dialog führen, Interessen stärken. Verhältnis EU-Russland*. 13.12.16. <http://www.gerhard-mangott.at/?p=3997#comments> [Zugriff: 18.11.18]
- Mangott**, Gerhard (2017): *Keine gestalterische Großmacht, aber eine, die zu stören weiß. Interview*. 16.02.17. <http://www.gerhard-mangott.at/?p=4023> [Zugriff: 18.11.18]
- Mangott**, Gerhard (2018): *Next Stop: Dead End. Russian-western Relations. Where do we stand, what to expect? A brief Assessment*. 25.03.18. <http://www.gerhard-mangott.at/?p=4309> [Zugriff: 18.11.18]
- Mangott**, Gerhard (2018a): *Friends*. 07.06.18. <http://www.gerhard-mangott.at/?p=4385> [Zugriff: 18.11.18]
- Markedonov**, Sergey (2015): *Russland, der Westen und die Ukraine. Eine Betrachtung aus Moskau*. In: *Russland-Analysen*. Nr. 290. 2-5. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen290.pdf> [Zugriff: 18.11.18]

- Masala**, Carlo (2010): Neorealismus. In: Masala, Carlo; Sauer, Frank; Wilhelm, Andreas (Hg.): Handbuch der Internationalen Politik. 1.Aufl. Wiesbaden: VS Verlag. 53-66.
- Meister**, Stefan (2017): Deutschland im Übergang zu einer neuen EU-Russland- und Osteuropapolitik. [https://dgap.org/sites/default/files/article\\_downloads/4\\_btw\\_russland\\_meister.pdf](https://dgap.org/sites/default/files/article_downloads/4_btw_russland_meister.pdf) [Zugriff: 19.11.18]
- Merkel**, Reinhard (2014): Die Krim und das Völkerrecht. Kühle Ironie der Geschichte. Frankfurter Allgemeine. 08.04.14. [https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_1](https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_1) [Zugriff: 28.01.19]
- Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland** (o.J.): Eastern Policy. Russia. [https://www.msz.gov.pl/en/foreign\\_policy/eastern\\_policy/russia](https://www.msz.gov.pl/en/foreign_policy/eastern_policy/russia) [Zugriff: 14.11.18]
- Müller-Brandeck-Bocquet**, Gisela (2016): Was hält die Europäische Union zusammen? In: Wirtschaftsdienst. Vol. 96(6). 383–386.
- Müller-Brandeck-Bocquet**, Gisela; **Rüger**, Carolin (2015): Die Außenpolitik der EU. Berlin/Boston: de Gruyter Oldenbourg.
- Netschajew**, Sergej (2017): Interv'yu direktora Tret'yego yevropeyskogo departamenta MID Rossii S.U.Nechayeva gazete „Kommersant“, opublikovannoye 14 sentyabrya 2017 goda. 14.09.17. [http://www.mid.ru/ru/maps/de/-/asset\\_publisher/Ho2VLI5PHLYX/content/id/2862725](http://www.mid.ru/ru/maps/de/-/asset_publisher/Ho2VLI5PHLYX/content/id/2862725) [Zugriff: 19.11.18]
- Netschajew**, Sergej (2018): Interv'yu Posla Rossii v Germanii S.YU.Nechayeva informatsionnomu agentstvu „Rossiya segodnya“, 20 iyulya 2018 goda. 20.07.18. [http://www.mid.ru/ru/maps/de/-/asset\\_publisher/Ho2VLI5PHLYX/content/id/3303094](http://www.mid.ru/ru/maps/de/-/asset_publisher/Ho2VLI5PHLYX/content/id/3303094) [Zugriff: 19.11.18]
- Neyer**, Jürgen (2016): Für eine Neugründung Europas. In: Wirtschaftsdienst. Vol. 96(6). 387–389.
- Nurijew**, Elchan (2018): Beskonechnyy endshpil': kuda idet konfrontatsiya Rossii i Zapada. Russia in Global Affairs. 16.04.18. <http://www.globalaffairs.ru.uaccess.univie.ac.at/global-processes/Beskonechnyi-endshpil-kuda-idet-konfrontatsiya-Rossii-i-Zapada-19498> [Zugriff: 18.11.18]
- ORF** (2018): Macron: EU muss selbst für Sicherheit sorgen. ORF. 27.08.18. <https://news2.orf.at/stories/2452554> [Zugriff: 18.11.18]
- ORF** (2018a): Experte: Umsetzung „unwahrscheinlich“. ORF. 28.02.18. <https://orf.at/v2/stories/2428142/2428185/> [Zugriff: 28.01.19]
- Ost-Ausschuss** (2018): Russland-Update. Zahlen, Daten & Fakten zur russischen Wirtschaft und den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. [https://www.oaev.de/sites/default/files/pm\\_pdf/Russland-Update-März2018.pdf](https://www.oaev.de/sites/default/files/pm_pdf/Russland-Update-März2018.pdf) [Zugriff: 18.11.18]
- Ost-Ausschuss** (2018a): Russland-Update. Zahlen, Daten & Fakten zur russischen Wirtschaft und den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. [https://www.oaev.de/sites/default/files/page\\_files/OAOEV\\_Russland-Update-Jun2018%20final.pdf](https://www.oaev.de/sites/default/files/page_files/OAOEV_Russland-Update-Jun2018%20final.pdf) [Zugriff: 14.11.18]
- Österreichische Botschaft Moskau** (o. J.): Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Russland. <https://www.bmeia.gv.at/ueb-moskau/bilaterale-beziehungen/russische-foederation/wirtschaft/> [Zugriff: 19.11.18]
- Pelinka**, Anton (2011): Die Finalität der Europäischen Union: Generalprobe für Global Governance. In: Büchele, Herwig; Pelinka, Anton (Hg.) Friedensmacht Europa: Dynamische Kraft für Global Governance? 1. Aufl. Innsbruck: innsbruck university press. 11-37.
- Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union** (2018): Soveshchaniye poslov i postoyannykh predstaviteley Rossii. 20.07.18. <https://russiaeu.ru/ru/news/sovesanie-poslov-i-postoannyh-predstavitelei-rossii> [Zugriff: 18.11.18]
- Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union** (2018a): Interv'yu V.A.Chizhova gazete "Kommersant". 26.07.18. <https://russiaeu.ru/ru/novosti/intervu-vacizova-gazete-kommersant> [Zugriff: 18.11.18]
- RIA** (2018): Mezhgosudarstvennyye otnosheniya Rossii i Avstrii. RIA Novosti. 05.06.18. <https://ria.ru/spravka/20180605/1521799582.html> [Zugriff: 14.11.18]
- RIA** (2018a): Tovaroborot Rossii i Pol'shi v 2017 godu vyros primerno na 25%. RIA Novosti. 29.01.18. <https://ria.ru/20180129/1513504289.html> [Zugriff: 29.01.19]

- Rolofs**, Oliver; **Sieg**, Martin (2013): Frostige Zeiten. Auf dem Weg auseinander? Putins Russland und der Westen. 01.03.13. <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2013/maerz-april/frostige-zeiten>. [Zugriff: 08.02.19]
- Romanova**, Tatiana (2016): Sanctions and the Future of EU–Russian Economic Relations. In: Europe-Asia Studies. Vol. 68(4). 774-796.
- Roos**, Ulrich (2010): Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Rudischhauser**, Wolfgang; **Kolb**, Peter; **Mehrer**, Angela; **Lukas**, Stefan; **Paradies**, Marius (2018): Sicherheit in Europa – Hindernisse und Möglichkeiten einer europäischen Sicherheitspolitik. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Vol. 11(2). 181–201.
- Russell**, Martin (2016): The EU's Russia policy. Five guiding principles. [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/589857/EPRS\\_BRI\(2016\)589857\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/589857/EPRS_BRI(2016)589857_EN.pdf) [Zugriff: 18.11.18]
- Russell**, Martin (2018): The EU's Russia policy. Five guiding principles. [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/614698/EPRS\\_BRI\(2018\)614698\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/614698/EPRS_BRI(2018)614698_EN.pdf) [Zugriff: 18.11.18]
- Russisches Außenministerium** (2018): Kommentariy Departamenta informatsii i pechati MID Rossii v svyazi s rabochim vizitom v Rossiyskuyu Federatsiyu Federal'nogo ministra yevropeyskikh, integratsionnykh i inostrannykh del Avstrii K.Knaysl'. 18.04.18. [http://www.mid.ru/ru/maps/at/-/asset\\_publisher/HNmZuc5ZYTZ0/content/id/3176748](http://www.mid.ru/ru/maps/at/-/asset_publisher/HNmZuc5ZYTZ0/content/id/3176748) [Zugriff: 19.11.18]
- Russisches Außenministerium** (2018a): Kommentariy Departamenta informatsii i pechati MID Rossii v svyazi s rabochim vizitom v Rossiyskuyu Federatsiyu Federal'nogo ministra yevropeyskikh, integratsionnykh i inostrannykh del Avstrii K.Knaysl'. 18.04.18. [http://www.mid.ru/web/guest/komentarii\\_predstavatelya/-/asset\\_publisher/MCZ7HQuMdqBY/content/id/3176748](http://www.mid.ru/web/guest/komentarii_predstavatelya/-/asset_publisher/MCZ7HQuMdqBY/content/id/3176748) [Zugriff: 19.11.18]
- Russisches Außenministerium** (2018b): Interv'yu Postoyannogo predstavatelya Rossii pri ES V.A.Chizhova informatsionnomu agentstvu „TASS“, 23 iyulya 2018 goda. 24.07.18. [http://www.mid.ru/web/guest/sovesanie-poslov-i-postoannyh-predstavitelej-rossijskoj-federacii-2018/-/asset\\_publisher/sznBmO7t6LBS/content/id/3302943](http://www.mid.ru/web/guest/sovesanie-poslov-i-postoannyh-predstavitelej-rossijskoj-federacii-2018/-/asset_publisher/sznBmO7t6LBS/content/id/3302943) [Zugriff: 18.11.18]
- Russisches Außenministerium** (2018c): Vystupleniye i otvety na voprosy SMI Ministra inostrannykh del Rossii S.V.Lavrova v khode sovместnoy press-konferentsii po itogam peregovorov s Federal'nym ministrom yevropeyskikh, integratsionnykh i inostrannykh del Avstriyskoy Respubliki K.Knaysl', Moskva, 20 aprelya 2018 goda. 20.04.18. [http://www.mid.ru/ru/maps/at/-/asset\\_publisher/HNmZuc5ZYTZ0/content/id/3181592](http://www.mid.ru/ru/maps/at/-/asset_publisher/HNmZuc5ZYTZ0/content/id/3181592) [Zugriff: 18.11.18]
- Russisches Außenministerium** (o. J.): Rossiysko – pol'skiye Otnosheniya. <http://www.mid.ru/ru/maps/pl/?currentpage=main-country> [Zugriff: 19.11.18]
- Russisches Außenministerium** (o. J.a): Rossiysko-avstriyskiye Otnosheniya. <http://www.mid.ru/ru/maps/at/?currentpage=main-country> [Zugriff: 19.11.18]
- Rutland**, Peter (2014): The Impact of Sanctions on Russia. In: Russland-Analysen. Nr. 157. 2-7. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen157.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Statistik Austria** (o. J.): ITGS-Atlas. Atlas zum Außenhandel. <https://www.statistik.at/itgs-atlas/> [Zugriff: 14.11.18]
- Schaffmeister**, Niklas; **Haller**, Florian (2018): Erfolgreicher Markenaufbau in den großen Emerging Markets. Ein praxisorientierter Ratgeber für gezieltes Markenwachstum in China, Indien, Russland und Brasilien. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Schmalenbach**, Kirsten (2017): Schwierige Nachbarn: Ukraine, Russland und die EU. In: Kadelbach, Stefan (Hg.): Die Welt und Wir. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos. 223-241.
- Schmidt-Felzmann**, Anke (2018): Instrument russischer Geopolitik. Ernste Bedenken sprechen gegen die Erdgaspipeline Nord Stream 2. 02.03.18. <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/article/instrument-russischer-geopolitik> [Zugriff: 18.11.18]

- Schröder**, Hans-Henning (2016): Großmacht und Geschichte. Über die geistige Grundlegung der russischen Außenpolitik heute. In: Russland-Analysen. Nr. 314. 16-20. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen314.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Schwartz**, Michael; **Barry**, Ellen (2018): A Spy Story: Sergei Skripal Was a Little Fish. He Had a Big Enemy. The New York Times. 09.09.18. <https://www.nytimes.com/2018/09/09/world/europe/sergei-skripal-russian-spy-poisoning.html> [Zugriff: 08.04.19]
- Schwartz**, Michael; **Bautista**, Jose (2018): Poisoned Russian Ex-Spy Is Said to Have Worked With Spanish Intelligence. The New York Times. 06.09.18. <https://www.nytimes.com/2018/09/06/world/europe/skripal-poison-russia-spy-spain.html> [Zugriff: 08.04.19]
- Siegert**, Jens (2013): Was tun mit Russland? Wie die USA und die EU aus unterschiedlichen Gründen zur gleichen Russlandpolitik finden. In: Russland-Analysen. Nr. 254. 19-20. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen254.pdf> [Zugriff: 08.02.19]
- Siegert**, Jens (2016): Hybrider Krieg!? In: Russland-Analysen. Nr. 314. 21-24. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen314.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Siegert**, Jens (2017): Putinhysterie. In: Russland-Analysen. Nr. 322. 12-14. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen322.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Singhofen**, Sven C. (2017): Russland, Europa und der Krieg in der Ukraine - Ende der (strategischen) Partnerschaft? In: Peter-Christian Müller-Graff (Hg.): Integration. Sonderband 2017. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Spannung und Kooperation. Baden-Baden: Nomos. 50-89.
- Snetkov**, Aglaya (2017): Risiken, die sich wirklich ausgezahlt haben könnten? – Die Außenpolitik Russlands. In: Russland-Analysen. Nr. 329. 2-6. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen329.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Sondland**, Gordon (2019): Reliance on Russian gas has big risks for Europe. Financial Times. 12.03.19. <https://www.ft.com/content/4cfd4b1e-43eb-11e9-b83b-0c525dad548f> [Zugriff: 11.04.19]
- Soric**, Miodrag (2018): Rosneft macht Gazprom Konkurrenz. DW. 04.06.18. <https://www.dw.com/de/rosneft-macht-gazprom-konkurrenz/a-44073304> [Zugriff: 28.01.19]
- Spanger**, Hans-Joachim (2012): Modernisierungspartnerschaft zwischen EU und Russland. Deus ex machina? In: Strategie und Sicherheit, Vol. 2012 (1). 395–407.
- Sputnik Deutschland** (2018): Ex-Kohl-Berater verweist auf Fehler des Westens im Fall Skripal. Sputnik. 02.04.18. <https://de.sputniknews.com/politik/20180402320156238-teltschik-russland-westen-skripal-krise-dialog/> [Zugriff: 18.11.18]
- Steiner-Gashi**, Ingrid (2017): Wenn Uneinigkeit zum Prinzip wird. Kurier.12.12.17. <https://kurier.at/politik/ausland/wenn-uneinigkeit-zum-prinzip-wird/301.664.867> [Zugriff: 19.11.18]
- Stent**, Angela (2018): „Wollen wir ein zweites Jalta?“ Angela Stent über die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland. In: Internationale Politik. Vol. 73(1). 29-35.
- Stewart**, Susan (2011): Russlands fehlende Modernisierung. Konsequenzen für die EU. In: Russland-Analysen. Nr. 225. 16-18. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen225.pdf> [Zugriff: 08.02.19]
- Stewart**, Susan (2013): Germany. In: David, Maxine; Gower, Jackie; Haukkala, Hiski (Hg.): National perspectives on Russia: European foreign policy in the making? London: Routledge. 13-29.
- TASS** (2018): Glava MID Avstrii: v EC nikto ne somnevayetsya v neobkhodimosti perezapuska otnosheniy s RF. TASS. 04.09.18. <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/5523360> [Zugriff: 18.11.18]
- TASS** (2018a): V Kremle zayavili, chto RF zainteresovana v stabil'nosti i predkazuyemosti v ES. TASS. 03.09.18. <https://tass.ru/politika/5517732> [Zugriff: 18.11.18]
- TASS** (2018b): Ekspert: ne Rossiya khochet "demonirovat' ES", a Frantsiya khochet vzyat' soyuz v svoi ruki. TASS. 03.09.18. <https://tass.ru/politika/5518526> [Zugriff: 18.11.18]
- Teltschik**, Horst (2018): Neuer Kalter Krieg? Horst Teltschik über den Westen und Russland: Das Spiel geht weiter. Focus Online. 17.03.18. [https://www.focus.de/politik/experten/neuer-kalter-krieg-horst-teltschik-ueber-den-westen-und-russland-das-spiel-geht-weiter\\_id\\_8627933.html](https://www.focus.de/politik/experten/neuer-kalter-krieg-horst-teltschik-ueber-den-westen-und-russland-das-spiel-geht-weiter_id_8627933.html) [Zugriff: 14.11.18]

- Timmermann**, Heinz (2008): EU-Russland: Hintergründe und Perspektiven einer schwierigen Beziehung. In: *Integration*. Vol. 31(2). 159-178.
- Tiroler Tageszeitung** (2018): Putin in Wien. Beziehung Russland-EU: Putin sieht Chancen für Neubeginn. *Tiroler Tageszeitung*. 06.06.18. <http://www.tt.com/politik/14440367-91/beziehung-russland-eu-putin-sieht-chancen-fur-neubeginn.csp> [Zugriff: 18.11.18]
- Veser**, Reinhard (2017): Abgerissene Verbindungen. *Frankfurter Allgemeine*. 18.11.17 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wie-die-krim-bewohner-nach-der-annexion-die-welt-sehen-15294143.html> [Zugriff: 04.04.19]
- Vieregge**, Thomas; **Prior**, Thomas; **Gaulhofer**, Karl (2018): Russland-Politik: Wien schert aus der EU-Front aus. *Die Presse*. 27.03.18. [https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5396342/RusslandPolitik\\_Wien-schert-aus-der-EUFront-aus](https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5396342/RusslandPolitik_Wien-schert-aus-der-EUFront-aus) [Zugriff: 14.11.18]
- Vogel**, Hannes (2017): Angriff auf den EU-Gasmarkt? Was hinter den Russland-Sanktionen steckt. *N-TV*. 26.07.17. <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Was-hinter-den-Russland-Sanktionen-steckt-article19955096.html> [Zugriff: 18.11.18]
- Voigt**, Karsten D. (2014): Eine neue Phase der Russland- und Ostpolitik hat begonnen. In: *Russland-Analysen*. Nr. 284. 2-5. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen284.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Voigt**, Karsten D. (2015a): Leitgedanken für die nun notwendige Russlandpolitik Zusammenarbeit, soweit wie möglich. Gefahrenabwehr, soweit wie nötig. In: *Russland-Analysen*. Nr. 295. 11-13. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen295.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Wehner**, Markus (2016): Wie weiter mit Moskau? Gedanken zu einer realistischen Russlandpolitik des Westens. In: *Russland-Analysen*. Nr. 320. 6-8. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen320.pdf> [Zugriff: 19.11.18]
- Wenerski**, Łukasz (2015): Die Energieunion – die Sicht der Vertreter des polnischen Energiesektors. In: *Polen-Analysen*. Nr. 167. 2-7. <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen167.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Wenerski**, Łukasz (2017): Die russische soft power in Polen. In: *Polen-Analysen*. Nr. 199. 2-7. <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen199.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Wieck**, Hans-Georg (2009): Die Europäische Union und das Neue Russland. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*. Vol. 2(2). 171-181.
- WIFO** (2017): WIFO: Russland-Sanktionen kosteten die EU Länder 30 Milliarden Euro. 06.10.17. [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20171006\\_OTS0151/wifo-russland-sanktionen-kosteten-die-eulaender-30-milliarden-euro](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171006_OTS0151/wifo-russland-sanktionen-kosteten-die-eulaender-30-milliarden-euro) [Zugriff: 18.11.18]
- WKO** (2017): Österreich. Österreichs Aussenhandelsergebnisse 2016. Jänner bis Dezember 2016. Endgültige Ergebnisse. [http://wko.at/statistik/Extranet/AHstat/AH\\_12\\_2016e\\_Bericht.pdf](http://wko.at/statistik/Extranet/AHstat/AH_12_2016e_Bericht.pdf) [Zugriff: 29.01.19]
- WKO** (2018): Österreich. Österreichs Außenhandelsergebnisse 2017. Jänner bis Dezember 2017. Endgültige Ergebnisse. [http://wko.at/statistik/Extranet/AHstat/AH\\_12\\_2017e\\_Bericht.pdf](http://wko.at/statistik/Extranet/AHstat/AH_12_2017e_Bericht.pdf) [Zugriff: 18.11.18]
- WKO** (2018a): Außenwirtschaft. Update Russische Föderation. <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/russische-foederation-update.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Wohlmann**, Monika (2015): Die Russland-Sanktionen der Europäischen Union: Feigenblatt oder politischer Trumpf? In: *Russland-Analysen*. Nr. 305. 12-17. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen305.pdf> [Zugriff: 18.11.18]
- Wyciskiewicz**, Ernest (2017): Nobody's Darling: Zur polnischen Sicht auf Russland. *Moskauer Deutsche Zeitung*. 01.08.17. <https://mdz-moskau.eu/interview-beziehung-polen-und-russland/> [Zugriff: 14.11.18]
- Zeit Online** (2018): Britischer Minister nennt Putins Strategie "bösaartig". *Zeit Online*. 01.04.18. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-04/russland-putin-skripal-grossbritannien-gavin-williamson> [Zugriff: 18.11.18]
- Zellner**, Wolfgang (2016): Perspektiven einer kooperativen europäischen Ordnung und die OSZE. In: *Russland-Analysen*. Nr. 314. 2-4. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen314.pdf> [Zugriff: 19.11.18]

## **ABSTRACT (Deutsch)**

Der Zustand der EU-Russland-Beziehungen im Jahr 2018 ist gekennzeichnet durch gegenseitiges Misstrauen. Der Vertrauensverlust des Westens bringt das Ende der überwiegend positiven Phase der Russlandpolitik mit. Dennoch handelt es sich um keinen Kalten Krieg bzw., seine modernisierte Form, den hybriden Krieg.

Als Folge der Krise hat man die Notwendigkeit erkannt Abhängigkeiten zu reduzieren, zu diversifizieren und sich neuen Partnern zuzuwenden. Der Tiefpunkt des Jahres 2014 scheint aber überwunden. „Indirekte Begegnungen“ (wie Syrien, Iran, Energiebeziehungen und das „Nord Stream 2“ Projekt) und das zeitliche Zurückliegen der Ereignisse helfen dabei. Ende 2018 sind deutliche Anzeichen für Russlands Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen zu vernehmen.

Zusammengefasst, arbeitet die Europäische Union mit Russland in außenpolitischen Fragen selektiv zusammen. Die Eckpfeiler in der europäischen Russlandpolitik müssen außerdem eine kohärente, solidarische und einheitliche Vorgehensweise bilden, darauf wird mehrfach verwiesen. Generell ist die mangelnde Kohäsion der EU ein erkanntes Problem, welches zur Unfähigkeit führt in einigen zentralen Bereichen der Außenpolitik, (wie auch Russlandpolitik), mit „einer Stimme“ zu sprechen. Das breitgefächerte Spektrum an Haltungen und damit einhergehenden Russlandpolitiken resultiert aus historischen Erfahrungen und nationalstaatlichen Interessen.

Trotzdem kooperieren einzelne EU-Staaten für die Umsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen und zur Verfolgung ihrer Nationalinteressen mit Russland zusammen.

## **ABSTRACT (Englisch)**

The condition of EU-Russia relations in 2018 is characterized by mutual distrust. The loss of confidence in the West brings with it the end of the predominantly positive phase of policy towards Russia. Nevertheless, it is not a Cold War or, in its modernized form, a hybrid war.

As a result of the crisis, there has been a need to reduce dependencies, to diversify and to turn to new partners. The low point of 2014 seems to have been overcome. "Indirect encounters" (such as Syria, Iran, energy relations and the "Nord Stream 2" project) and the lagging behind of events help here. There are currently clear signs of Russia's desire to normalize relations.

In summary, the European Union is selectively cooperating with Russia on foreign policy issues. The cornerstones of European Russia policy must also be a coherent, solidary and unified approach, as it has many references. In general, the lack of cohesion of the EU is a recognized problem that leads to the inability to speak with „one voice“ in some key areas of foreign policy, as well as Russia policy. The wide range of attitudes and associated Russian policies results from historical experiences and national interests.

Nevertheless, individual EU member states cooperate with Russia to implement their economic interests and pursue their national interests.